

2019**Ausgegeben zu Bonn am 4. April 2019****Nr. 5**

Tag	Inhalt	Seite
31. 3. 2019	Gesetz zur Erteilung der Zustimmung nach § 7 Absatz 2 in Verbindung mit Absatz 1 des Integrationsverantwortungsgesetzes zu dem Vorschlag einer Satzungsänderung der Europäischen Investitionsbank vom 15. Oktober 2018 GESTA: XD003	202
31. 3. 2019	Gesetz zu dem Abkommen vom 14. August 2017 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Mauritius über den Luftverkehr GESTA: XJ002	205
31. 3. 2019	Gesetz zur Revision 3 des Übereinkommens vom 20. März 1958 über die Annahme einheitlicher technischer Vorschriften für Radfahrzeuge, Ausrüstungsgegenstände und Teile, die in Radfahrzeuge(n) eingebaut und/oder verwendet werden können, und die Bedingungen für die gegenseitige Anerkennung von Genehmigungen, die nach diesen Vorschriften erteilt wurden GESTA: XJ003	220
27. 2. 2019	Bekanntmachung der deutsch-indischen Vereinbarung über Finanzielle Zusammenarbeit	259
27. 2. 2019	Bekanntmachung des deutsch-indischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	261
4. 3. 2019	Bekanntmachung über Änderungen des Beitragsschlüssels des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM)	264
5. 3. 2019	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls von 1988 zu dem Internationalen Freibord-Übereinkommen von 1966	266
5. 3. 2019	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens von 1974 zum Schutz des menschlichen Lebens auf See	266
5. 3. 2019	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls von 1988 zu dem Internationalen Übereinkommen von 1974 zum Schutz menschlichen Lebens auf See	267
6. 3. 2019	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten und des Zusatzprotokolls hierzu	268
6. 3. 2019	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs	269
6. 3. 2019	Bekanntmachung der deutsch-marokkanischen Vereinbarung über Finanzielle Zusammenarbeit	269
7. 3. 2019	Bekanntmachung der deutsch-marokkanischen Vereinbarung über Finanzielle Zusammenarbeit	271
7. 3. 2019	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Fakultativprotokolls zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau	273
13. 3. 2019	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens von 1989 über Bergung	274
14. 3. 2019	Bekanntmachung von Änderungen der Ausführungsordnung zum Patentrechtsabkommen	274
14. 3. 2019	Bekanntmachung über das teilweise Inkrafttreten des Abkommens vom 7. Dezember 2017 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und dem Europäischen Forstinstitut über die Errichtung eines Büros des Europäischen Forstinstituts in der Bundesrepublik Deutschland	280

Gesetz
zur Erteilung der Zustimmung nach § 7 Absatz 2
in Verbindung mit Absatz 1 des Integrationsverantwortungsgesetzes
zu dem Vorschlag einer Satzungsänderung
der Europäischen Investitionsbank vom 15. Oktober 2018

Vom 31. März 2019

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Der deutsche Vertreter im Rat darf dem Vorschlag des Rates der Gouverneure der Europäischen Investitionsbank vom 15. Oktober 2018 für eine Änderung der Satzung der Europäischen Investitionsbank auf der Grundlage von Artikel 308 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union zustimmen. Dies gilt auch für eine sprachbereinigte Fassung. Der Vorschlag wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 31. März 2019

Der Bundespräsident
Steinmeier

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Der Bundesminister der Finanzen
Olaf Scholz

Der Bundesminister des Auswärtigen
Heiko Maas

Beschluss (EU) 2019/... des Rates**vom****zur Änderung des Protokolls Nr. 5
über die Satzung der Europäischen Investitionsbank**

Der Rat der Europäischen Union –

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 308,

auf Antrag der Europäischen Investitionsbank,

nach Zuleitung des Entwurfs des Gesetzgebungsakts an die nationalen Parlamente,

nach Stellungnahme des Europäischen Parlaments¹,nach Stellungnahme der Europäischen Kommission²,

gemäß einem besonderen Gesetzgebungsverfahren,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Am 29. März 2017 hat das Vereinigte Königreich dem Europäischen Rat seine Absicht mitgeteilt, gemäß Artikel 50 des Vertrags über die Europäische Union aus der Union auszutreten. Ab dem Tag des Inkrafttretens des Austrittsabkommens oder andernfalls zwei Jahre nach dieser Mitteilung, d. h. ab dem 30. März 2019, finden die Verträge auf das Vereinigte Königreich keine Anwendung mehr, es sei denn, der Europäische Rat beschließt im Einvernehmen mit dem Vereinigten Königreich einstimmig, diese Frist zu verlängern.
- (2) In Einklang mit Artikel 308 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union sind die Mitglieder der Europäischen Investitionsbank (im Folgenden „Bank“) die Mitgliedstaaten.
- (3) Mit seinem Austritt aus der Union ist das Vereinigte Königreich auch nicht mehr Mitglied der Bank; es hält keinen Anteil mehr am gezeichneten Kapital der Bank, ist nicht mehr berechtigt, Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des Verwaltungsrats zu benennen, und die Amtszeit der vom Vereinigten Königreich benannten Mitglieder sowie stellvertretenden Mitglieder des Verwaltungsrats endet.
- (4) Damit das Kapital der Bank in gleicher Höhe erhalten bleibt, müssen die verbleibenden Mitgliedstaaten ihren Anteil am gezeichneten Kapital erhöhen.
- (5) Parallel zur Erhöhung des von den verbleibenden Mitgliedstaaten gezeichneten Kapitals sollte die Governance der Bank weiter gestärkt werden.
- (6) Die Funktionen des Verwaltungsrats sollten gestärkt werden, indem zusätzliche stellvertretende Verwaltungsratsmitglieder ernannt werden können; außerdem sollten die stellvertretenden Verwaltungsratsmitglieder und die nicht stimmberechtigten Sachverständigen stärker eingebunden werden, um ihre Rolle bei der Unterstützung des Entscheidungsprozesses des Verwaltungsrats zu stärken, vor allem bei der Analyse von Finanzierungsvorschlägen.
- (7) Die Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit im Verwaltungsrat und im Rat der Gouverneure sollte auf grundlegende Bereiche ausgeweitet werden, nämlich den Beschluss über den operativen Gesamtplan der Bank, die Ernennung von

Mitgliedern des Direktoriums und die Genehmigung der Geschäftsordnung.

- (8) Zur Steigerung der Wirksamkeit der in diesem Beschluss festgelegten Reformen sollte die Bank weitere Maßnahmen ergreifen, um in Einklang mit der Best Practice im Bankensektor die Grundsätze der „drei Verteidigungslinien“ auf allen relevanten Ebenen der Bank – einschließlich auf Ebene des Direktoriums – anzuwenden.
- (9) Des Weiteren, so wie es die Mitgliedstaaten von der Bank erwarten, sollte das Finanzierungsvolumen nachhaltig bleiben; außerdem sollte ein Rahmen geschaffen werden, damit nachhaltige Finanzierungsvolumina festgelegt werden können, während die Funktionen des Prüfungsausschusses ausgebaut werden sollten, indem sichergestellt wird, dass einige Mitglieder des Ausschusses über Kenntnisse in Aufsichtsfällen verfügen. Insbesondere sollte sichergestellt werden, dass dem Prüfungsausschuss immer auch Mitglieder angehören, die von europäischen Bankenaufsichtsbehörden innerhalb und außerhalb des Euroraums stammen.
- (10) Die Satzung der Europäischen Investitionsbank sollte daher entsprechend geändert werden –

hat folgenden Beschluss erlassen:

Artikel 1

Protokoll Nr. 5 über die Satzung der Europäischen Investitionsbank, das dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union beigefügt ist, wird wie folgt geändert:

1. Artikel 4 Absatz 1 Unterabsatz 1 wird wie folgt geändert:
 - a) Der einleitende Teil erhält folgende Fassung:

„(1) Die Bank wird mit einem Kapital von 204 089 132 500 Euro ausgestattet, das von den Mitgliedstaaten in folgender Höhe gezeichnet wird:“
 - b) Die folgende Zeile in der Aufzählung wird gestrichen:

„Vereinigtes Königreich 39 195 022 000“
2. Artikel 7 Absatz 3 Buchstabe h erhält folgende Fassung:

„h) er genehmigt mit qualifizierter Mehrheit die Geschäftsordnung der Bank.“
3. In Artikel 9 Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:

„Er entscheidet mit qualifizierter Mehrheit den operativen Gesamtplan der Bank.“
4. Artikel 9 Absatz 2 wird wie folgt geändert:
 - a) Unterabsatz 1 erhält folgende Fassung:

„(2) Der Verwaltungsrat besteht aus 28 ordentlichen und aus 31 stellvertretenden Mitgliedern, die gemäß diesem Absatz benannt werden.“
 - b) Unterabsatz 3 erhält folgende Fassung:

„Die stellvertretenden Mitglieder werden für fünf Jahre vom Rat der Gouverneure wie folgt bestellt:

 - zwei stellvertretende Mitglieder, die von der Bundesrepublik Deutschland benannt werden;
 - zwei stellvertretende Mitglieder, die von der Französischen Republik benannt werden;

¹ Stellungnahme vom ... (noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht).² Stellungnahme vom ... (noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht).

- zwei stellvertretende Mitglieder, die von der Italienischen Republik benannt werden;
- zwei stellvertretende Mitglieder, die vom Königreich Spanien und von der Portugiesischen Republik im gegenseitigen Einvernehmen benannt werden;
- drei stellvertretende Mitglieder, die vom Königreich Belgien, vom Großherzogtum Luxemburg und vom Königreich der Niederlande im gegenseitigen Einvernehmen benannt werden;
- vier stellvertretende Mitglieder, die vom Königreich Dänemark, von der Hellenischen Republik, von Irland und von Rumänien im gegenseitigen Einvernehmen benannt werden;
- sechs stellvertretende Mitglieder, die von der Republik Estland, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Österreich, der Republik Finnland und dem Königreich Schweden im gegenseitigen Einvernehmen benannt werden;
- neun stellvertretende Mitglieder, die von der Republik Bulgarien, der Tschechischen Republik, der Republik

Kroatien, der Republik Zypern, Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik im gegenseitigen Einvernehmen benannt werden;

- ein stellvertretendes Mitglied, das von der Kommission benannt wird.“

5. Artikel 11 Absatz 1 Unterabsatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Das Direktorium besteht aus einem Präsidenten und acht Vizepräsidenten, die mit qualifizierter Mehrheit vom Rat der Gouverneure auf Vorschlag des Verwaltungsrats, der mit qualifizierter Mehrheit gefasst wird, für sechs Jahre bestellt werden.“

Artikel 2

(1) Dieser Beschluss gilt ab dem Tag, der auf den Tag folgt, an dem die Verträge auf das Vereinigte Königreich keine Anwendung mehr finden.

(2) Artikel 1 Nummer 1 Buchstabe a gilt ab dem in Absatz 1 genannten Tag, sofern kein Beschluss zur Erhöhung des Kapitals der Bank mit Wirkung von oder vor diesem Tag gefasst wird.

Geschehen zu ...

Im Namen des Rates

Der Präsident

**Gesetz
zu dem Abkommen vom 14. August 2017
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Mauritius
über den Luftverkehr**

Vom 31. März 2019

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Berlin am 14. August 2017 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Mauritius über den Luftverkehr wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen vom 14. August 2017 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Mauritius über den Luftverkehr nach seinem Artikel 24 Absatz 2 in Kraft tritt und das Abkommen vom 26. Februar 1974 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung von Mauritius über den Luftverkehr (BGBl. 1982 II S. 50, 51) nach seinem Artikel 23 außer Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 31. März 2019

Der Bundespräsident
Steinmeier

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Der Bundesminister
für Verkehr und digitale Infrastruktur
Andreas Scheuer

Der Bundesminister des Auswärtigen
Heiko Maas

Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Mauritius
über den Luftverkehr

Air Transport Agreement
between the Federal Republic of Germany
and the Republic of Mauritius

Inhaltsübersicht

Präambel	
Artikel 1	Begriffsbestimmungen
Artikel 2	Gewährung von Verkehrsrechten
Artikel 3	Bezeichnung und Betriebsgenehmigungen für den internationalen Fluglinienverkehr
Artikel 4	Widerruf, Einschränkung oder Aussetzung der Betriebsgenehmigungen für den internationalen Fluglinienverkehr
Artikel 5	Gesetze, sonstige Vorschriften und Verfahren
Artikel 6	Gleichbehandlung bei den Entgelten
Artikel 7	Befreiung von Zöllen und sonstigen Abgaben
Artikel 8	Steuern vom Einkommen und vom Vermögen
Artikel 9	Transfer von Einkünften
Artikel 10	Grundsätze für den Betrieb des Fluglinienverkehrs
Artikel 11	Übermittlung von Betriebsangaben und Statistiken
Artikel 12	Tarife
Artikel 13	Gewerbliche Tätigkeiten
Artikel 14	Intermodal-Verkehr
Artikel 15	Anerkennung von Zeugnissen und Erlaubnisscheinen
Artikel 16	Luftverkehrssicherheit
Artikel 17	Luftsicherheit
Artikel 18	Überprüfung von Reisedokumenten und nicht einreiseberechtigten Personen
Artikel 19	Meinungsaustausch
Artikel 20	Konsultationen
Artikel 21	Beilegung von Streitigkeiten
Artikel 22	Mehrseitige Übereinkünfte
Artikel 23	Frühere Abkommen
Artikel 24	Ratifikation, Inkrafttreten, Geltungsdauer
Artikel 25	Registrierung bei der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation und bei den Vereinten Nationen
Artikel 26	Kündigung

Contents

Preamble	
Article 1	Definitions
Article 2	Grant of Traffic Rights
Article 3	Designation and Operating Authorisations for International Air Services
Article 4	Revocation, Limitation or Suspension of Operating Authorisations for International Air Services
Article 5	Laws, Regulations and Procedures
Article 6	Non-discrimination in respect of Charges
Article 7	Exemption from Customs Duties and other Charges
Article 8	Taxes on Income and on Capital
Article 9	Transfer of Earnings
Article 10	Principles Governing the Operation of Air Services
Article 11	Communication of Operating Information and Statistics
Article 12	Tariffs
Article 13	Commercial Activities
Article 14	Intermodal Transport
Article 15	Recognition of Certificates and Licences
Article 16	Aviation Safety
Article 17	Aviation Security
Article 18	Examination of Travel Documents and of Inadmissible Persons
Article 19	Exchange of Views
Article 20	Consultations
Article 21	Settlement of Disputes
Article 22	Multilateral Conventions
Article 23	Previous Agreements
Article 24	Ratification, Entry into Force, Duration
Article 25	Registration with the International Civil Aviation Organization and with the United Nations
Article 26	Termination

Die Bundesrepublik Deutschland

und

die Republik Mauritius,

im Folgenden als „Vertragsparteien“ und
einzeln als „Vertragspartei“ bezeichnet –

durch ihren Beitritt zum Abkommen vom 7. Dezember 1944
über die Internationale Zivilluftfahrt,

in dem Wunsch, ein Abkommen über die Einrichtung und den
Betrieb des Fluglinienverkehrs zwischen ihren Hoheitsgebieten
und darüber hinaus zu schließen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieses Abkommens, soweit sich aus dessen Wortlaut
nichts anderes ergibt, gelten folgende Begriffsbestimmungen:

(1) Der Begriff „Zivilluftfahrt-Abkommen“ bedeutet das Ab-
kommen vom 7. Dezember 1944 über die Internationale Zivilluft-
fahrt einschließlich aller nach dessen Artikel 90 angenommenen
Anhänge und aller Änderungen der Anhänge oder des Abkom-
mens selbst nach dessen Artikeln 90 und 94, soweit diese
Anhänge und Änderungen für beide Vertragsparteien in Kraft
getreten oder von ihnen ratifiziert worden sind;

(2) der Begriff „Luftfahrtbehörden“ bedeutet in Bezug auf die
Bundesrepublik Deutschland das Bundesministerium für Verkehr
und digitale Infrastruktur, in Bezug auf die Republik Mauritius den
mit der Verantwortung für die Zivilluftfahrt betrauten Minister oder
in beiden Fällen jede andere Person oder Stelle, die zur Wahr-
nehmung der diesen Behörden obliegenden Aufgaben ermäch-
tigt ist;

(3) der Begriff „bezeichnetes Unternehmen“ bedeutet jedes
Luftfahrtunternehmen, das eine Vertragspartei der anderen Ver-
tragspartei nach Artikel 3 schriftlich als ein Unternehmen be-
zeichnet hat, das auf den nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten
Linien internationalen Fluglinienverkehr betreiben soll;

(4) der Begriff „EU-Verträge“ bedeutet den Vertrag über die
Europäische Union und den Vertrag über die Arbeitsweise der
Europäischen Union;

(5) die Begriffe „Hoheitsgebiet“, „Fluglinienverkehr“, „interna-
tionaler Fluglinienverkehr“ und „Landung zu nicht gewerblichen
Zwecken“ haben im Sinne dieses Abkommens die in den
Artikeln 2 und 96 des Zivilluftfahrt-Abkommens festgelegte
Bedeutung;

(6) der Begriff „Tarif“ bedeutet den Preis, der für die interna-
tionale Beförderung (das heißt die Beförderung zwischen Punk-
ten in den Hoheitsgebieten von zwei oder mehr Staaten) von
Fluggästen, Gepäck oder Fracht (ausgenommen Post) zu berech-
nen ist, und die Bedingungen, zu denen diese Preise anzu-
wenden sind;

(7) der Begriff „Abkommen“ bedeutet dieses Abkommen so-
wie jede Änderung desselben;

(8) der Begriff „vereinbarte Dienste“ bedeutet den planmäßi-
gen internationalen Fluglinienverkehr zur Beförderung von Flug-
gästen, Gepäck, Fracht und Post in Übereinstimmung mit den
vereinbarten Kapazitätsrahmen auf den Linien, über die sich die
Luftfahrtbehörden verständigen müssen;

(9) der Begriff „Beförderungsangebot“ bedeutet den nach
dem Abkommen erbrachten Umfang an Diensten, normalerweise
gemessen an der Zahl der Flüge (Frequenzen) oder Sitzplätze
oder Frachtkontainer, die in einem Markt (Städtepaar oder Land-
zu-Land) oder auf einer Strecke innerhalb einer bestimmten Zeit-
spanne, zum Beispiel pro Tag, Woche, Saison oder Jahr, ange-
boten werden.

The Federal Republic of Germany

and

the Republic of Mauritius,

hereinafter referred to as the “Contracting Parties”
and in singular as a “Contracting Party”,

Through their Accession to the Convention on International
Civil Aviation of 7 December 1944,

Desiring to conclude an agreement concerning the establish-
ment and operation of air services between and beyond their
territories,

Have agreed as follows:

Article 1

Definitions

For the purposes of this Agreement, unless the text otherwise
requires:

(1) the term “the Convention” means the Convention on Inter-
national Civil Aviation of 7 December 1944, including any Annex-
es adopted under Article 90 of that Convention and any amend-
ment to the Annexes or to the Convention itself under Articles 90
and 94 thereof in so far as those Annexes and amendments have
become effective for or have been ratified by both Contracting
Parties;

(2) the term “aeronautical authorities” means in the case of
the Federal Republic of Germany, the Federal Ministry of Trans-
port and Digital Infrastructure; in the case of the Republic of
Mauritius, the Minister charged with the responsibility for civil
aviation; or in both cases any other person or agency authorised
to perform the functions incumbent upon the said authorities;

(3) the term “designated airline” means any airline that either
Contracting Party has designated in writing to the other Contract-
ing Party in accordance with Article 3 of this Agreement as being
an airline which is to operate international air services on the
routes specified in conformity with Article 2 (2) of this Agreement;

(4) the term “EU Treaties” means the Treaty on European
Union and the Treaty on the Functioning of the European Union;

(5) the terms “territory”, “air service”, “international air service”
and “stop for non-traffic purposes” have, for the purposes of this
Agreement, the meaning laid down in Articles 2 and 96 of the
Convention;

(6) the term “tariff” means the price to be charged for the
international carriage (i.e. carriage between points in the terri-
tories of two or more States) of passengers, baggage or cargo
(excluding mail) and the conditions under which those prices
apply;

(7) the term “Agreement” means this Agreement, and any
amendments to the Agreement;

(8) the term “agreed services” means scheduled international
air services on the routes to be agreed between the aeronautical
authorities for the transport of passengers, baggage, cargo and
mail in accordance with agreed capacity entitlements;

(9) the term “capacity” means the amount of services provid-
ed under the Agreement, usually measured in the number of
flights (frequencies) or seats or tons of cargo offered in a market
(city pair, or country to country) or on a route during a specific
period, such as daily, weekly, seasonally or annually.

Artikel 2**Gewährung von Verkehrsrechten**

(1) Eine Vertragspartei gewährt der anderen Vertragspartei zum Betrieb des internationalen Fluglinienverkehrs durch die bezeichneten Unternehmen das Recht,

- a) ihr Hoheitsgebiet ohne Landung zu überfliegen;
- b) in ihrem Hoheitsgebiet zu nicht gewerblichen Zwecken zu landen;
- c) in ihrem Hoheitsgebiet an den genannten Punkten auf den nach Absatz 2 festgelegten Linien zu landen, um Fluggäste, Gepäck, Fracht und Post gewerblich aufzunehmen und abzusetzen.

(2) Die Linien, auf denen die bezeichneten Unternehmen der Vertragsparteien internationalen Fluglinienverkehr (Start- und Landepunkte in den Hoheitsgebieten der beiden Vertragsparteien, der Zwischenlandepunkte und der jenseitigen Landepunkte) betreiben dürfen, sind gemeinsam in einem Fluglinienplan festzulegen, über den sich die Luftfahrtbehörden der zwei Vertragsparteien verständigen müssen.

(3) Die über die in Absatz 1 genannten hinausgehenden Verkehrsrechte werden nur aufgrund besonderer Vereinbarungen zwischen den Luftfahrtbehörden beider Vertragsparteien gewährt.

Artikel 3**Bezeichnung und Betriebsgenehmigungen für den internationalen Fluglinienverkehr**

(1) Der internationale Fluglinienverkehr auf den nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Linien kann jederzeit aufgenommen werden, wenn

- a) die Vertragspartei, der die in Artikel 2 Absatz 1 genannten Rechte gewährt werden, ein oder mehrere Unternehmen schriftlich bezeichnet hat und
- b) die Vertragspartei, die diese Rechte gewährt, dem oder den bezeichneten Unternehmen die Genehmigung erteilt hat, den Fluglinienverkehr zu eröffnen.

(2) Bei Erhalt einer solchen Bezeichnung erteilt die andere Vertragspartei mit der geringstmöglichen Verzögerung die entsprechenden Genehmigungen und Erlaubnisse, sofern

- a) im Fall eines von der Bundesrepublik Deutschland bezeichneten Unternehmens
 - i) dieses Unternehmen nach den EU-Verträgen im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland niedergelassen ist und über eine gültige Betriebsgenehmigung nach dem Recht der Europäischen Union verfügt und
 - ii) der für die Ausstellung des Luftverkehrsbetreiberzeugnisses zuständige Mitgliedstaat der Europäischen Union eine wirksame gesetzliche Kontrolle über das Unternehmen ausübt und diese aufrechterhält und die zuständige Luftfahrtbehörde in der Bezeichnung eindeutig angegeben ist und
 - iii) sich das Unternehmen unmittelbar oder über Mehrheitsbeteiligung im Eigentum von Mitgliedstaaten der Europäischen Union oder der Europäischen Freihandelsassoziation und/oder Angehörigen solcher Staaten befindet und von diesen wirksam kontrolliert wird,
- b) im Fall eines von der Republik Mauritius bezeichneten Unternehmens
 - i) dieses Unternehmen im Hoheitsgebiet der Republik Mauritius niedergelassen und nach dem geltenden Recht der Republik Mauritius zugelassen ist und
 - ii) die Republik Mauritius eine wirksame gesetzliche Kontrolle über das Unternehmen ausübt und aufrechterhält und

Article 2**Grant of Traffic Rights**

(1) Each Contracting Party shall grant to the other Contracting Party for the purpose of operating international air services by designated airlines the right:

- a) to fly across its territory without landing;
- b) to land in its territory for non-traffic purposes;
- c) to land in its territory at the points named on the routes specified in accordance with paragraph 2 below in order to take on or discharge passengers, baggage, cargo and mail on a commercial basis.

(2) The routes over which the designated airline(s) of the Contracting Parties will be authorised to operate international air services (points of departure and arrival in the territories of the two Contracting Parties, intermediate points and points of arrival beyond) are to be laid down jointly in a Route Schedule to be agreed between the aeronautical authorities of the two Contracting Parties.

(3) Traffic rights exceeding those mentioned in paragraph 1 above shall only be granted on the basis of special agreements between the aeronautical authorities of both Contracting Parties.

Article 3**Designation and Operating Authorisations for International Air Services**

(1) The international air services on the routes specified in accordance with Article 2 (2) of this Agreement may be started at any time, provided that:

- a) the Contracting Party to whom the rights specified in Article 2 (1) of this Agreement are granted has designated one or several airlines in writing; and
- b) the Contracting Party granting these rights has authorised the designated airline or airlines to initiate the air services.

(2) On receipt of such a designation, the other Contracting Party shall grant the appropriate authorisations and permissions with minimum procedural delay, provided that:

- a) in the case of an airline designated by the Federal Republic of Germany:
 - i) the airline is established in the territory of the Federal Republic of Germany under the EU Treaties and has a valid Operating Licence in accordance with European Union law; and
 - ii) effective regulatory control of the airline is exercised and maintained by the European Union Member State responsible for issuing its Air Operator's Certificate and the relevant aeronautical authority is clearly identified in the designation; and
 - iii) the airline is owned, directly or through majority ownership, and it is effectively controlled by Member States of the European Union or the European Free Trade Association and/or by nationals of such states;
- b) in the case of an airline designated by the Republic of Mauritius:
 - i) the airline is established in the territory of the Republic of Mauritius and is licensed in accordance with the applicable law of the Republic of Mauritius; and
 - ii) the Republic of Mauritius has and maintains effective regulatory control of the airline; and

- iii) sich das Unternehmen unmittelbar oder über Mehrheitsbeteiligung im Eigentum der Republik Mauritius und/oder deren Staatsangehörigen befindet und von dieser und/oder diesen wirksam kontrolliert wird

und

- c) das bezeichnete Unternehmen auf Verlangen der anderen Vertragspartei nachweist, dass es in der Lage ist, den Erfordernissen zu entsprechen, die nach den im Hoheitsgebiet dieser Vertragspartei geltenden Gesetzen und sonstigen Vorschriften für den Betrieb des internationalen Luftverkehrs zu erfüllen sind.

(3) Eine Vertragspartei kann nach Maßgabe der Absätze 1 und 2 ein von ihr bezeichnetes Unternehmen durch ein anderes Unternehmen ersetzen. Das neu bezeichnete Unternehmen genießt die gleichen Rechte und unterliegt den gleichen Verpflichtungen wie das Unternehmen, an dessen Stelle es getreten ist.

Artikel 4

Widerruf, Einschränkung oder Aussetzung der Betriebsgenehmigungen für den internationalen Fluglinienverkehr

(1) Betriebsgenehmigungen für den internationalen Fluglinienverkehr oder technische Erlaubnisse für ein von einer Vertragspartei bezeichnetes Unternehmen können von der jeweils anderen Vertragspartei widerrufen, ausgesetzt oder eingeschränkt werden, wenn

- a) im Fall eines von der Bundesrepublik Deutschland bezeichneten Unternehmens
 - i) dieses Unternehmen nicht nach den EU-Verträgen im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland niedergelassen ist oder über keine gültige Betriebsgenehmigung nach dem Recht der Europäischen Union verfügt oder
 - ii) der für die Ausstellung des Luftverkehrsbetreiberzeugnisses zuständige Mitgliedstaat der Europäischen Union keine wirksame gesetzliche Kontrolle über das Unternehmen ausübt oder diese nicht aufrechterhält oder die zuständige Luftfahrtbehörde in der Bezeichnung nicht eindeutig angegeben ist oder
 - iii) sich das Unternehmen nicht unmittelbar oder über Mehrheitsbeteiligung im Eigentum von Mitgliedstaaten der Europäischen Union oder der Europäischen Freihandelsassoziation und/oder Angehörigen solcher Staaten befindet oder von diesen nicht wirksam kontrolliert wird,
- b) im Fall eines von der Republik Mauritius bezeichneten Unternehmens
 - i) dieses Unternehmen nicht im Hoheitsgebiet der Republik Mauritius niedergelassen oder nicht nach dem geltenden Recht der Republik Mauritius zugelassen ist oder
 - ii) die Republik Mauritius keine wirksame gesetzliche Kontrolle über das Unternehmen ausübt oder diese nicht aufrechterhält oder
 - iii) sich das Unternehmen nicht unmittelbar oder über Mehrheitsbeteiligung im Eigentum der Republik Mauritius und/oder deren Staatsangehörigen befindet oder von dieser und/oder diesen nicht wirksam kontrolliert wird

oder

- c) das bezeichnete Unternehmen die in Artikel 5 genannten Gesetze und sonstigen Vorschriften nicht einhält.

(2) Vor dem Widerruf, der Aussetzung oder der Einschränkung der Genehmigung werden Konsultationen nach Artikel 20 durchgeführt, es sei denn, dass zur Vermeidung weiterer Verstöße gegen Gesetze oder sonstige Vorschriften eine sofortige Einstellung des Betriebs oder sofortige Einschränkungen erforderlich sind.

- iii) the airline is owned, directly or through majority ownership, and it is effectively controlled by the Republic of Mauritius and/or by its nationals;

and

- c) the designated airline proves upon request of the other Contracting Party that it is qualified to meet the requirements to be fulfilled for the operation of international air transport under the laws and regulations applicable in the territory of that Contracting Party.

(3) Either Contracting Party shall have the right to replace, subject to the provisions of paragraphs 1 and 2 above, an airline it has designated by another airline. The newly designated airline shall have the same rights and be subject to the same obligations as the airline which it replaces.

Article 4

Revocation, Limitation or Suspension of Operating Authorisations for International Air Services

(1) Either Contracting Party may revoke, suspend or limit the operating authorisations for international air services or technical permissions of an airline designated by the other Contracting Party where:

- a) in the case of an airline designated by the Federal Republic of Germany:
 - i) the airline is not established in the territory of the Federal Republic of Germany under the EU Treaties or does not have a valid Operating Licence in accordance with European Union law; or
 - ii) effective regulatory control of the airline is not exercised or maintained by the European Union Member State responsible for issuing its Air Operators Certificate or the relevant aeronautical authority is not clearly identified in the designation; or
 - iii) the airline is not owned, directly or through majority ownership, or it is not effectively controlled by Member States of the European Union or the European Free Trade Association and/or by nationals of such states;
- b) in the case of an airline designated by the Republic of Mauritius:
 - i) the airline is not established in the territory of the Republic of Mauritius or is not licensed in accordance with the applicable law of the Republic of Mauritius; or
 - ii) the Republic of Mauritius does not have or is not maintaining effective regulatory control of the airline; or
 - iii) the airline is not owned, directly or through majority ownership, or it is not effectively controlled by the Republic of Mauritius and/or by its nationals;

or

- c) the designated airline does not comply with the laws and regulations referred to in Article 5 of this Agreement.

(2) Such revocation, suspension or limitation of the authorisation shall be preceded by consultations as provided for in Article 20 of this Agreement, unless an immediate suspension of operations or immediate limitations are necessary to avoid further infringements of laws or regulations.

Artikel 5**Gesetze,
sonstige Vorschriften und Verfahren**

(1) Die Gesetze, sonstigen Vorschriften und Verfahren einer Vertragspartei über den Einflug von im internationalen Luftverkehr eingesetzten Luftfahrzeugen in ihr Hoheitsgebiet, deren Aufenthalt dort und deren Ausflug von dort oder über den Betrieb und die Navigation solcher Luftfahrzeuge sind von den bezeichneten Unternehmen der anderen Vertragspartei beim Ein- und Ausflug sowie während des Aufenthalts in diesem Hoheitsgebiet einzuhalten.

(2) Die Gesetze, sonstigen Vorschriften und Verfahren einer Vertragspartei betreffend Pässe oder andere anerkannte und genehmigte Reisedokumente, Einreise in ihr Hoheitsgebiet sowie Aufenthalt in und Ausreise aus demselben einschließlich Zollabfertigung und Quarantäne sind beim Einflug in das Hoheitsgebiet dieser Vertragspartei durch die – oder im Namen der – von den Luftfahrzeugen der bezeichneten Unternehmen der anderen Vertragspartei beförderten Besatzungen, Fluggäste, Fracht- und Postsendungen einzuhalten.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland auch für Rechtsvorschriften der Europäischen Union.

Artikel 6**Gleichbehandlung bei den Entgelten**

(1) Die Gebühren und Entgelte, die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei für die Nutzung der Flughäfen, der Flugsicherung und anderer Luftfahrteinrichtungen durch die Luftfahrzeuge jedes bezeichneten Unternehmens der anderen Vertragspartei erhoben werden, dürfen nicht höher sein als die Gebühren und Entgelte, die für Luftfahrzeuge eines Unternehmens in ähnlichem internationalen Fluglinienverkehr im Hoheitsgebiet der erstgenannten Vertragspartei erhoben werden.

(2) Die Gebühren und Entgelte für die Nutzung der Flughäfen, der Flugsicherung oder anderer Luftfahrtendienste und -einrichtungen oder ähnliche Gebühren, Entgelte oder sonstige Abgaben, beispielsweise für die Abfertigung von Fluggästen, Gepäck und Fracht sowie die Abfertigung von Luftfahrzeugen an Flughäfen mit nur einem Anbieter derartiger Dienste, die im Zusammenhang mit dem Betrieb des internationalen Fluglinienverkehrs erhoben werden, müssen kostenbezogen und dürfen nicht diskriminierend sein. Jede Vertragspartei bemüht sich nach besten Kräften, dafür zu sorgen, dass die zuständigen Behörden oder Stellen und die Unternehmen diejenigen Informationen austauschen, die erforderlich sind, um eine genaue Überprüfung der Angemessenheit der Entgelte nach den Grundsätzen der Absätze 1 und 2 zu ermöglichen.

(3) Jede Vertragspartei stellt sicher, dass zwischen den für die Erhebung der Flughafenentgelte und Flugsicherungsgebühren zuständigen Stellen in ihrem Hoheitsgebiet und den bezeichneten Unternehmen, welche die Dienste und Einrichtungen nutzen, Konsultationen stattfinden. In diesen Konsultationen werden transparent und nachvollziehbar die Kostenbezogenheit und der nicht diskriminierende Charakter der Entgelte deutlich, insbesondere dann, wenn Änderungen der Flughafenentgelte und Flugsicherungsgebühren vorgeschlagen werden. Die Nutzer werden in diesem Fall von den zuständigen Stellen innerhalb einer angemessenen Frist über Vorschläge zur Änderung der Entgelte unterrichtet, um den zuständigen Stellen die Möglichkeit zu geben, die von den Nutzern geäußerten Meinungen zu berücksichtigen. Bei der Bemessung einer angemessenen Frist für Vorschläge zur Änderung der Entgelte beachten beide Vertragsparteien die von der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation herausgegebenen Empfehlungen zur Durchführung von Konsultationen in der jeweils geltenden Fassung.

(4) Die Entgelte, Gebühren und sonstigen Abgaben sind nach Möglichkeit in der jeweiligen Landeswährung oder andernfalls in einer frei konvertierbaren Währung anzugeben und zu entrichten.

Article 5**Laws,
Regulations and Procedures**

(1) The laws, regulations and procedures of either Contracting Party relating to the entry into, departure from or stay in its territory of aircraft engaged in international air transport, or to the operation and navigation of such aircraft, shall be complied with by the designated airlines of the other Contracting Party upon their entry into, departure from, or while within the said territory.

(2) The laws, regulations and procedures of either Contracting Party relating to passports or other recognized and approved travel documents, to entry, stay in and departure from its territory including customs clearance and quarantine shall be complied with by or on behalf of crews, passengers, cargo and mail carried by aircraft of the designated airlines of the other Contracting Party upon their entrance into the territory of the said Contracting Party.

(3) In the territory of the Federal Republic of Germany, paragraphs 1 and 2 also apply to the legislation of the European Union.

Article 6**Non-discrimination in respect of Charges**

(1) The fees and charges levied in the territory of either Contracting Party for the use of airports, air traffic control services and other aviation facilities by the aircraft of any designated airline of the other Contracting Party shall not be higher than those charged for aircraft of an airline engaged in similar international air services in the territory of the first Contracting Party.

(2) The fees and charges for the use of airports, air traffic control services or any other aviation services and facilities or any similar charges, fees or payments such as handling passengers, baggage and cargo and handling aircraft at airports with only one supplier of such services, levied in connection with the operation of international air services shall be cost-related and non-discriminatory. Each Contracting Party shall use its best endeavours to see to it that the competent authorities or bodies and the airlines exchange such information as is necessary to permit an accurate review of the reasonableness of the charges in accordance with the principles enunciated in paragraphs 1 and 2 of this Article.

(3) Either Contracting Party shall ensure consultations between the bodies in its territory which are competent for levying the airport and air traffic control charges and the designated airlines which use the services and facilities. These consultations shall show the cost-related and non-discriminatory nature of the charges in a transparent and comprehensible manner, especially when changes of the airport and air traffic control charges are proposed. In this case the competent bodies shall inform the users within a reasonable period of time on proposals to amend the charges to give the competent bodies the possibility of taking account of the opinions expressed by the users. When setting an appropriate deadline on proposals to amend the charges both Contracting Parties shall observe the recommendations on the conduct of consultations issued by the International Civil Aviation Organisation as amended.

(4) The charges, fees and payments shall be expressed and payable to the extent possible in local currency or else in a freely convertible currency.

Artikel 7**Befreiung von
Zöllen und sonstigen Abgaben**

(1) Die von einem bezeichneten Unternehmen der einen Vertragspartei verwendeten Luftfahrzeuge, die in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einfliegen und aus ihm wieder ausfliegen oder es durchfliegen, einschließlich der an Bord befindlichen Treibstoffe, Schmieröle und anderen verbrauchbaren technischen Vorräte in den Tanks oder anderen Behältnissen im Luftfahrzeug (zum Beispiel Hydraulikflüssigkeit oder Kühlflüssigkeit), Ersatzteile, üblichen Ausrüstungsgegenstände und Bordvorräte, die zur Verwendung in Zusammenhang mit der Erbringung der vereinbarten Dienste bestimmt sind, bleiben frei von Zöllen und sonstigen bei der Einfuhr, Ausfuhr oder Durchfuhr von Waren erhobenen Abgaben. Das gilt auch für an Bord der Luftfahrzeuge befindliche Waren, die auf dem Flug über dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei verbraucht werden.

(2) Treibstoffe, Schmieröle und andere verbrauchbare technische Vorräte (zum Beispiel Enteisungsflüssigkeit), Ersatzteile, übliche Ausrüstungsgegenstände und Bordvorräte, die in das Hoheitsgebiet der einen Vertragspartei vorübergehend eingeführt werden, um dort

- a) unmittelbar oder nach Lagerung verbraucht zu werden oder
- b) in die Luftfahrzeuge eines bezeichneten Unternehmens der anderen Vertragspartei eingebaut oder sonst an Bord genommen zu werden oder
- c) aus dem Hoheitsgebiet der erstgenannten Vertragspartei auf andere Weise wieder ausgeführt zu werden,

bleiben frei von den in Absatz 1 genannten Zöllen und sonstigen Abgaben. Beförderungsdokumente eines bezeichneten Unternehmens der einen Vertragspartei bleiben bei der Einfuhr in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ebenfalls von den in Absatz 1 genannten Zöllen und sonstigen Abgaben frei.

(3) Treibstoffe, Schmieröle und andere verbrauchbare technische Vorräte, die im Hoheitsgebiet der einen Vertragspartei an Bord der Luftfahrzeuge eines bezeichneten Unternehmens der anderen Vertragspartei genommen und im internationalen Fluglinienverkehr verwendet werden, bleiben frei von den in Absatz 1 genannten Zöllen und sonstigen Abgaben und von etwaigen besonderen Verbrauchsabgaben. Satz 1 hindert die Bundesrepublik Deutschland nicht daran, die in Absatz 1 genannten Steuern und sonstigen Abgaben in nicht diskriminierender Weise auf Treibstoffe zu erheben, die in ihrem Hoheitsgebiet für den Verbrauch in einem Luftfahrzeug eines bezeichneten Unternehmens der Republik Mauritius an Bord genommen werden, das zwischen einem Punkt im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland und einem anderen Punkt im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland oder einem Punkt im Hoheitsgebiet eines anderen Mitgliedstaats der Europäischen Union verkehrt.

(4) Eine Vertragspartei kann die in den Absätzen 1 bis 3 genannten Waren unter Zollüberwachung halten.

(5) Jede Vertragspartei gewährt für Gegenstände und Dienstleistungen, die einem bezeichneten Unternehmen der anderen Vertragspartei geliefert beziehungsweise erbracht und für Zwecke seines Geschäftsbetriebs verwendet werden, auf der Grundlage der Gegenseitigkeit eine Entlastung von der Umsatzsteuer oder von ähnlichen indirekten Steuern. Die Steuerentlastung kann durch eine Befreiung oder Erstattung erfolgen.

Artikel 8**Steuern vom
Einkommen und vom Vermögen**

Das geltende Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Mauritius zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen bleibt unberührt.

Article 7**Exemption from
Customs Duties and other Charges**

(1) Aircraft operated by any designated airline of either Contracting Party and entering, departing again from, or flying across the territory of the other Contracting Party, as well as fuel, lubricants and other consumable technical supplies contained in the tanks or other receptacles on the aircraft (e.g. hydraulic fluid or cooling fluid), spare parts, regular equipment and aircraft stores on board such aircraft intended for use in connection with the operation of the agreed services, shall be exempt from customs duties and other charges levied on the occasion of importation, exportation or transit of goods. This shall also apply to goods on board the aircraft consumed during the flight across the territory of the latter Contracting Party.

(2) Fuel, lubricants and other consumable technical supplies (e.g. de-icing fluid), spare parts, regular equipment and aircraft stores temporarily imported into the territory of either Contracting Party, there to be:

- a) immediately or after storage consumed or
- b) installed in or otherwise taken on board the aircraft of a designated airline of the other Contracting Party, or
- c) to be otherwise exported again from the territory of the former Contracting Party,

shall be exempt from the customs duties and other charges mentioned in paragraph 1 above. Transport documents of any designated airline of one Contracting Party shall, on the occasion of importation into the territory of the other Contracting Party, likewise be exempt from the customs duties and other charges mentioned in paragraph 1 above.

(3) Fuel, lubricants and other consumable technical supplies taken on board the aircraft of any designated airline of either Contracting Party in the territory of the other Contracting Party and used in international air services shall be exempt from the customs duties and other charges mentioned in paragraph 1 above, as well as from any other special consumption charges. Sentence 1 shall not prevent the Federal Republic of Germany from levying on a non-discriminatory basis the taxes and other charges mentioned in paragraph 1 on fuel taken on board in its territory for use in an aircraft of a designated airline of the Republic of Mauritius that operates between a point in the territory of the Federal Republic of Germany and another point in the territory of the Federal Republic of Germany or in the territory of another European Union Member State.

(4) Either Contracting Party may keep the goods mentioned in paragraphs 1 to 3 above under customs supervision.

(5) Each Contracting Party shall, on a reciprocal basis, grant relief from turnover tax or similar indirect taxes on goods and services supplied to any airline designated by the other Contracting Party and used for the purposes of its business. The tax relief may take the form of an exemption or a refund.

Article 8**Taxes on
Income and on Capital**

The provisions of the agreement that applies between the Federal Republic of Germany and the Republic of Mauritius for the avoidance of double taxation with respect to taxes on income and on capital shall remain unaffected.

Artikel 9**Transfer von Einkünften**

Vorbehaltlich des innerstaatlichen Rechts gewährt jede Vertragspartei jedem bezeichneten Unternehmen der anderen Vertragspartei das Recht, die durch den Verkauf von Beförderungsdiensten im Luftverkehr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei erzielten Einkünfte jederzeit, auf jede Weise, frei und ohne Beschränkung in jeder frei konvertierbaren Währung zum offiziellen Wechselkurs an seine Hauptniederlassung zu transferieren.

Artikel 10**Grundsätze für den Betrieb des Fluglinienverkehrs**

(1) Jedem bezeichneten Unternehmen jeder Vertragspartei wird in billiger und gleicher Weise Gelegenheit gegeben, den Fluglinienverkehr auf den nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Linien zu betreiben.

(2) Beim Betrieb des internationalen Fluglinienverkehrs auf den nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Linien nimmt jedes bezeichnete Unternehmen einer Vertragspartei auf die Interessen jedes bezeichneten Unternehmens der anderen Vertragspartei Rücksicht, damit der von diesen Unternehmen auf den gleichen Linien oder Teilen derselben betriebene Fluglinienverkehr nicht ungebührlich beeinträchtigt wird.

(3) Der internationale Fluglinienverkehr auf den nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Linien dient vor allem dazu, ein Beförderungsangebot bereitzustellen, das der voraussehbaren Verkehrsnachfrage nach und von dem Hoheitsgebiet der Vertragspartei entspricht, welche die Unternehmen bezeichnet hat. Das Recht dieser Unternehmen, Beförderungen zwischen den im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei gelegenen Punkten einer nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Linie und Punkten in dritten Staaten auszuführen, wird im Interesse einer geordneten Entwicklung des internationalen Luftverkehrs so ausgeübt, dass das Beförderungsangebot angepasst ist

- a) an die Verkehrsnachfrage nach und von dem Hoheitsgebiet der Vertragspartei, welche die Unternehmen bezeichnet hat,
- b) an die in den durchflogenen Gebieten bestehende Verkehrsnachfrage unter Berücksichtigung des inländischen und regionalen Fluglinienverkehrs und
- c) an die Erfordernisse eines wirtschaftlichen Betriebs der Linien des Durchgangsverkehrs.

(4) Das Beförderungsangebot und die Frequenz der von den bezeichneten Unternehmen jeder Vertragspartei zu erbringenden Dienste werden gemeinsam durch die Luftfahrtbehörden beider Vertragsparteien nach den Grundsätzen dieses Artikels festgelegt.

(5) Die Luftfahrtbehörden der Vertragsparteien sollen sich bemühen, eine zufriedenstellende Regelung bezüglich des Beförderungsangebots und der Frequenzen zu erreichen.

Artikel 11**Übermittlung von Betriebsangaben und Statistiken**

(1) Jedes bezeichnete Unternehmen teilt den Luftfahrtbehörden der Vertragsparteien spätestens einen Monat vor Aufnahme des Fluglinienverkehrs auf den nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Linien die Art der Dienste, die vorgesehenen Luftfahrzeugmuster und die Flugpläne mit. Kurzfristige Änderungen sind unverzüglich mitzuteilen.

(2) Die Luftfahrtbehörden der einen Vertragspartei stellen den Luftfahrtbehörden der anderen Vertragspartei auf Ersuchen alle regelmäßigen oder sonstigen statistischen Unterlagen der bezeichneten Unternehmen zur Verfügung, die vernünftigerweise angefordert werden können, um das von jedem bezeichneten Unternehmen der erstgenannten Vertragspartei auf den nach

Article 9**Transfer of Earnings**

Subject to domestic law, each Contracting Party shall grant to any airline designated by the other Contracting Party the right to remit to its head office at any time, in any way, freely and without restrictions, in any freely convertible currency and at the official rate of exchange, the revenue realized through the sale of air transport services in the territory of the other Contracting Party.

Article 10**Principles Governing the Operation of Air Services**

(1) There shall be fair and equal opportunity for the designated airlines of both Contracting Parties to operate air services on the routes specified in accordance with Article 2 (2) of this Agreement.

(2) In the operation of international air services on the routes specified in accordance with Article 2 (2) of this Agreement, any designated airline of either Contracting Party shall take account of the interests of any designated airline of the other Contracting Party so as not to affect unduly the air services which the latter airline operates over the same routes or parts thereof.

(3) The international air services on the routes specified in accordance with Article 2 (2) of this Agreement shall have as their primary objective the provision of capacity commensurate with the foreseeable traffic demand to and from the territory of the Contracting Party designating the airlines. The right of such airlines to carry traffic between points of a route specified in accordance with Article 2 (2) of this Agreement which are located in the territory of the other Contracting Party and points in third countries shall be exercised, in the interests of an orderly development of international air transport, in such a way that capacity is related to:

- a) the traffic demand to and from the territory of the Contracting Party designating the airlines;
- b) the traffic demand existing in the areas through which the air services pass, taking account of national and regional air services and
- c) the requirements of an economical operation through traffic routes.

(4) The capacity and frequency of services to be operated by the designated airlines of each Contracting Party shall be agreed upon between the aeronautical authorities of both Contracting parties on the basis of the principles enshrined in this Article.

(5) The aeronautical authorities of the Contracting Parties should endeavour to reach a satisfactory arrangement regarding transport capacity and frequencies.

Article 11**Communication of Operating Information and Statistics**

(1) Each designated airline shall communicate to the aeronautical authorities of the Contracting Parties at the latest one month prior to the initiation of air services on the routes specified in accordance with Article 2 (2) of the type of service, the types of aircraft to be used and the flight schedules. Changes made at short notice are to be notified without undue delay.

(2) The aeronautical authorities of either Contracting Party shall furnish to the aeronautical authorities of the other Contracting Party at their request such periodic or other statistical data of the designated airlines as may be reasonably required for the purpose of reviewing the capacity provided by any designated airline of the first Contracting Party on the routes specified in

Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Linien bereitgestellte Beförderungsangebot zu überprüfen. Diese Unterlagen müssen alle Angaben enthalten, die zur Feststellung des Umfangs sowie der Herkunft und Bestimmung des Verkehrs erforderlich sind.

Artikel 12

Tarife

(1) Die von den bezeichneten Unternehmen einer Vertragspartei anzuwendenden Tarife für die internationale Beförderung im Rahmen der nach diesem Abkommen erbrachten Dienste werden unter gebührender Berücksichtigung aller wesentlichen Faktoren, darunter die Betriebskosten, die Dienstmerkmale, die Interessen der Nutzer, ein angemessener Gewinn und sonstige Markterwägungen, in angemessener Höhe frei festgelegt.

(2) Jede Vertragspartei kann verlangen, dass die Tarife, die von bezeichneten Unternehmen der anderen Vertragspartei für die Beförderung in ihr oder aus ihrem Hoheitsgebiet angewandt werden, ihren Luftfahrtbehörden mitgeteilt oder vorgelegt werden. Die Mitteilung oder Vorlage durch die bezeichneten Unternehmen einer jeden Vertragspartei kann frühestens dreißig (30) Werktagen vor dem vorgeschlagenen Tag des Wirksamwerdens verlangt werden. In Einzelfällen kann eine kurzfristigere Mitteilung oder Vorlage als üblicherweise erforderlich gestattet werden.

(3) Unbeschadet des für jede Vertragspartei geltenden Wettbewerbs- und Verbraucherschutzrechts ergreift keine Vertragspartei einseitige Schritte, um die Ein- oder Weiterführung eines gültigen Tarifs zu verhindern, dessen Anwendung von einem bezeichneten Unternehmen der anderen Vertragspartei für den internationalen Luftverkehr im Rahmen der nach diesem Abkommen erbrachten Dienste vorgeschlagen wurde beziehungsweise der durch ein solches Unternehmen hierfür angewandt wird. Ein Eingreifen der Vertragsparteien beschränkt sich auf

- a) die Verhinderung unangemessen diskriminierender Preise oder Vorgehensweisen,
- b) den Schutz der Verbraucher vor unangemessen hohen oder restriktiven Preisen aufgrund des Missbrauchs einer beherrschenden Stellung,
- c) den Schutz der Unternehmen vor Preisen, die aufgrund direkter oder indirekter Subventionen oder Unterstützung künstlich niedrig gehalten werden und
- d) den Schutz der Unternehmen vor künstlich niedrigen Preisen, die nachweislich der Ausschaltung des Wettbewerbs dienen.

(4) Unbeschadet des Absatzes 3 können die Luftfahrtbehörden beider Vertragsparteien die von den bezeichneten Unternehmen vorgelegten Tarife ausdrücklich genehmigen. Sind diese Luftfahrtbehörden der Auffassung, dass ein bestimmter Tarif unter die in Absatz 3 Buchstaben a bis d genannten Kategorien fällt, so teilen sie ihre Beanstandungen unter Angabe von Gründen schnellstmöglich den Luftfahrtbehörden der anderen Vertragspartei sowie dem betroffenen Unternehmen mit, keinesfalls jedoch später als dreißig (30) Werktagen nach dem Tag der Vorlage des betreffenden Tarifs. Der bis zu diesem Zeitpunkt angewandte Tarif, der durch den neuen Tarif ersetzt werden sollte, findet weiterhin Anwendung. Teilt die andere Vertragspartei diese Auffassung nicht, so kann sie Konsultationen beantragen, die innerhalb von dreißig (30) Werktagen nach Antragstellung stattfinden müssen; beide Vertragsparteien bemühen sich, eine zufriedenstellende Regelung zu erreichen.

Artikel 13

Gewerbliche Tätigkeiten

(1) Jede Vertragspartei gewährt jedem bezeichneten Unternehmen der anderen Vertragspartei auf der Grundlage der Gegenseitigkeit das Recht, in ihrem Hoheitsgebiet Niederlassungen sowie Verwaltungs-, kaufmännisches und technisches Personal zu unterhalten, soweit sie von dem bezeichneten Unternehmen benötigt werden. Personen, die nicht Staatsange-

accordance with Article 2 (2) of this Agreement. Such data shall include all information required to determine the amount of traffic carried and the origins and destinations of such traffic.

Article 12

Tariffs

(1) The tariffs to be charged by the designated airlines of each Contracting Party for the international carriage in the services provided under this Agreement shall be freely established at reasonable levels, due regard being paid to all relevant factors, including the cost of operations, the characteristics of the service, the interest of users, a reasonable profit and other market consideration.

(2) Each Contracting Party may require notification to or filing with its aeronautical authorities of tariffs to be charged to or from its territory by designated airlines of the other Contracting Party. Notification or filing by the designated airlines of both Contracting Parties may be required no more than thirty (30) working days before the proposed date of effectiveness. In individual cases, notification or filing may be permitted on shorter notice than normally required.

(3) Without prejudice to the applicable competition and consumer protection law prevailing in each Contracting Party, neither Contracting Party shall take unilateral action to prevent the inauguration or continuation of an effective tariff proposed to be charged or charged by a designated airline of the other Contracting Party for international air transport in the services provided under this Agreement. Intervention by the Parties shall be limited to:

- a) prevention of unreasonably discriminatory prices or practices;
- b) protection of consumers from prices that are unreasonably high or restrictive due to the abuse of a dominant position;
- c) protection of airlines from prices that are artificially low due to direct or indirect subsidy or support; and
- d) protection of airlines from prices that are artificially low, where evidence exists as to an intent to eliminate competition.

(4) Without prejudice to the previous paragraph 3 of this Article, the aeronautical authorities of either Contracting Party may expressly approve the tariffs filed by the designated airlines. Where such aeronautical authorities find that a certain tariff falls within the categories set forth in paragraph 3(a), 3(b), 3(c) and 3(d), they shall send reasoned notification of their dissatisfaction to the aeronautical authorities of the other Contracting Party and to the concerned airline as soon as possible, and in no event later than thirty (30) working days after the date of filing of the tariff in question. The tariff applied up to that time, which was to be replaced by the new tariff, shall continue to be applied. If the other Contracting Party does not accept the contention, it may request consultations, which shall take place within thirty (30) working days of the request and both Parties shall endeavour to reach a satisfactory resolution.

Article 13

Commercial Activities

(1) Each Contracting Party shall, on a reciprocal basis, grant to any designated airline of the other Contracting Party the right to maintain in its territory such offices and administrative, commercial and technical personnel as are needed by the designated airline. Persons who are not nationals of the Contracting Parties or of Member States of the European Union may only be

hörde der Vertragsparteien oder eines Mitgliedstaats der Europäischen Union sind, können nur dann beschäftigt werden, wenn im Einzelfall eine Rückübernahmebereitschaftserklärung eines Staates vorliegt.

(2) Bei der Einrichtung der Niederlassungen und der Beschäftigung des Personals nach Absatz 1 ist das am Ort der Niederlassung geltende innerstaatliche Recht einzuhalten, insbesondere die Gesetze und sonstigen Vorschriften über die Einreise von Ausländern und ihren Aufenthalt im Hoheitsgebiet der betreffenden Vertragspartei. Das in den Niederlassungen nach Absatz 1 beschäftigte Personal benötigt keine Arbeitsgenehmigung.

(3) Jedes bezeichnete Unternehmen verfügt über das Recht, seine eigenen Bodenabfertigungsdienste im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei zu erbringen oder diese Dienstleistungen andernfalls nach Wahl ganz oder zum Teil nach außen an beliebige, zur Erbringung solcher Dienste zugelassene Dienstleister zu vergeben. Für den Fall, dass oder so lange wie die für die Bodenabfertigung im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei geltenden Gesetze und sonstigen Vorschriften die Freiheit zur Vergabe dieser Dienstleistungen nach außen oder zur Selbstabfertigung ausschließen oder beschränken, wird jedes bezeichnete Unternehmen hinsichtlich des Zugangs zur Selbstabfertigung und zu Bodenabfertigungsdiensten, die von einem oder mehreren Dienstleistern erbracht werden, auf nicht diskriminierende Weise behandelt.

(4) Jede Vertragspartei gewährt jedem bezeichneten Unternehmen der anderen Vertragspartei das Recht, seine Beförderungsleistungen unmittelbar in eigenen Verkaufsräumen, durch seine Agenten im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei und im Wege des elektronischen Direktvertriebs an jeden Kunden in jeder frei konvertierbaren Währung zu verkaufen.

(5) Jede Vertragspartei nimmt die Personen, die nach Absatz 1 in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eingereist sind, formlos zurück, wenn die zuständigen Behörden der anderen Vertragspartei der zur Rücknahme verpflichteten Vertragspartei die im Einzelfall eingetretene Rechtswidrigkeit des Aufenthalts der betreffenden Person in ihrem Hoheitsgebiet mitteilen.

Artikel 14

Intermodal-Verkehr

In ihrem Hoheitsgebiet gewährt jede Vertragspartei den bezeichneten Unternehmen der anderen Vertragspartei auf der Grundlage der Gegenseitigkeit in billiger und gerechter Weise den Zugang zu und die Nutzung von anderen Bodenverkehrsträgern von und nach Orten im Hoheitsgebiet der jeweiligen Vertragspartei oder in Drittstaaten – wobei im letzteren Fall deren Zustimmung erforderlich ist – sowie die Ausübung aller Tätigkeiten, die damit in unmittelbarem Zusammenhang stehen. Unternehmen können vorbehaltlich des innerstaatlichen Rechts wählen, ob sie den Bodenverkehr selbst durchführen oder nach eigenem Ermessen durch Regelungen, einschließlich Code-Share-Vereinbarungen mit anderen Beförderungsunternehmen, zur Verfügung stellen. Solche intermodalen Dienste können zu einem durchgehenden Tarif für die kombinierte Luft- und Bodenbeförderung angeboten werden, vorausgesetzt die Passagiere und Verloader werden über die im Zusammenhang mit einer solchen Beförderung stehenden Fakten informiert.

Artikel 15

Anerkennung von Zeugnissen und Erlaubnisscheinen

Lufttüchtigkeitszeugnisse, Befähigungszeugnisse und Erlaubnisscheine, die nach den Gesetzen und sonstigen Vorschriften einer Vertragspartei, im Fall der Bundesrepublik Deutschland einschließlich des Rechts der Europäischen Union, ausgestellt oder als gültig anerkannt worden und noch nicht abgelaufen sind, werden von der anderen Vertragspartei für den Betrieb des vereinbarten Fluglinienverkehrs als gültig anerkannt, vorausgesetzt, die Anforderungen, nach denen diese Zeugnisse oder Erlaubnisscheine ausgestellt oder als gültig anerkannt worden sind, ent-

employed if, in each individual case, a declaration of a state's willingness to re-admit the person has been made.

(2) The establishment of the offices and the employment of the personnel referred to in paragraph 1 above shall be subject to the domestic law applicable at the place of establishment, especially the laws and regulations relating to the admission of foreigners and their stay in the territory of the Contracting Party concerned. The personnel employed in the offices according to paragraph 1 above shall not require a work permit.

(3) Each designated airline shall have the right to provide its own ground handling services in the territory of the other Contracting Party or otherwise to contract these services out, in full or in part, at its option, with any of the suppliers authorised for the provision of such services. Where or as long as the laws and regulations applicable to ground handling in the territory of one Contracting Party exclude or limit either the freedom to contract these services out or self-handling, each designated airline shall be treated on a non-discriminatory basis as regards its access to self-handling and ground handling services provided by a supplier or suppliers.

(4) Each Contracting Party shall grant to any designated airline of the other Contracting Party the right to sell its transport services directly in its own sales offices through its agents in the territory of the other Contracting Party and by way of electronic direct sale to any customer in any freely convertible currency.

(5) Each Contracting Party shall informally re-admit persons having entered the territory of the other Contracting Party under the terms of paragraph 1 above if the competent authorities of the latter Contracting Party notify the Contracting Party obliged to re-admit the person in each individual case that the relevant person's stay in its territory is unlawful.

Article 14

Intermodal Transport

Each Contracting Party shall, on a reciprocal basis, allow in its territory the designated airlines of the other Contracting Party equitable and fair access to and use of the other surface modes of transport to or from any points in the territories of the Contracting Party or third countries, whereby in the latter case it is subject to their approval, as well as the undertaking of all activities directly connected with this. Subject to national law, airlines may elect to perform their own surface transportation or, at their discretion, to provide it through arrangements including code share with other surface carriers. Such intermodal services may be offered at a single, through price for the air and surface transportation combined, provided that passengers and shippers are informed as to the facts of this transportation.

Article 15

Recognition of Certificates and Licences

Certificates of airworthiness, certificates of competency and licences issued or rendered valid in accordance with the laws and regulations of one Contracting Party, including in the case of the Federal Republic of Germany, European Union Law, and which have not yet expired, shall be recognized as valid by the other Contracting Party for the purpose of operating the agreed air services, provided that the requirements under which such certificates or licences were issued or rendered valid are equal to or above the minimum standards established under the

sprechen den Mindestanforderungen, die nach dem Zivilluftfahrt-Abkommen aufgestellt werden, oder sie gehen darüber hinaus.

Artikel 16

Luftverkehrssicherheit

(1) Jede Vertragspartei kann jederzeit Konsultationen über die von der anderen Vertragspartei angewendeten Sicherheitsnormen für Flugbesatzungen, Luftfahrzeuge oder ihren Betrieb beantragen. Solche Konsultationen finden innerhalb von dreißig (30) Tagen nach Antragstellung statt.

(2) Stellt eine Vertragspartei nach solchen Konsultationen fest, dass die andere Vertragspartei Sicherheitsnormen in einem solchen Bereich nicht wirksam anwendet und durchführt, welche wenigstens den Mindestanforderungen entsprechen, die zu diesem Zeitpunkt nach dem Zivilluftfahrt-Abkommen festgelegt worden sind, so notifiziert die eine Vertragspartei der anderen Vertragspartei diese Feststellungen sowie die Schritte, die zur Erfüllung dieser Mindestanforderungen für notwendig erachtet werden, und die andere Vertragspartei trifft angemessene Abhilfemaßnahmen. Trifft die andere Vertragspartei nicht innerhalb von fünfzehn (15) Tagen angemessene Maßnahmen, so ist dies ein Grund für die Anwendung des Artikels 4.

(3) Ungeachtet der in Artikel 33 des Zivilluftfahrt-Abkommens erwähnten Verpflichtungen wird vereinbart, dass jedes Luftfahrzeug, das von den bezeichneten Unternehmen auf Diensten von oder nach dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eingesetzt wird, während es sich im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei befindet, einer Kontrolle durch befugte Vertreter der anderen Vertragspartei unterzogen werden kann, vorausgesetzt, dies führt nicht zu einer unzumutbaren Verspätung; diese Untersuchung (Vorfeldkontrolle) kann an Bord und in der Umgebung des Luftfahrzeugs erfolgen und hat den Zweck der Überprüfung der Gültigkeit der Luftfahrzeug- und Flugbesatzungspapiere und des erkennbaren Zustands des Luftfahrzeugs und seiner Ausrüstung.

(4) Gibt eine solche Vorfeldkontrolle oder Reihe von Vorfeldkontrollen Anlass zu ernsthaften Bedenken, dass

- a) ein Luftfahrzeug oder der Betrieb eines Luftfahrzeugs nicht den zu diesem Zeitpunkt nach dem Zivilluftfahrt-Abkommen festgelegten Mindestanforderungen entspricht oder
- b) die zu diesem Zeitpunkt nach dem Zivilluftfahrt-Abkommen festgelegten Sicherheitsnormen nicht wirksam angewendet und durchgeführt werden,

so steht es der Vertragspartei, welche die Kontrolle durchführt, im Sinne des Artikels 33 des Zivilluftfahrt-Abkommens frei, den Schluss zu ziehen, dass die Anforderungen, unter denen Zeugnisse und Erlaubnisscheine für dieses Luftfahrzeug oder diese Flugbesatzung ausgestellt oder für gültig erklärt wurden, oder dass die Anforderungen, unter denen dieses Luftfahrzeug betrieben wird, den nach dem Zivilluftfahrt-Abkommen festgelegten Mindestanforderungen weder entsprechen noch darüber hinausgehen.

(5) Wird der Zugang zum Zweck einer nach Absatz 3 erfolgten Vorfeldkontrolle eines von den bezeichneten Unternehmen einer Vertragspartei betriebenen Luftfahrzeugs von einem Vertreter dieses Unternehmens verweigert, so steht es der anderen Vertragspartei frei, anzunehmen, dass Anlass zu ernsthaften Bedenken der in Absatz 4 genannten Art besteht, und die in jenem Absatz genannten Schlussfolgerungen zu ziehen.

(6) Jede Vertragspartei behält sich das Recht vor, die Betriebsgenehmigungen für den internationalen Fluglinienverkehr eines oder mehrerer Unternehmen der anderen Vertragspartei unverzüglich dann auszusetzen oder zu ändern, wenn die erste Vertragspartei – als Ergebnis einer Vorfeldkontrolle oder einer Reihe von Vorfeldkontrollen, weil ihr der Zugang zum Zweck einer Vorfeldkontrolle verweigert wird, aufgrund von Konsultationen oder auf andere Weise – zu dem Schluss kommt, dass für die Sicherheit des Betriebs eines Unternehmens sofortige Maßnahmen erforderlich sind.

Convention.

Article 16

Aviation Safety

(1) Each Contracting Party may request consultations at any time concerning safety standards relating to aircrew, aircraft or their operation adopted by the other Contracting Party. Such consultations shall take place within thirty (30) days of that request.

(2) If, following such consultations, one Contracting Party finds that the other Contracting Party does not effectively maintain and administer safety standards in any such area that are at least equal to the minimum standards established at that time pursuant to the Convention, the one Contracting Party shall notify the other Contracting Party of those findings and the steps considered necessary to conform with those minimum standards, and that other Contracting Party shall take appropriate corrective action. Failure by the other Contracting Party to take appropriate action within fifteen (15) days shall be cause for the application of Article 4 of this Agreement.

(3) Notwithstanding the obligations mentioned in Article 33 of the Convention, it is agreed that any aircraft operated by the designated airlines on services to or from the territory of the other Contracting Party may, while within the territory of the other Contracting Party, be made the subject of an examination by the authorised representatives of the other Contracting Party, on board and around the aircraft to check both the validity of the aircraft documents and those of its crew and the apparent condition of the aircraft and its equipment (ramp inspection), provided this does not lead to unreasonable delay.

(4) If any such ramp inspection or a series of ramp inspections gives rise to serious concerns that

- a) an aircraft or the operation of an aircraft does not comply with the minimum standards established at that time pursuant to the Convention, or
- b) there is a lack of effective maintenance and administration of safety standards established at that time pursuant to the Convention,

the Contracting Party carrying out the inspection shall, for the purposes of Article 33 of the Convention, be free to conclude that the requirements under which the certificate or licences in respect of that aircraft or in respect of the crew of that aircraft had been issued or rendered valid, or that the requirements under which that aircraft is operated, are not equal to or above the minimum standards established pursuant to the Convention.

(5) In the event that access for the purpose of undertaking a ramp inspection of an aircraft operated by the designated airlines of one Contracting Party in accordance with paragraph 3 above is denied by a representative of the airline concerned, the other Contracting Party shall be free to infer that serious concerns of the type referred to in paragraph 4 above exist and draw the conclusions referred to in that paragraph.

(6) Each Contracting Party reserves the right to suspend or vary the operating authorisations for international air services of an airline or airlines of the other Contracting Party immediately in the event that the first Contracting Party concludes, whether as a result of a ramp inspection, a series of ramp inspections, a denial of access for ramp inspections, consultations or otherwise, that immediate action is essential to the safety of the operations of an airline.

(7) Jede Maßnahme einer Vertragspartei in Übereinstimmung mit Absatz 2 oder 6 wird eingestellt, wenn die Grundlage für die Ergreifung dieser Maßnahme nicht mehr besteht.

(8) Hat die Bundesrepublik Deutschland ein Unternehmen bezeichnet, dessen gesetzliche Kontrolle von einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union wahrgenommen und aufrechterhalten wird, so gelten die Rechte der anderen Vertragspartei nach diesem Artikel bezüglich der Annahme, Ausübung oder Aufrechterhaltung von Sicherheitsnormen durch den betreffenden anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union und bezüglich der Betriebsgenehmigungen dieses Unternehmens gleichermaßen.

Artikel 17

Luftsicherheit

(1) In Übereinstimmung mit ihren völkerrechtlichen Rechten und Pflichten bekräftigen die Vertragsparteien ihre gegenseitige Verpflichtung, die Sicherheit der Zivilluftfahrt vor widerrechtlichen Eingriffen zu schützen. Ohne den allgemeinen Charakter ihrer völkerrechtlichen Rechte und Pflichten einzuschränken, handeln die Vertragsparteien insbesondere im Einklang mit dem Abkommen vom 14. September 1963 über strafbare und bestimmte andere an Bord von Luftfahrzeugen begangene Handlungen, dem Übereinkommen vom 16. Dezember 1970 zur Bekämpfung der widerrechtlichen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen, dem Übereinkommen vom 23. September 1971 zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Zivilluftfahrt, dem Protokoll vom 24. Februar 1988 zur Bekämpfung widerrechtlicher gewalttätiger Handlungen auf Flughäfen, die der internationalen Zivilluftfahrt dienen, in Ergänzung des Übereinkommens vom 23. September 1971 zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Zivilluftfahrt und dem am 1. März 1991 in Montreal unterzeichneten Übereinkommen über die Markierung von Plastiksprengstoffen zum Zweck des Aufspürens sowie allen sonstigen mehrseitigen Übereinkünften oder Protokollen über die Sicherheit in der Zivilluftfahrt, denen beide Vertragsparteien beigetreten sind.

(2) Die Vertragsparteien gewähren einander auf Ersuchen jede erforderliche Unterstützung, um die widerrechtliche Inbesitznahme ziviler Luftfahrzeuge und andere widerrechtliche Handlungen gegen die Sicherheit solcher Luftfahrzeuge, ihrer Fluggäste und Besatzung, von Flughäfen und Flugnavigationseinrichtungen sowie jede sonstige Bedrohung der Sicherheit der Zivilluftfahrt zu verhindern.

(3) Wird ein ziviles Luftfahrzeug widerrechtlich in Besitz genommen oder werden sonstige widerrechtliche Eingriffe gegen die Sicherheit eines solchen Luftfahrzeugs, seiner Fluggäste und Besatzung sowie gegen die Sicherheit von Flughäfen oder Flugnavigationseinrichtungen begangen oder angedroht, so unterstützen die Vertragsparteien einander in gegenseitigen Konsultationen durch Erleichterung des Fernmeldeverkehrs und sonstige geeignete Maßnahmen, um solche Vorfälle oder solche Bedrohungen so rasch zu beenden, wie dies bei möglichst geringer Gefährdung von Leben durchführbar ist.

(4) Jede Vertragspartei trifft alle ihr durchführbar erscheinenden Maßnahmen, um sicherzustellen, dass ein Luftfahrzeug, das widerrechtlich in Besitz genommen wurde oder hinsichtlich dessen andere widerrechtliche Eingriffe vorgenommen wurden und das sich in ihrem Hoheitsgebiet am Boden befindet, dort festgehalten wird, sofern nicht sein Abflug aufgrund der vordringlichen Verpflichtung zum Schutz von Leben erforderlich wird. Diese Maßnahmen werden, soweit durchführbar, auf der Grundlage gegenseitiger Konsultationen getroffen.

(5) Die Vertragsparteien handeln in ihren gegenseitigen Beziehungen im Einklang mit den Luftsicherheitsvorschriften, die von der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation festgelegt und zu Anhängen des Zivilluftfahrt-Abkommens bestimmt werden, soweit diese Sicherheitsvorschriften auf die Vertragsparteien anwendbar sind; sie verlangen, dass

(7) Any action by one Contracting Party in accordance with paragraph 2 or 6 above shall be discontinued once the basis for the taking of that action ceases to exist.

(8) Where the Federal Republic of Germany has designated an airline whose regulatory control is exercised and maintained by another European Union Member State, the rights of the other Contracting Party under this Article shall apply equally in respect of the adoption, exercise or maintenance of safety standards by that other European Union Member State and in respect of the operating authorisations of that airline.

Article 17

Aviation Security

(1) Consistent with their rights and obligations under international law, the Contracting Parties reaffirm their obligation to each other to protect the security of civil aviation against acts of unlawful interference. Without limiting the generality of their rights and obligations under international law, the Contracting Parties shall in particular act in conformity with the provisions of the Convention on Offences and Certain Other Acts Committed on Board Aircraft of 14 September 1963, the Convention for the Suppression of Unlawful Seizure of Aircraft of 16 December 1970, the Convention for the Suppression of Unlawful Acts against the Safety of Civil Aviation of 23 September 1971, the Protocol for the Suppression of Unlawful Acts of Violence at Airports Serving International Civil Aviation of 24 February 1988, Supplementary to the Convention for the Suppression of Unlawful Acts against the Safety of Civil Aviation of 23 September 1971 and the Convention on Marking of Plastic Explosives for the purpose of detection, signed at Montreal on March 1, 1991, and any other multilateral agreement or protocol relating to civil aviation security which has been adhered to by both Contracting Parties.

(2) The Contracting Parties shall provide upon request all necessary assistance to each other to prevent acts of unlawful seizure of civil aircraft and other acts of unlawful interference against the safety of such aircraft, their passengers and crew, airports and air navigation facilities, and any other threat to the security of civil aviation.

(3) When an incident or threat of an incident of unlawful seizure of civil aircraft or other acts of unlawful interference against the safety of such aircraft, their passengers and crew, airports or air navigation facilities occurs, the Contracting Parties shall, in mutual consultations, assist each other by facilitating communications and other appropriate measures intended to terminate as rapidly as commensurate with minimum risk to life such incident or threat thereof.

(4) Each Contracting Party shall take all measures it finds practicable to ensure that an aircraft subjected to an act of unlawful seizure or other acts of unlawful interference which is on the ground in its territory is detained on the ground unless its departure is necessitated by the overriding duty to protect lives. Wherever practicable, such measures shall be taken on the basis of mutual consultations.

(5) The Contracting Parties shall, in their mutual relations, act in conformity with the aviation security provisions established by the International Civil Aviation Organization and designated as Annexes to the Convention to the extent that such security provisions are applicable to the Contracting Parties; they shall require that

- a) die Halter von in ihren Registern eingetragenen Luftfahrzeugen oder
 - b) die Luftfahrzeughalter, die ihren Hauptgeschäftssitz oder ihren ständigen Aufenthalt im Hoheitsgebiet der Vertragsparteien haben, oder – im Fall der Bundesrepublik Deutschland – Luftfahrzeughalter, die nach den EU-Verträgen im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland niedergelassen sind und über gültige Betriebsgenehmigungen nach dem Recht der Europäischen Union verfügen, sowie
 - c) die Betreiber von Flughäfen in ihrem Hoheitsgebiet
- im Einklang mit diesen Luftsicherheitsvorschriften handeln.

(6) Jede Vertragspartei erklärt sich damit einverstanden, dass von diesen Luftfahrzeughaltern verlangt werden kann, die in Absatz 5 genannten Luftsicherheitsvorschriften einzuhalten, die von der anderen Vertragspartei für den Einflug in ihr Hoheitsgebiet festgelegt wurden. Für den Ausflug aus oder den Aufenthalt in dem Hoheitsgebiet der Republik Mauritius müssen Luftfahrzeughalter die Luftsicherheitsvorschriften nach dem in diesem Land geltenden Recht einhalten. Für den Einflug in das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland, den Ausflug aus oder den Aufenthalt in dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland müssen Luftfahrzeughalter die Luftsicherheitsvorschriften nach deutschem Recht und dem Recht der Europäischen Union einhalten. Jede Vertragspartei gewährleistet, dass in ihrem Hoheitsgebiet Maßnahmen zum Schutz von Luftfahrzeugen und zur Überprüfung von Fluggästen, Besatzung und Handgepäck sowie zur Durchführung angemessener Sicherheitskontrollen bei Gepäck, Fracht und Bordvorräten vor und bei dem Einsteigen oder Beladen wirksam angewendet werden. Jede Vertragspartei wird jedes Ersuchen der anderen Vertragspartei um vernünftige besondere Sicherheitsmaßnahmen zur Abwendung einer bestimmten Bedrohung wohlwollend prüfen.

(7) Weicht eine Vertragspartei von den Luftsicherheitsvorschriften dieses Artikels ab, so können die Luftfahrtbehörden der anderen Vertragspartei sofortige Konsultationen mit den Luftfahrtbehörden der erstgenannten Vertragspartei beantragen. Kommt innerhalb eines Monats nach dem Datum der Antragstellung eine zufriedenstellende Einigung nicht zustande, so ist dies ein Grund, die Betriebsgenehmigungen eines oder mehrerer Unternehmen der erstgenannten Vertragspartei vorzuenthalten, zu widerrufen, einzuschränken oder mit Auflagen zu versehen. Wenn eine ernste Notlage dies erfordert, kann eine Vertragspartei vor Ablauf dieses Monats vorläufige Maßnahmen treffen.

(8) Jede in Übereinstimmung mit Absatz 7 getroffene Maßnahme wird eingestellt, wenn beide Seiten der Ansicht sind, dass die andere Vertragspartei diesen Artikel einhält.

Artikel 18

Überprüfung von Reisedokumenten und nicht einreiseberechtigten Personen

(1) Jede Vertragspartei gestattet in ihrem Hoheitsgebiet den bezeichneten Unternehmen der anderen Vertragspartei die Durchführung von Maßnahmen, die gewährleisten sollen, dass nur Personen mit den für die Einreise in oder die Durchreise durch das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei erforderlichen Reisedokumenten befördert werden.

(2) Jede Vertragspartei nimmt eine Person, die an ihrem Zielort im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei zurückgewiesen wurde, nachdem dort festgestellt worden war, dass sie nicht einreiseberechtigt war, zum Zweck der Überprüfung auf, wenn sich diese Person vor ihrer Abreise im Hoheitsgebiet dieser Vertragspartei aufgehalten hat. Eine Vertragspartei weist jedoch eine Person nicht in das Land der anderen Vertragspartei zurück, wenn sie von der anderen Vertragspartei zuvor zurückgewiesen wurde.

(3) Ist eine Person, von der festgestellt worden ist, dass sie nicht einreiseberechtigt ist, nicht mehr in Besitz ihrer Reisedokumente oder hat die Person ihre Reisedokumente zerstört, so erkennt eine Vertragspartei stattdessen ein die Umstände von

- a) operators of aircraft of their registry; or
 - b) operators of aircraft who have their principal place of business or permanent residence in the territory of the Contracting Parties or in the case of the Federal Republic of Germany operators of aircraft who are established in its territory under the EU Treaties and have valid operating licences in accordance with European Union Law; and
 - c) operators of airports in their territory
- act in conformity with such aviation security provisions.

(6) Each Contracting Party agrees that such operators of aircraft may be required to observe the aviation security provisions referred to in paragraph 5 above required by the other Contracting Party for entry into the territory of that other Contracting Party. For departure from, or while within the territory of the Republic of Mauritius operators of aircraft shall be required to observe aviation security provisions in conformity with the law in force in that country. For entrance into, departure from, or while within, the territory of the Federal Republic of Germany, operators of aircraft shall be required to observe aviation security provisions in conformity with German Law and European Union Law. Each Contracting Party shall ensure that measures are effectively applied within its territory to protect the aircraft and to screen passengers, crew and carry-on items and to carry out appropriate security checks on baggage, cargo and in-flight supplies prior to and during boarding or loading. Each Contracting Party shall look favourably on any request from the other Contracting Party for reasonable special security measures to meet a particular threat.

(7) Should a Contracting Party depart from the aviation security provisions of this Article, the aeronautical authorities of the other Contracting Party may request immediate consultations with the aeronautical authorities of the former Contracting Party. Failure to reach a satisfactory agreement within one month of the date of such request shall constitute grounds for withholding, revoking, limiting or imposing conditions on the operating authorisations of one or several of the airlines of the former Contracting Party. If required by a serious emergency, either Contracting Party may take interim action prior to the expiry of the month.

(8) Any action taken in accordance with paragraph 7 shall be discontinued upon the mutual understanding that the provisions of this Article are complied with by the other Contracting Party.

Article 18

Examination of Travel Documents and of Inadmissible Persons

(1) Either Contracting Party shall permit, in its territory, the designated airlines of the other Contracting Party to take measures to ensure that only persons with the travel documents required for entry into or transit through the territory of the other Contracting Party are carried.

(2) Either Contracting Party shall accept for examination a person being returned from his point of disembarkation in the territory of the other Contracting Party after having been found inadmissible if this person previously stayed in its territory before embarkation. However, either Contracting Party shall not return a person to the country of the other Contracting Party if he was previously returned from the other Contracting Party.

(3) Where a person who has been found inadmissible is no longer in possession of his or her travel documents or has destroyed them, a Contracting Party shall accept instead a document attesting to the circumstances of embarkation and

Abflug und Ankunft bestätigendes Dokument an, das von den Behörden der anderen Vertragspartei ausgestellt wurde.

(4) Absatz 2 hindert die Behörden nicht daran, eine zurückgewiesene, nicht einreiseberechtigte Person einer weiteren Überprüfung zu unterziehen, um festzustellen, ob sie schließlich in dem Staat aufgenommen werden kann, oder um Vorkehrungen für ihre Weiterbeförderung, Ausweisung oder Abschiebung in einen Staat, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt oder in dem sie aus anderen Gründen Aufnahme finden kann, zu treffen.

Artikel 19

Meinungsaustausch

Zwischen den Luftfahrtbehörden der Vertragsparteien findet nach Bedarf ein Meinungsaustausch statt, um eine enge Zusammenarbeit und eine Verständigung in allen die Anwendung dieses Abkommens berührenden Angelegenheiten herbeizuführen.

Artikel 20

Konsultationen

Zur Erörterung von Änderungen dieses Abkommens oder des Fluglinienplans, von Auslegungsfragen oder von wettbewerbsrelevanten Verhaltensweisen, welche die Luftverkehrsmärkte der Vertragsparteien betreffen, kann eine Vertragspartei jederzeit Konsultationen beantragen. Das gilt auch für Erörterungen über die Anwendung des Abkommens, wenn nach Ansicht einer Vertragspartei ein Meinungsaustausch nach Artikel 19 kein zufriedenstellendes Ergebnis erbracht hat. Die Konsultationen beginnen innerhalb von zwei Monaten nach Eingang des Antrags bei der anderen Vertragspartei; hiervon ausgenommen sind die Artikel 16 (Luftverkehrssicherheit) und 17 (Luftsicherheit).

Artikel 21

Beilegung von Streitigkeiten

(1) Soweit eine Meinungsverschiedenheit über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens nicht nach Artikel 20 beigelegt werden kann, wird sie auf Verlangen einer Vertragspartei einem Schiedsgericht unterbreitet.

(2) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Vorsitzenden einigen, der von den Regierungen der Vertragsparteien bestellt wird. Die Mitglieder werden innerhalb von zwei Monaten, der Vorsitzende innerhalb von drei Monaten bestellt, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, dass sie die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(3) Werden die in Absatz 2 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Rates der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident, der ihn vertritt, die Ernennungen vornehmen.

(4) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind für die Vertragsparteien bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Vorsitzenden sowie die sonstigen Kosten werden von den Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Im Übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

Artikel 22

Mehrseitige Übereinkünfte

Tritt eine von den Vertragsparteien angenommene allgemeine mehrseitige Luftverkehrsübereinkunft in Kraft, so gehen deren Bestimmungen vor. Erörterungen zur Feststellung, inwieweit eine

arrival issued by the authorities of the other Contracting Party.

(4) Paragraph 2 is not intended to prevent public authorities from further examining a returned inadmissible person to determine his eventual acceptability in the State or make arrangements for his transfer, expulsion or deportation to a State of which he is a national or where he is otherwise acceptable.

Article 19

Exchange of Views

Exchanges of views shall take place as needed between the aeronautical authorities of the Contracting Parties in order to achieve close cooperation and agreement in all matters pertaining to the application of this Agreement.

Article 20

Consultations

Consultations may be requested at any time by either Contracting Party for the purpose of discussing amendments to this Agreement or to the Route Schedule, questions relating to interpretation or to behaviour relevant to competition which affects the aviation markets of the Contracting Parties. The same applies to discussions concerning the application of this Agreement if either Contracting Party considers that an exchange of views within the meaning of Article 19 of this Agreement has not produced any satisfactory results. Such consultations shall begin within two months of the date of receipt by the other Contracting Party of any such request, except for Article 16 (Aviation Safety) and Article 17 (Aviation Security).

Article 21

Settlement of Disputes

(1) Where any disagreement concerning the interpretation or application of this Agreement cannot be settled in accordance with Article 20 of this Agreement, it shall be submitted to an arbitral tribunal at the request of either Contracting Party.

(2) Such arbitral tribunal shall be constituted ad hoc as follows: each Contracting Party shall appoint one member, and these two members shall agree upon a national of a third State as their chairman to be appointed by the Governments of the Contracting Parties. Such members shall be appointed within two months, and such chairman within three months, of the date on which either Contracting Party has informed the other Contracting Party of its intention to submit the disagreement to an arbitral tribunal.

(3) If the periods specified in paragraph 2 above have not been observed, either Contracting Party may, in the absence of any other relevant arrangement, invite the President of the Council of the International Civil Aviation Organization to make the necessary appointments. If the President is a national of either Contracting Party or if he is otherwise prevented from discharging this function, the Vice-President deputizing for him should make the necessary appointments.

(4) The arbitral tribunal shall reach its decisions by a majority of votes. Such decisions shall be binding on the Contracting Parties. Each Contracting Party shall bear the cost of its own member as well as of its representation in the arbitral proceedings; the cost of the chairman and any other costs shall be borne in equal parts by the Contracting Parties. In all other respects, the arbitral tribunal shall determine its own procedure.

Article 22

Multilateral Conventions

In the event of a general multilateral air transport convention accepted by the Contracting Parties entering into force, the provisions of such convention shall prevail. Any discussions

mehrseitige Übereinkunft dieses Abkommen beendet, ersetzt, ändert oder ergänzt, finden nach Artikel 20 statt.

Artikel 23

Frühere Abkommen

Mit Inkrafttreten dieses Abkommens tritt das Abkommen vom 26. Februar 1974 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung von Mauritius über den Luftverkehr außer Kraft.

Artikel 24

Ratifikation, Inkrafttreten, Geltungsdauer

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

(3) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.

(4) Dieses Abkommen wird bis zu seinem Inkrafttreten nach Maßgabe des jeweiligen innerstaatlichen Rechts der Vertragsparteien vorläufig angewendet.

Artikel 25

Registrierung bei der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation und bei den Vereinten Nationen

(1) Dieses Abkommen und jede Änderung desselben werden von der Bundesrepublik Deutschland der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation zur Registrierung übermittelt.

(2) Die Registrierung dieses Abkommens beim Sekretariat der Vereinten Nationen nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen wird unverzüglich nach seinem Inkrafttreten von der Bundesrepublik Deutschland veranlasst. Die andere Vertragspartei wird unter Angabe der VN-Registrierungsnummer von der erfolgten Registrierung unterrichtet, sobald diese vom Sekretariat der Vereinten Nationen bestätigt worden ist.

Artikel 26

Kündigung

Jede Vertragspartei kann die andere Vertragspartei jederzeit von ihrem Beschluss in Kenntnis setzen, dieses Abkommen zu beenden. Die Kündigung wird gleichzeitig der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation mitgeteilt. In diesem Fall tritt das Abkommen zwölf Monate nach Eingang der Mitteilung bei der anderen Vertragspartei außer Kraft, sofern nicht die Kündigung vor Ablauf dieser Zeit durch Vereinbarung zurückgenommen wird. Wird der Eingang der Mitteilung von der anderen Vertragspartei nicht bestätigt, so gilt als Eingangstag der vierzehnte Tag nach dem Eingang der Mitteilung bei der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation.

Geschehen zu Berlin am 14. August 2017 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

with a view to determining the extent to which this Agreement is terminated, superseded, amended or supplemented by the provisions of the multilateral convention shall take place in accordance with Article 20 of this Agreement.

Article 23

Previous Agreements

Upon the entry into force of this Agreement, the Air Transport Agreement between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of Mauritius of 26 February 1974 shall cease to have effect.

Article 24

Ratification, Entry into Force, Duration

(1) This Agreement shall be ratified; the instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible.

(2) This Agreement shall enter into force one month from the date of the exchange of the instruments of ratification.

(3) This Agreement shall be concluded for an unlimited period.

(4) Pending entry into force, this Agreement shall provisionally apply in accordance with the respective national law of the Contracting Parties.

Article 25

Registration with the International Civil Aviation Organization and with the United Nations

(1) This Agreement and any amendments to it shall be communicated by the Federal Republic of Germany to the International Civil Aviation Organization for registration.

(2) Registration of this Agreement with the Secretariat of the United Nations, in accordance with Article 102 of the United Nations Charter, shall be initiated immediately following its entry into force by the Federal Republic of Germany. The other Contracting Party shall be informed of registration, and of the UN registration number, as soon as this has been confirmed by the Secretariat.

Article 26

Termination

Either Contracting Party may at any time give notice to the other Contracting Party of its decision to terminate this Agreement. Such notice shall be simultaneously communicated to the International Civil Aviation Organization. In such case this Agreement shall terminate twelve months after the date of receipt of the notice by the other Contracting Party, unless the notice to terminate is withdrawn by agreement before the expiry of this period. In the absence of acknowledgment of receipt by the other Contracting Party, notice shall be deemed to have been received fourteen days after the receipt of the notice by the International Civil Aviation Organization.

Done at Berlin on 14 August 2017 in duplicate in the German and English languages, both texts being equally authentic.

Für die Bundesrepublik Deutschland
For the Federal Republic of Germany

Walter J. Lindner

Für die Republik Mauritius
For the Republic of Mauritius

Dr. Kheswar Jankee

Gesetz
zur Revision 3 des Übereinkommens vom 20. März 1958
über die Annahme einheitlicher technischer Vorschriften
für Radfahrzeuge, Ausrüstungsgegenstände und Teile,
die in Radfahrzeuge(n) eingebaut und/oder verwendet werden können,
und die Bedingungen für die gegenseitige Anerkennung von Genehmigungen,
die nach diesen Vorschriften erteilt wurden

Vom 31. März 2019

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Der von der 169. Tagung der Wirtschaftskommission für Europa der Vereinten Nationen in Genf am 21. bis 24. Juni 2016 angenommenen Revision 3 des Übereinkommens vom 20. März 1958 über die Annahme einheitlicher technischer Vorschriften für Radfahrzeuge, Ausrüstungsgegenstände und Teile, die in Radfahrzeuge(n) eingebaut und/oder verwendet werden können, und die Bedingungen für die gegenseitige Anerkennung von Genehmigungen, die nach diesen Vorschriften erteilt wurden wird zugestimmt. Die Revision 3 des Übereinkommens wird nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Artikel 2

Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur wird ermächtigt, im Rahmen der Ziele des § 6 des Straßenverkehrsgesetzes UN-Regelungen nach Artikel 1 und Änderungen von UN-Regelungen nach Artikel 12 der Revision 3 des Übereinkommens durch Rechtsverordnungen ohne Zustimmung des Bundesrates in Kraft zu setzen und mit diesen Rechtsverordnungen Bestimmungen über die Anwendung von Alternativen nach Artikel 1 der Revision 3 des Übereinkommens zu erlassen; vor ihrem Erlass sind die zuständigen obersten Landesbehörden zu hören. Die Rechtsverordnungen nach Satz 1 bedürfen des Einvernehmens mit dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, soweit sie sich beziehen auf Emissionsanforderungen und deren Umsetzung, umweltrelevante neue Technologien und Maßnahmen zur Energieeffizienz. Die Vorschriften des § 38 Absatz 2 und des § 39 des Bundesimmissionsschutzgesetzes bleiben unberührt.

Artikel 3

Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur wird ermächtigt, im Rahmen der Ziele des § 6 des Straßenverkehrsgesetzes globale technische Regelungen und Änderungen globaler technischer Regelungen nach Artikel 6 sowie Alternativen in den Regelungen nach Artikel 7 Absatz 7.2 des Übereinkommens vom 25. Juni 1998 über die Festlegung globaler technischer Regelungen für Radfahrzeuge, Ausrüstungsgegenstände und Teile, die in Radfahrzeuge(n) eingebaut und/oder verwendet werden können (BGBl. 2001 II S. 250, 251), durch Rechtsverordnungen ohne Zustimmung des Bundesrates in Kraft zu setzen; vor ihrem Erlass sind die zuständigen obersten Landesbehörden zu hören. Die Rechtsverordnungen nach Satz 1 bedürfen des Einvernehmens mit dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, soweit sie sich beziehen auf Emissionsanforderungen und deren Umsetzung, umweltrelevante neue Technologien und Maßnahmen zur Energieeffizienz.

Artikel 4

Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur wird ermächtigt, Änderungen der Vorschriften des Übereinkommens, die nach Artikel 13 und Artikel 13a der Revision 3 des Übereinkommens angenommen worden sind, durch

Rechtsverordnungen ohne Zustimmung des Bundesrates in Kraft zu setzen. Die Rechtsverordnungen nach Satz 1 bedürfen des Einvernehmens mit dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, soweit sie sich beziehen auf Emissionsanforderungen und deren Umsetzung, umweltrelevante neue Technologien und Maßnahmen zur Energieeffizienz.

Artikel 5

(1) Artikel 3 des Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 20. März 1958 über die Annahme einheitlicher Bedingungen für die Genehmigung der Ausrüstungsgegenstände und Teile von Kraftfahrzeugen und über die gegenseitige Anerkennung der Genehmigung vom 12. Juni 1965 (BGBl. 1965 II S. 857; 1979 II S. 304), das zuletzt durch Artikel 542 der Verordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407) geändert worden ist, wird aufgehoben.

(2) Die Artikel 3 und 4 Absatz 2 des Gesetzes zur Revision des Übereinkommens vom 20. März 1958 über die Annahme einheitlicher Bedingungen für die Genehmigung der Ausrüstungsgegenstände und Teile von Kraftfahrzeugen und über die gegenseitige Anerkennung der Genehmigung vom 20. Mai 1997 (BGBl. 1997 II S. 998), das zuletzt durch Artikel 609 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist, werden aufgehoben.

Artikel 6

(1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

(2) Die Revision 3 des Übereinkommens ist am 14. September 2017 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft getreten.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 31. März 2019

Der Bundespräsident
Steinmeier

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Der Bundesminister
für Verkehr und digitale Infrastruktur
Andreas Scheuer

Der Bundesminister des Auswärtigen
Heiko Maas

Die Bundesministerin
für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
Svenja Schulze

Übereinkommen
über die Annahme harmonisierter technischer Regelungen
der Vereinten Nationen für Radfahrzeuge, Ausrüstungsgegenstände und Teile,
die in Radfahrzeuge(n) eingebaut und/oder verwendet werden können,
und die Bedingungen für die gegenseitige Anerkennung von Genehmigungen,
die gemäß diesen Regelungen der Vereinten Nationen erteilt wurden¹

Revision 3

Agreement
concerning the Adoption
of Harmonized Technical United Nations Regulations
for Wheeled Vehicles, Equipment and Parts which can be Fitted
and/or be Used on Wheeled Vehicles
and the Conditions for Reciprocal Recognition
of Approvals Granted on the Basis of these United Nations Regulations¹

Revision 3

(Übersetzung)*

Preamble

The Contracting Parties,

having decided to amend the Agreement Concerning the Adoption of Uniform Conditions of Approval and Reciprocal Recognition of Approval for Motor Vehicle Equipment and Parts, done at Geneva on 20 March 1958, as amended on 16 October 1995, and

desiring to reduce technical barriers to international trade by defining harmonized technical UN Regulations that it will suffice for certain wheeled vehicles, equipment and parts to fulfil in order to be used in their countries or regions,

recognizing the importance of safety, environmental protection, energy efficiency and anti-theft performance of wheeled vehicles, equipment and parts, which can be fitted and/or be used on wheeled vehicles for the development of regulations that are technically and economically feasible and adapted to technical progress,

desiring to apply these UN Regulations whenever possible in their countries or regions,

desiring to facilitate the acceptance in their countries of the vehicles, equipment and parts, where approved according to

Präambel

Die Vertragsparteien –

entschlossen, das Genfer Übereinkommen vom 20. März 1958 über die Annahme einheitlicher Bedingungen für die Genehmigung der Ausrüstungsgegenstände und Teile von Kraftfahrzeugen und über die gegenseitige Anerkennung der Genehmigung in der Fassung vom 16. Oktober 1995 zu ändern und

in dem Wunsch, technische Hemmnisse im internationalen Handel durch Festlegung harmonisierter technischer UN-Regelungen abzubauen, deren Einhaltung durch bestimmte Radfahrzeuge, Ausrüstungsgegenstände und Teile zum Zweck ihrer Verwendung in den jeweiligen Ländern oder Regionen ausreichend sein wird,

in Anerkennung der Bedeutung der Sicherheit, des Umweltschutzes, der Energieeffizienz und der Diebstahlsicherheit von Radfahrzeugen, Ausrüstungsgegenständen und Teilen, die in Radfahrzeuge(n) eingebaut und/oder verwendet werden können, für die Entwicklung von Regelungen, die technisch und wirtschaftlich durchführbar sind und an den technischen Fortschritt angepasst werden,

in dem Wunsch, diese UN-Regelungen wann immer möglich in ihren Ländern oder Regionen anzuwenden,

in dem Wunsch, in ihren Ländern die Akzeptanz der gemäß diesen UN-Regelungen von den zuständigen Genehmigungs-

¹ Former titles of the Agreement:

- Agreement concerning the Adoption of Uniform Conditions of Approval and Reciprocal Recognition of Approval for Motor Vehicle Equipment and Parts, done at Geneva on 20 March 1958 (original version);
- Agreement concerning the Adoption of Uniform Technical Prescriptions for Wheeled Vehicles, Equipment and Parts which can be Fitted and/or be Used on Wheeled Vehicles and the Conditions for Reciprocal Recognition of Approvals Granted on the Basis of these Prescriptions (Revision 2).

¹ Frühere Titel des Übereinkommens:

- Übereinkommen über die Annahme einheitlicher Bedingungen für die Genehmigung der Ausrüstungsgegenstände und Teile von Kraftfahrzeugen [Motorfahrzeugen] und über die gegenseitige Anerkennung der Genehmigung, abgeschlossen am 20. März 1958 in Genf (ursprüngliche Fassung).
- Übereinkommen über die Annahme einheitlicher technischer Vorschriften für Radfahrzeuge, Ausrüstungsgegenstände und Teile, die in Radfahrzeuge(n) eingebaut und/oder verwendet werden können, und die Bedingungen für die gegenseitige Anerkennung von Genehmigungen, die nach diesen Vorschriften erteilt wurden (Revision 2).

* Die Erstellung dieser einheitlichen amtlichen deutschen Übersetzung erfolgte auf Grundlage einer Abstimmung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich.

these UN Regulations by the approval authorities of another Contracting Party,

desiring to establish an International Whole Vehicle Type Approval scheme (IWVTA) within the framework of the Agreement to increase the advantages of individual UN Regulations annexed to the Agreement and so create opportunities to simplify implementation by Contracting Parties and the wider adoption of mutual recognition of type approvals for whole vehicles, and,

desiring to increase the number of Contracting Parties to the Agreement by improving its functioning and reliability, and thus ensure that it remains the key international framework for the harmonization of technical regulations in the automotive sector,

have agreed as follows:

Article 1

1. The Contracting Parties shall establish, through an Administrative Committee made up of all the Contracting Parties in conformity with the rules of procedure set out in the Appendix to this Agreement and on the basis of the following articles, paragraphs, UN Regulations for wheeled vehicles, equipment and parts which can be fitted and/or be used on wheeled vehicles. Conditions for granting type approvals and their reciprocal recognition will be included for use by Contracting Parties which choose to implement Regulations through type approval.

For the purposes of this Agreement:

The term “wheeled vehicles, equipment and parts” shall include any wheeled vehicles, equipment and parts whose characteristics have a bearing on vehicle safety, protection of the environment, energy saving and the performance of anti-theft technology.

The term “type approval pursuant to a UN Regulation” indicates an administrative procedure by which the approval authorities of one Contracting Party declare, after carrying out the required verifications that a type of vehicle, equipment or part submitted by the manufacturer conforms to the requirements of the given UN Regulation. Afterwards the manufacturer certifies that each vehicle, equipment or parts put on the market were produced to be identical with the approved product.

The term “whole vehicle type approval” indicates that type approvals granted pursuant to applicable UN Regulations for wheeled vehicles, equipment and parts of a vehicle are integrated into an approval of the whole vehicle according to the provisions of the administrative IWVTA system.

The term “version of a UN Regulation” indicates that a UN Regulation, following its adoption and establishment, may subsequently be amended following the procedures described in this Agreement, in particular Article 12. The unamended UN Regulation as well as the UN Regulation, after integration of subsequent amendment(s), are considered to be separate versions of that UN Regulation.

The term “applying a UN Regulation” indicates that a UN Regulation enters into force for a Contracting Party. When doing so, Contracting Parties have the possibility to keep their own national/regional legislation. If they wish, they may substitute their national/regional legislation by the requirements of the UN Regulations they are applying, but they are not bound by the Agreement to do so. However, Contracting Parties shall accept, as an alternative to the relevant part of their national/regional legislation, UN type approvals granted pursuant to the latest version of UN Regulations applied in their country/region. The rights and obligations of Contracting Parties applying a UN Regulation are

behörden einer anderen Vertragspartei genehmigten Fahrzeuge, Ausrüstungsgegenstände und Teile zu erleichtern,

in dem Wunsch, im Rahmen des Übereinkommens ein System für die internationale Gesamtfahrzeug-Typgenehmigung (IWVTA) einzurichten, um die Vorteile einzelner UN-Regelungen, die dem Übereinkommen angehängt sind, zu verstärken und so für die Vertragsparteien Möglichkeiten für eine vereinfachte Anwendung und eine breitere Anerkennung von Gesamtfahrzeug-Typgenehmigungen zu schaffen, und

in dem Wunsch, die Anzahl der Vertragsparteien des Übereinkommens durch Verbesserung seiner Funktionsweise und seiner Zuverlässigkeit zu erhöhen und auf diese Weise sicherzustellen, dass das Übereinkommen weiterhin das wichtigste internationale Rahmenwerk zur Harmonisierung technischer Regelungen im Automobilbereich bleibt,

haben Folgendes vereinbart:

Artikel 1

(1) Die Vertragsparteien setzen mittels eines Verwaltungsausschusses, dem nach den Verfahrensregeln im Anhang dieser Vereinbarung alle Vertragsparteien angehören, aufgrund der nachstehenden Artikel und Absätze UN-Regelungen fest für Radfahrzeuge, Ausrüstungsgegenstände und Teile, die in Radfahrzeuge(n) eingebaut und/oder verwendet werden können. Für die Vertragsparteien, die Regelungen im Wege der Typgenehmigung anwenden wollen, werden Bedingungen für die Erteilung von Typgenehmigungen und ihre gegenseitige Anerkennung aufgenommen.

Im Sinne dieses Übereinkommens bezeichnet

der Ausdruck „Radfahrzeuge, Ausrüstungsgegenstände und Teile“ alle Radfahrzeuge, Ausrüstungsgegenstände und Teile, deren Merkmale einen Einfluss auf die Fahrzeugsicherheit, den Umweltschutz, die Energieeinsparung und die Technologie für die Diebstahlsicherheit haben.

die Benennung „Typgenehmigung gemäß einer UN-Regelung“ ein Verwaltungsverfahren, nach dem die Genehmigungsbehörden einer Vertragspartei, nachdem sie die vorgeschriebenen Nachprüfungen durchgeführt haben, erklären, dass der Typ eines Fahrzeugs, Ausrüstungsgegenstands oder Teils, das bzw. der vom Hersteller vorgeführt wurde, den Vorschriften der betreffenden UN-Regelung entspricht. Anschließend bescheinigt der Hersteller, dass alle in Verkehr gebrachten Fahrzeuge, Ausrüstungsgegenstände oder Teile so beschaffen sind, dass sie dem genehmigten Produkt entsprechen.

die Benennung „Gesamtfahrzeug-Typgenehmigung“ die Zusammenfassung von gemäß geltenden UN-Regelungen erteilten Typgenehmigungen von Radfahrzeugen, Ausrüstungsgegenständen und Teilen eines Fahrzeugs zu einer Genehmigung des Gesamtfahrzeugs gemäß den Bestimmungen des IWVTA-Verwaltungssystems.

„Fassung einer UN-Regelung“ die Möglichkeit, dass eine UN-Regelung nach ihrer Ausarbeitung und Verabschiedung gemäß den in diesem Übereinkommen – und insbesondere in Artikel 12 – beschriebenen Verfahren geändert werden kann. Eine UN-Regelung ohne Änderungen wird ebenso wie eine UN-Regelung, in die spätere Änderungen aufgenommen wurden, als eigenständige Fassung betrachtet.

„Anwendung einer UN-Regelung“ die Tatsache, dass eine UN-Regelung für eine Vertragspartei in Kraft tritt; den Vertragsparteien ist dabei freigestellt, ihre nationalen/regionalen Rechtsvorschriften beizubehalten. Auf Wunsch können die Vertragsparteien ihre nationalen/regionalen Rechtsvorschriften auch durch die Anforderungen der von ihnen angewendeten UN-Regelungen ersetzen; sie sind jedoch durch das Übereinkommen nicht dazu verpflichtet. Die Vertragsparteien akzeptieren jedoch UN-Typgenehmigungen, die gemäß der neuesten, in ihrem Land bzw. ihrer Region angewendeten Fassung der UN-Regelungen erteilt wurden, als Alternative zu dem entsprechenden Teil ihrer

detailed in the various articles of this Agreement.

For the application of the UN Regulations there could be various administrative procedures alternative to type approval. The only alternative procedure generally known and applied in certain member States of the Economic Commission for Europe is the self-certification by which the manufacturer certifies, without any preliminary administrative control, that each product put on the market conforms to the given UN Regulation; the competent administrative authorities may verify by random sampling on the market that the self-certified products comply with the requirements of the given UN Regulation.

2. The Administrative Committee shall be composed of all the Contracting Parties in accordance with the rules of procedure set out in the Appendix.

A UN Regulation, after having been established in accordance with the procedure indicated in the Appendix, shall be communicated by the Administrative Committee to the Secretary-General of the United Nations, hereinafter called "Secretary-General". As soon as possible thereafter, the Secretary-General shall give notification of this UN Regulation to the Contracting Parties.

The UN Regulation will be considered as adopted unless, within a period of six months from its notification by the Secretary-General, more than one-fifth of the Contracting Parties at the time of notification have informed the Secretary-General of their disagreement with the UN Regulation.

The UN Regulation shall cover the following:

- (a) Wheeled vehicles, equipment or parts concerned;
- (b) Technical requirements, which shall be performance oriented wherever appropriate and not design-restrictive, that give objective consideration to available technologies, costs and benefits as appropriate, and may include alternatives;
- (c) Test methods by which any performance requirements are to be demonstrated;
- (d) Conditions for granting type approval and their reciprocal recognition including administrative provisions, any approval markings and conditions for ensuring conformity of production;
- (e) The date(s) on which the UN Regulation enters into force, including the date when Contracting Parties applying it can issue approvals pursuant to that UN Regulation, and the date from which they shall accept approvals (if different);
- (f) An information document to be provided by the manufacturer.

The UN Regulation may, if needed, include references to the laboratories accredited by the approval authorities where acceptance tests of the types of wheeled vehicles, equipment or parts submitted for approval shall be carried out.

In addition to the above-mentioned UN Regulations, this Agreement provides for establishing a UN Regulation to introduce a system of Whole Vehicle Type Approval. This UN Regulation shall set the scope, administrative procedures, and technical requirements that can include different levels of stringency in one version of the said UN Regulation.

Notwithstanding other provisions of Article 1 and Article 12, a Contracting Party applying the UN Regulation on IWVTA shall only be obliged to accept those type approvals granted pursuant to the highest level of stringency of the latest version of the said UN Regulation.

nationalen/regionalen Rechtsvorschriften. Die Rechte und Pflichten von Vertragsparteien, die eine UN-Regelung anwenden, sind in den verschiedenen Artikeln dieses Übereinkommens dargelegt.

Für die Anwendung von UN-Regelungen können verschiedene Verwaltungsverfahren als Alternativen zur Typgenehmigung angewendet werden. Das einzige allgemein bekannte und in bestimmten Mitgliedstaaten der Wirtschaftskommission für Europa angewendete alternative Verfahren ist die Selbstzertifizierung, bei der der Hersteller ohne vorausgehende Verwaltungskontrolle bescheinigt, dass jedes in Verkehr gebrachte Produkt der betreffenden UN-Regelung entspricht; die zuständigen Verwaltungsbehörden können mit Hilfe von Zufallsstichproben auf dem Markt nachprüfen, ob die selbstzertifizierten Produkte den Vorschriften der betreffenden UN-Regelung entsprechen.

(2) Dem Verwaltungsausschuss gehören gemäß der im Anhang aufgeführten Geschäftsordnung alle Vertragsparteien an.

Eine nach dem Verfahren im Anhang erarbeitete UN-Regelung wird dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, im Folgenden „Generalsekretär“ genannt, vom Verwaltungsausschuss zugeleitet. Danach übermittelt der Generalsekretär den Vertragsparteien die UN-Regelung so schnell wie möglich.

Die UN-Regelung gilt als angenommen, sofern nicht innerhalb von sechs Monaten nach Übermittlung durch den Generalsekretär mehr als ein Fünftel der Vertragsparteien zum Zeitpunkt der Übermittlung dem Generalsekretär mitgeteilt haben, dass sie der UN-Regelung nicht zustimmen.

Die UN-Regelung hat folgende Angaben zu enthalten:

- a) Angaben über die betreffenden Radfahrzeuge, Ausrüstungsgegenstände oder Teile;
- b) technische Anforderungen, die, so weit angemessen, leistungsorientiert sind und die Konstruktionsfreiheit nicht einschränken, verfügbare Technologien und gegebenenfalls Kosten und Nutzen objektiv berücksichtigen; die Anforderungen können Alternativen einschließen;
- c) Prüfverfahren, mit denen alle Leistungsanforderungen nachzuweisen sind;
- d) Bedingungen für die Erteilung von Typgenehmigungen und ihre gegenseitige Anerkennung einschließlich von Verwaltungsvorschriften, Genehmigungszeichen und Bedingungen für die Gewährleistung der Übereinstimmung der Produktion;
- e) das Datum des Inkrafttretens der UN-Regelung, einschließlich des Datums, ab dem die Vertragsparteien, welche die Regelung anwenden, Genehmigungen gemäß dieser UN-Regelung erteilen können, sowie des Datums, ab dem sie Genehmigungen akzeptieren müssen (falls abweichend);
- f) einen vom Hersteller vorzulegenden Beschreibungsbogen.

Die UN-Regelung kann gegebenenfalls Bezugnahmen zu den von den Genehmigungsbehörden akkreditierten Prüflaboratorien enthalten, in denen Abnahmeprüfungen für die Typen von Radfahrzeugen, Ausrüstungsgegenständen oder Teilen durchzuführen sind, die zur Genehmigung vorgeführt wurden.

Ergänzend zu den vorstehenden UN-Regelungen sieht dieses Übereinkommen die Ausarbeitung einer UN-Regelung zur Einführung eines Systems für die Gesamtfahrzeug-Typgenehmigung vor. Diese UN-Regelung legt den Anwendungsbereich, die Verwaltungsverfahren sowie die technischen Anforderungen fest, die innerhalb derselben Fassung der UN-Regelung unterschiedlich streng sein können.

Unbeschadet anderer Bestimmungen des Artikels 1 und des Artikels 12 ist eine Vertragspartei, welche die UN-Regelung zur IWVTA anwendet, nur zur Akzeptanz solcher Typgenehmigungen verpflichtet, die gemäß den strengsten Anforderungen der aktuellsten Fassung der betreffenden UN-Regelung erteilt wurden.

This Agreement also includes Schedules of Administrative and Procedural Provisions applicable to all UN Regulations annexed to this Agreement and to all Contracting Parties applying one or more UN Regulations.

3. When a UN Regulation has been adopted, the Secretary-General shall so notify as soon as possible all the Contracting Parties, specifying which Contracting Parties have objected, or have notified their agreement but intention not to begin applying the UN Regulation at the date of entry into force, and in respect of which the UN Regulation shall not enter into force.

4. The adopted UN Regulation shall enter into force on the date(s) specified therein as a UN Regulation annexed to this Agreement for all Contracting Parties which have not notified either their disagreement, or their intention not to apply it on that date.

5. When depositing its instrument of accession, any new Contracting Party may declare that it will not apply certain UN Regulations then annexed to this Agreement or that it will not apply any of them. If, at that time, the procedure laid down in paragraphs 2, 3, and 4 of this Article is in progress for a draft or adopted UN Regulation, the Secretary-General shall communicate such draft or adopted UN Regulation to the new Contracting Party and it shall enter into force as a UN Regulation for the new Contracting Party unless this Contracting Party notifies its disagreement with the adopted UN Regulation within a period of six months after the deposit of its instrument of accession. The Secretary-General shall notify all the Contracting Parties of the date of such entry into force. The Secretary-General shall also communicate to them all declarations concerning the non-application of certain UN Regulations that any Contracting Party may make in accordance with the terms of this paragraph.

6. Any Contracting Party applying a UN Regulation may at any time notify the Secretary-General, subject to one year's notice, about its intention to cease applying that UN Regulation. Such notification shall be communicated by the Secretary-General to the other Contracting Parties.

Approvals previously granted pursuant to that UN Regulation by that Contracting Party shall remain valid unless they are withdrawn in accordance with the provisions of Article 4.

If a Contracting Party ceases to issue approvals to a UN Regulation it shall:

- (a) Maintain proper supervision on conformity of production of products for which it previously granted type approval;
- (b) Take the necessary steps set out in Article 4 when advised of non-conformity by a Contracting Party that continues to apply the UN Regulation;
- (c) Continue to notify the other Contracting Parties of withdrawal of approvals as set out in Article 5;
- (d) Continue to grant extensions to existing approvals.

7. Any Contracting Party not applying a UN Regulation may at any time notify the Secretary-General that it intends henceforth to apply it and the UN Regulation will then enter into force for this Party on the sixtieth day after this notification. The Secretary-General shall notify all the Contracting Parties of every entry into force of a UN Regulation for a new Contracting Party affected in accordance with the terms of this paragraph.

8. The Contracting Parties for which a UN Regulation is in force shall hereinafter be referred to as "the Contracting Parties applying a UN Regulation".

Dieses Übereinkommen beinhaltet auch Verzeichnisse der Verwaltungs- und Verfahrensvorschriften, die für alle diesem Übereinkommen angehängten UN-Regelungen sowie für alle Vertragsparteien gelten, die eine oder mehrere UN-Regelungen anwenden.

(3) Ist eine UN-Regelung angenommen, so notifiziert der Generalsekretär dies so schnell wie möglich allen Vertragsparteien und teilt ihnen mit, welche Vertragsparteien Einwände erhoben oder ihre Zustimmung notifiziert haben, jedoch nicht die Absicht haben, die UN-Regelung ab dem Tag ihres Inkrafttretens auch anzuwenden beziehungsweise für welche Vertragsparteien die UN-Regelung nicht in Kraft tritt.

(4) Die angenommene UN-Regelung tritt an dem darin genannten Datum bzw. an den darin genannten Daten als eine diesem Übereinkommen angehängte UN-Regelung für alle Vertragsparteien in Kraft, die nicht notifiziert haben, dass sie ihr nicht zustimmen oder ihre Absicht notifiziert haben, sie nicht ab diesem Datum anzuwenden.

(5) Bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde kann jede neue Vertragspartei erklären, dass bestimmte diesem Übereinkommen angehängte UN-Regelungen von ihr nicht angewendet werden oder dass alle angehängten Regelungen nicht angewendet werden. Läuft zu dieser Zeit das in den Absätzen 2, 3 und 4 vorgesehene Verfahren für den Entwurf einer UN-Regelung oder für eine angenommene Regelung, so leitet der Generalsekretär diesen Entwurf der UN-Regelung oder diese angenommene Regelung der neuen Vertragspartei zu, und der Entwurf oder die angenommene Fassung tritt als UN-Regelung für die neue Vertragspartei in Kraft, es sei denn, diese Vertragspartei notifiziert ihre Ablehnung der angenommenen UN-Regelung innerhalb von sechs Monaten nach Hinterlegung der Beitrittsurkunde. Der Generalsekretär notifiziert allen Vertragsparteien den Tag dieses Inkrafttretens. Außerdem teilt der Generalsekretär ihnen alle aufgrund dieses Absatzes abgegebenen Erklärungen der Vertragsparteien über die Nichtanwendung bestimmter UN-Regelungen mit.

(6) Jede Vertragspartei, die eine UN-Regelung anwendet, kann dem Generalsekretär jederzeit mit einer Kündigungsfrist von einem Jahr ihre Absicht notifizieren, diese UN-Regelung nicht mehr anwenden zu wollen. Diese Notifikation wird den anderen Vertragsparteien vom Generalsekretär bekanntgegeben.

Genehmigungen, die bereits zuvor gemäß dieser UN-Regelung von der Vertragspartei erteilt wurden, behalten ihre Gültigkeit, solange sie nicht gemäß Artikel 4 zurückgenommen werden.

Stellt eine Vertragspartei die Erteilung von Genehmigungen gemäß einer UN-Regelung ein, so muss sie

- a) die ordnungsgemäße Überwachung der Übereinstimmung der Produktion bei Produkten fortsetzen, für die sie vorher eine Typgenehmigung erteilt hat;
- b) die in Artikel 4 genannten notwendigen Maßnahmen ergreifen, wenn sie von einer Vertragspartei, welche die UN-Regelung weiterhin anwendet, über eine Nichtübereinstimmung benachrichtigt wird;
- c) weiterhin die anderen Vertragsparteien über den Entzug von Genehmigungen gemäß Artikel 5 benachrichtigen;
- d) weiterhin Erweiterungen zu bestehenden Genehmigungen bewilligen.

(7) Jede Vertragspartei, die eine UN-Regelung nicht anwendet, kann dem Generalsekretär jederzeit notifizieren, dass sie diese von nun an anwenden will, und die UN-Regelung tritt dann für diese Vertragspartei am sechzigsten Tag nach dieser Notifikation in Kraft. Der Generalsekretär notifiziert allen Vertragsparteien gemäß diesem Absatz jeden Fall, in dem eine UN-Regelung für eine neue Vertragspartei in Kraft tritt.

(8) Im Folgenden werden mit „Vertragsparteien, die eine UN-Regelung anwenden“ die Vertragsparteien bezeichnet, für die diese UN-Regelung wirksam ist.

Article 2

1. Each Contracting Party applying UN Regulations largely through type approval shall grant the type approvals and approval markings described in any UN Regulation for the types of wheeled vehicles, equipment or parts covered by the UN Regulation, provided that it has the technical competence and is satisfied with the arrangements for ensuring conformity of the product with the approved type. Each Contracting Party which grants type approval shall take the necessary measures as set out in Schedule 1 annexed to this Agreement to verify that adequate arrangements have been made to ensure that wheeled vehicles, equipment and parts are manufactured in conformity with the approved type.

2. Each Contracting Party issuing type approvals pursuant to a UN Regulation shall specify an approval authority for the UN Regulation. The approval authority shall have the responsibility for all aspects of type approval pursuant to the said UN Regulation. This approval authority may designate technical services to carry out on its behalf the testing and inspections necessary for the verifications required in paragraph 1 of this article. Contracting Parties shall ensure that technical services are assessed, designated and notified in accordance with the requirements set out in Schedule 2 annexed to this Agreement.

3. The type approvals, approval markings and identifiers for the types of wheeled vehicles, equipment and parts shall be specified in the UN Regulation and granted in accordance with the procedures set out in Schedules 3 to 5 annexed to this Agreement.

4. Each Contracting Party applying a UN Regulation shall refuse to grant the type approvals and approval markings covered by the UN Regulation if the above-mentioned conditions are not complied with.

Article 3

1. Wheeled vehicles, equipment or parts for which type approvals have been issued by a Contracting Party in accordance with Article 2 of this Agreement, shall be held to be in conformity with the relevant part of the national legislation of all the Contracting Parties applying the said UN Regulation.

2. Contracting Parties applying UN Regulations shall, by mutual recognition, accept for the placement in their markets, and subject to the provisions of Articles 1, 8 and 12 as well as any special provisions within these UN Regulations, type approvals granted pursuant to these UN Regulations, without requiring any further testing, documentation, certification or marking concerning these type approvals.

Article 4

1. Should a Contracting Party applying a UN Regulation find that certain wheeled vehicles, equipment or parts bearing approval markings issued under the said UN Regulation by one of the Contracting Parties, do not conform to the approved types or the requirements of the said UN Regulation, they shall advise the approval authority of the Contracting Party which issued the approval.

The Contracting Party that issued the approval shall take the necessary steps to ensure that the non-conformity is rectified.

2. When the non-conformity is due to non-compliance with the technical requirements specified in a UN Regulation, as referred to in Article 1.2.(b), the Contracting Party that issued the approval shall immediately inform all other Contracting Parties about the situation and shall provide regular advice to Contracting Parties of the steps it is taking, which may include, if neces-

Artikel 2

(1) Jede Vertragspartei, die UN-Regelungen größtenteils mittels Typgenehmigung anwendet, erteilt die Typgenehmigungen und Genehmigungszeichen, für die in einer UN-Regelung vorgesehenen Typen von Radfahrzeugen, Ausrüstungsgegenständen oder Teilen entsprechend der Beschreibung in der jeweiligen UN-Regelung, vorausgesetzt sie verfügt über die Fachkompetenz und ist mit den Maßnahmen zur Gewährleistung der Übereinstimmung des Produktes mit dem genehmigten Typ einverstanden. Jede Vertragspartei, die Typgenehmigungen erteilt, unternimmt die erforderlichen Maßnahmen gemäß Verzeichnis 1 im Anhang dieses Übereinkommens, um zu überprüfen, ob angemessene Vorkehrungen dafür getroffen wurden, dass Radfahrzeuge, Ausrüstungsgegenstände und Teile in Übereinstimmung mit dem genehmigten Typ hergestellt werden.

(2) Jede Vertragspartei, die Typgenehmigungen gemäß einer UN-Regelung erteilt, benennt eine Genehmigungsbehörde für die UN-Regelung. Diese Genehmigungsbehörde trägt die Verantwortung für alle Aspekte der Typgenehmigung gemäß der betreffenden UN-Regelung. Sie kann Technische Dienste benennen, die in ihrem Namen die für die in Absatz 1 geforderten Überprüfungen erforderlichen Inspektionen und Prüfungen durchführen. Die Vertragsparteien stellen sicher, dass die Technischen Dienste gemäß den Anforderungen in Verzeichnis 2 im Anhang dieses Übereinkommens bewertet, benannt und notifiziert werden.

(3) Die Typgenehmigungen, Genehmigungszeichen und Identifizierungsmerkmale für die Typen der Radfahrzeuge, Ausrüstungsgegenstände und Teile werden in der UN-Regelung im Einzelnen festgelegt und gemäß den in Verzeichnis 3 bis 5 im Anhang dieses Übereinkommens festgelegten Verfahren erteilt.

(4) Jede Vertragspartei, die eine UN-Regelung anwendet, versagt die Erteilung von Typgenehmigungen und Genehmigungszeichen gemäß der UN-Regelung, wenn die vorstehenden Voraussetzungen nicht erfüllt sind.

Artikel 3

(1) Radfahrzeuge, Ausrüstungsgegenstände oder Teile, für die von einer Vertragspartei Typgenehmigungen gemäß Artikel 2 dieses Übereinkommens erteilt wurden, gelten als übereinstimmend mit dem entsprechenden Teil der nationalen Gesetzgebung aller Vertragsparteien, die die betreffende UN-Regelung anwenden.

(2) Vertragsparteien, die UN-Regelungen anwenden, akzeptieren im Zuge der gegenseitigen Anerkennung zum Zwecke des Inverkehrbringens auf ihren Märkten und vorbehaltlich der Artikel 1, 8 und 12 sowie aller besonderer Vorschriften dieser UN-Regelungen Typgenehmigungen, die gemäß diesen UN-Regelungen erteilt wurden, ohne hinsichtlich dieser Typgenehmigungen weitere Prüfungen, Nachweise, Bescheinigungen oder Kennzeichnungen zu fordern.

Artikel 4

(1) Stellt eine Vertragspartei, die eine UN-Regelung anwendet, fest, dass bestimmte Radfahrzeuge, Ausrüstungsgegenstände oder Teile mit Genehmigungszeichen, die von einer der Vertragsparteien gemäß der betreffenden UN-Regelung zugeteilt wurden, den genehmigten Typen oder den Anforderungen der betreffenden UN-Regelung nicht entsprechen, so benachrichtigt sie die Genehmigungsbehörde der Vertragspartei, welche die Genehmigung erteilt hat.

Die Vertragspartei, welche die Genehmigung erteilt hat, leitet die erforderlichen Schritte ein, um sicherzustellen, dass die Nichtübereinstimmungen behoben werden.

(2) Wenn die Nichtübereinstimmung auf die Nichteinhaltung der in einer UN-Regelung festgelegten technischen Anforderungen gemäß Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe b zurückzuführen ist, teilt die Vertragspartei, welche die Genehmigung erteilt hat, dies allen anderen Vertragsparteien unverzüglich mit und informiert die Vertragsparteien regelmäßig über die Maßnahmen, die sie

sary, the withdrawal of the approval.

After having considered the potential impact on vehicle safety, protection of the environment, energy saving or the performance of anti-theft technology, Contracting Parties may prohibit the sale and use of such wheeled vehicles, equipment or parts in their territory until this non-conformity is rectified. In such a case, these Contracting Parties shall inform the secretariat of the Administrative Committee of the measures taken. For resolution of disputes between the Contracting Parties, the procedure provided in Article 10.4 shall apply.

3. Notwithstanding the provisions of paragraph 1 of this Article, if a non-conforming product, as referred to in paragraph 2 of this Article, has not been brought into conformity within a period of three months, the Contracting Party responsible for the approval shall temporarily or permanently withdraw the approval. By exception, this period may be extended by a period not exceeding three months unless one or more Contracting Parties applying the concerned UN Regulation object. When the period is being extended, the Contracting Party that issued the approval shall, within the initial three-month period, notify all Contracting Parties applying the concerned UN Regulation of their intention to extend the period in which the non-conformity shall be rectified and provide a justification for such extension.

4. When the non-conformity is due to non-compliance with the administrative provisions, approval markings, conditions for conformity of production or the information document specified in a UN Regulation, as referred to in Article 1.2.(d) and 1.2.(f), the Contracting Party that issued the approval shall temporarily or permanently withdraw the approval if the non-conformity has not been rectified within a period of six months.

5. Paragraphs 1 to 4 of this Article also apply in the situation where the Contracting Party responsible for issuing of the approval itself finds that certain wheeled vehicles, equipment or parts bearing approval markings do not conform to the approved types or the requirements of a UN Regulation.

Article 5

1. The approval authorities of each Contracting Party applying UN Regulations shall send upon the request from the other Contracting Parties, a list of the wheeled vehicles, equipment or parts, of which it has refused to grant or has withdrawn approvals.

2. In addition, on receiving a request from another Contracting Party applying a UN Regulation, it shall send forthwith, in accordance with the provisions of Schedule 5 annexed to this Agreement, to that Contracting Party a copy of all relevant information on which it based its decision to grant, refuse to grant, or to withdraw an approval of a wheeled vehicle, equipment or part pursuant to that UN Regulation.

3. The paper copy may be replaced by an electronic file in accordance with Schedule 5 annexed to this Agreement.

Article 6

1. Countries members of the Economic Commission for Europe, countries admitted to the Commission in a consultative capacity in accordance with paragraph 8 of the Commission's Terms of Reference, and regional economic integration organizations set up by countries members of the Economic Commission for Europe to which their member States have transferred powers in the fields covered by this Agreement, including the power to make binding decisions on their member States, may

trifft; letztere können nötigenfalls auch den Entzug der Genehmigung umfassen.

Nach der Prüfung möglicher Auswirkungen auf die Fahrzeugsicherheit, den Umweltschutz, die Energieeinsparung oder die Technologie zur Diebstahlsicherheit können Vertragsparteien den Verkauf und die Verwendung der betreffenden Radfahrzeuge, Ausrüstungsgegenstände oder Teile in ihrem Hoheitsgebiet untersagen, bis die Nichtübereinstimmung behoben wurde. In diesem Fall informieren diese Vertragsparteien das Sekretariat des Verwaltungsausschusses über die unternommenen Schritte. Zur Beilegung von Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien wird das in Artikel 10 Absatz 4 beschriebene Verfahren angewendet.

(3) Unbeschadet der Bestimmungen des Absatzes 1 dieses Artikels nimmt die für die Erteilung der Genehmigung zuständige Vertragspartei diese vorübergehend oder dauerhaft zurück, falls die Nichtübereinstimmung des betreffenden Produkts gemäß Absatz 2 nicht innerhalb von drei Monaten behoben wurden. Dieser Zeitraum kann ausnahmsweise um maximal drei Monate verlängert werden, falls nicht eine oder mehrere Vertragsparteien, welche die betreffende UN-Regelung anwenden, Einwände vorbringen. Wird der Zeitraum verlängert, notifiziert die Vertragspartei, welche die Genehmigung erteilt hat, allen anderen Vertragsparteien, welche die betreffende UN-Regelung anwenden, ihre Absicht, den Zeitraum zu verlängern, innerhalb dessen die Nichtübereinstimmung zu beheben ist, und begründet diese Verlängerung.

(4) Wenn die Nichtübereinstimmung auf Nichteinhaltungen gegenüber Verwaltungsvorschriften, Genehmigungszeichen, Bedingungen für die Übereinstimmung der Produktion oder des in einer UN-Regelung bezeichneten Beschreibungsbogens gemäß Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe d und f zurückzuführen ist, nimmt die Vertragspartei, welche die Genehmigung erteilt hat, diese vorübergehend oder dauerhaft zurück, falls die Nichtübereinstimmung nicht innerhalb von sechs Monaten behoben wurde.

(5) Die Absätze 1 bis 4 dieses Artikels gelten auch, wenn die für die Erteilung der Genehmigung zuständige Vertragspartei selbst feststellt, dass bestimmte Radfahrzeuge, Ausrüstungsgegenstände oder Teile mit Genehmigungszeichen nicht mit den genehmigten Typen oder den Anforderungen einer UN-Regelung übereinstimmen.

Artikel 5

(1) Die Genehmigungsbehörden jeder Vertragspartei, die UN-Regelungen anwendet, übersenden den anderen Vertragsparteien auf Verlangen eine Liste der Radfahrzeuge, Ausrüstungsgegenstände oder Teile, für die sie eine Genehmigung versagt oder entzogen haben.

(2) Darüber hinaus übersenden sie auf Ersuchen einer anderen Vertragspartei, die eine UN-Regelung anwendet, dieser Vertragspartei unverzüglich gemäß Verzeichnis 5 im Anhang dieses Übereinkommens alle einschlägigen Informationen, auf die sie sich bei ihrer Entscheidung hinsichtlich der Erteilung, des Versagens oder des Entzugs einer Genehmigung für ein Radfahrzeug, Ausrüstungsgegenstände oder Teile gemäß dieser UN-Regelung gestützt haben.

(3) Die Papierfassung kann in Übereinstimmung mit Verzeichnis 5, das diesem Übereinkommen als Anhang beigelegt ist, durch eine elektronische Version ersetzt werden.

Artikel 6

(1) Die Mitgliedsländer der Wirtschaftskommission für Europa, Länder, die gemäß Absatz 8 der Geschäftsordnung dieser Kommission in beratender Eigenschaft zur Kommission zugelassen sind, sowie Organisationen für regionale Wirtschaftsintegration, die von Mitgliedstaaten der Wirtschaftskommission für Europa gegründet wurden und denen ihre Mitgliedstaaten Befugnisse in denjenigen Bereichen übertragen haben, die Gegenstand dieses Übereinkommens sind, einschließlich der Befugnis, für ihre Mit-

become Contracting Parties to this Agreement.

For the determination of the number of votes referred to in Article 1, paragraph 2 and in Article 12, paragraph 2, regional economic integration organizations vote with the number of votes of their member States being members of the Economic Commission for Europe.

2. Countries members of the United Nations as may participate in certain activities of the Economic Commission for Europe in accordance with paragraph 11 of the Commission's Terms of Reference and regional economic integration organizations of such countries to which their member States have transferred powers in the fields covered by this Agreement including power to make binding decisions on their member States may become Contracting Parties to this Agreement.

For the determination of the number of votes referred to in Article 1, paragraph 2 and in Article 12, paragraph 2, regional economic integration organizations vote with the number of votes of their member States being members of the United Nations.

3. Accession to this Agreement by new Contracting Parties which are not Parties to the 1958 Agreement shall be effected by the deposit of an instrument with the Secretary-General, after the entry into force of this Agreement.

Article 7

1. This Agreement shall be deemed to enter into force nine months after the date of its transmission by the Secretary-General to all the Contracting Parties to the 1958 Agreement.

2. This Agreement shall be deemed not to enter into force if any objection from the Contracting Parties to the 1958 Agreement is expressed within a period of six months following the date of its transmission to them by the Secretary-General.

3. For any new Contracting Party acceding to this Agreement, this Agreement shall enter into force on the sixtieth day after the deposit of the instrument of accession.

Article 8

1. Any Contracting Party may denounce this Agreement by notifying the Secretary-General.

2. Denunciation shall take effect twelve months after the date of receipt by the Secretary-General of such notification.

3. Any type approvals granted by the Contracting Party shall remain valid for a period of twelve months after the denunciation has taken effect in accordance with Article 8.2.

Article 9

1. Any Contracting Party as defined in Article 6 of this Agreement may, at the time of accession or at any time thereafter, declare by notification addressed to the Secretary-General that this Agreement shall extend to all or any of the territories for whose international relations it is responsible. The Agreement shall extend to the territory or territories named in the notification as from the sixtieth day after its receipt by the Secretary-General.

2. Any Contracting Party as defined in Article 6 of this Agreement which has made a declaration in accordance with paragraph 1 of this Article extending this Agreement to any territory for whose international relations it is responsible may denounce the Agreement separately in respect of that territory, in accordance with the provisions of Article 8.

Article 10

1. Any dispute between two or more Contracting Parties concerning the interpretation or application of this Agreement shall,

gliedstaaten verbindliche Entscheidungen zu treffen, können Vertragsparteien des Übereinkommens werden.

Zur Ermittlung der Stimmzahl gemäß Artikel 1 Absatz 2 und Artikel 12 Absatz 2 stimmen Organisationen für regionale Wirtschaftsintegration mit der Stimmzahl ihrer Mitgliedstaaten ab, die der Wirtschaftskommission für Europa angehören.

(2) Die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen, die sich gemäß Absatz 11 der Geschäftsordnung der Wirtschaftskommission für Europa an bestimmten Arbeiten dieser Kommission beteiligen können, und Organisationen für regionale Wirtschaftsintegration dieser Länder, denen ihre Mitgliedstaaten Befugnisse in den Bereichen übertragen haben, die Gegenstand dieses Übereinkommens sind, einschließlich der Befugnis, für ihre Mitgliedstaaten verbindliche Entscheidungen zu treffen, können Vertragsparteien dieses Übereinkommens werden.

Zur Ermittlung der Stimmzahl gemäß Artikel 1 Absatz 2 und Artikel 12 Absatz 2 stimmen Organisationen für regionale Wirtschaftsintegration mit der Stimmzahl ihrer Mitgliedstaaten ab, die den Vereinten Nationen angehören.

(3) Der Beitritt zu diesem Übereinkommen von neuen Vertragsparteien, die nicht Vertragsparteien des Übereinkommens von 1958 sind, erfolgt nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens durch Hinterlegung einer Urkunde beim Generalsekretär.

Artikel 7

(1) Dieses Übereinkommen tritt neun Monate nach dem Datum der Übersendung durch den Generalsekretär an alle Vertragsparteien des Übereinkommens von 1958 in Kraft.

(2) Dieses Übereinkommen gilt als nicht in Kraft getreten, wenn Einwände von den Vertragsparteien des Übereinkommens von 1958 innerhalb von sechs Monaten vorgebracht werden im Anschluss an das Datum der Übersendung durch den Generalsekretär.

(3) Für jede neue Vertragspartei, die diesem geänderten Übereinkommen beitrifft, tritt dieses geänderte Übereinkommen am sechzigsten Tag nach Hinterlegung der Beitrittsurkunde in Kraft.

Artikel 8

(1) Jede Vertragspartei kann dieses Übereinkommen durch Notifikation an den Generalsekretär kündigen.

(2) Die Kündigung wird zwölf Monate nach Eingang der Notifikation beim Generalsekretär wirksam.

(3) Alle Typgenehmigungen, die von der Vertragspartei erteilt wurden, bleiben nach dem Wirksamwerden der Kündigung gemäß Artikel 8 Absatz 2 noch zwölf Monate gültig.

Artikel 9

(1) Jede Vertragspartei gemäß Artikel 6 dieses Übereinkommens kann bei ihrem Beitritt oder zu jedem späteren Zeitpunkt durch eine Notifikation an den Generalsekretär erklären, dass dieses Übereinkommen für alle oder einen Teil der Gebiete gelten soll, deren internationale Beziehungen sie wahrnimmt. Das Übereinkommen wird für das Gebiet oder die Gebiete, die in der Notifikation genannt sind, am sechzigsten Tag nach Eingang der Notifikation beim Generalsekretär wirksam.

(2) Jede Vertragspartei gemäß Artikel 6 dieses Übereinkommens, die gemäß Absatz 1 erklärt hat, dass dieses Übereinkommen auf einem Gebiet Anwendung findet, dessen internationale Beziehungen sie wahrnimmt, kann das Übereinkommen in Bezug auf dieses Gebiet gemäß Artikel 8 kündigen.

Artikel 10

(1) Jede Meinungsverschiedenheit zwischen zwei oder mehr Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses

so far as possible, be settled by negotiation between them.

2. Any dispute which is not settled by negotiation shall be submitted to arbitration if any one of the Contracting Parties in dispute so requests and shall be referred accordingly to one or more arbitrators selected by agreement between the Parties in dispute. If within three months from the date of the request for arbitration the Parties in dispute are unable to agree on the selection of an arbitrator or arbitrators, any of those Parties may request the Secretary-General to nominate a single arbitrator to whom the dispute shall be referred for decision.

3. The decision of the arbitrator or arbitrators appointed in accordance with paragraph 2 of this Article shall be binding on the Contracting Parties in dispute.

4. Any dispute between two or more Contracting Parties concerning the interpretation or application of UN Regulations annexed to this Agreement shall be settled by negotiation in accordance with the procedure set out in Schedule 6 annexed to this Agreement.

Article 11

1. Any Contracting Party may, at the time of acceding to this Agreement, declare that it does not consider itself bound by paragraphs 1 to 3 of Article 10 of the Agreement. Other Contracting Parties shall not be bound by paragraphs 1 to 3 of Article 10 in respect of any Contracting Party which has entered such a reservation.

2. Any Contracting Party having entered a reservation as provided for in paragraph 1 of this Article may at any time withdraw such reservation by notifying the Secretary-General.

3. No other reservation to this Agreement, its Appendix, Schedules and the UN Regulations annexed thereto shall be permitted; but any Contracting Party may, in accordance with the terms of Article 1, paragraph 5, declare that it does not intend to apply certain of the UN Regulations or that it does not intend to apply any of them.

Article 12

The UN Regulations annexed to this Agreement may be amended in accordance with the following procedure:

1. Amendments to UN Regulations shall be established by the Administrative Committee as described in Article 1, paragraph 2 and in accordance with the procedure indicated in the Appendix.

An amendment to the UN Regulation, after having been established, shall be communicated by the Administrative Committee to the Executive Secretary of the United Nations Economic Commission for Europe. As soon as possible thereafter, the Executive Secretary of the United Nations Economic Commission for Europe shall give notification of this amendment to the Contracting Parties applying the UN Regulation and the Secretary-General.

2. An amendment to a UN Regulation will be considered to be adopted unless, within a period of six months from its notification by the Executive Secretary of the United Nations Economic Commission for Europe, more than one-fifth of the Contracting Parties applying the UN Regulation at the time of notification have informed the Secretary-General of their disagreement with the amendment. When an amendment to a UN Regulation is adopted, the Secretary-General shall as soon as possible declare the amendment as adopted and binding upon those Contracting Parties applying the UN Regulation.
3. Amendments to a UN Regulation may include transitional provisions relating to the entry into force of the amended UN

Übereinkommens wird, soweit möglich, durch Verhandlungen zwischen den streitenden Parteien beigelegt.

(2) Jede Meinungsverschiedenheit, die nicht durch Verhandlungen beigelegt werden kann, wird auf Antrag einer der streitenden Vertragsparteien einem Schiedsverfahren unterworfen und demgemäß einem oder mehreren Schiedsrichtern vorgelegt, die von den streitenden Parteien im gegenseitigen Einvernehmen ausgewählt werden. Einigen sich die streitenden Parteien innerhalb von drei Monaten nach dem Tag des Antrages auf ein Schiedsverfahren nicht über die Wahl eines Schiedsrichters oder mehrerer Schiedsrichter, so kann jede dieser Parteien den Generalsekretär ersuchen, einen einzigen Schiedsrichter zu ernennen, dem der Streitfall zur Entscheidung überwiesen wird.

(3) Die Entscheidung des gemäß Absatz 2 bestellten Schiedsrichters oder der gemäß Absatz 2 bestellten Schiedsrichter ist für die streitenden Vertragsparteien bindend.

(4) Jede Meinungsverschiedenheit zwischen zwei oder mehr Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung von UN-Regelungen, die diesem Übereinkommen angehängt sind, wird durch Verhandlungen in Übereinstimmung mit dem Verfahren in Verzeichnis 6 beigelegt, das diesem Übereinkommen als Anhang beigelegt ist.

Artikel 11

(1) Jede Vertragspartei kann bei ihrem Beitritt zu diesem Übereinkommen erklären, dass sie sich nicht durch Absatz 1 bis 3 des Artikels 10 als gebunden betrachtet. Die anderen Vertragsparteien sind gegenüber keiner Vertragspartei, die einen solchen Vorbehalt geltend gemacht hat, durch Absatz 1 bis 3 des Artikels 10 gebunden.

(2) Jede Vertragspartei, die einen Vorbehalt gemäß Absatz 1 geltend gemacht hat, kann diesen Vorbehalt jederzeit durch Notifikation an den Generalsekretär zurücknehmen.

(3) Andere Vorbehalte zu diesem Übereinkommen, seines Anhangs, den Verzeichnissen sowie den ihm angehängten UN-Regelungen sind nicht zulässig, jedoch kann jede Vertragspartei gemäß Artikel 1, Absatz 5 erklären, dass sie von der Anwendung einiger oder aller dieser UN-Regelungen absieht.

Artikel 12

Die diesem Übereinkommen angehängten UN-Regelungen können nach folgendem Verfahren geändert werden:

1. Änderungen von UN-Regelungen werden vom Verwaltungsausschuss gemäß Artikel 1 Absatz 2 und nach dem im Anhang genannten Verfahren erarbeitet.

Eine abgestimmte Änderung der UN-Regelung wird dem Exekutivsekretär der Wirtschaftskommission für Europa der Vereinten Nationen vom Verwaltungsausschuss zugeleitet. Danach notifiziert der Exekutivsekretär der Wirtschaftskommission für Europa der Vereinten Nationen diese Änderung so schnell wie möglich den Vertragsparteien, welche die UN-Regelung anwenden, sowie dem Generalsekretär.

2. Änderungen einer UN-Regelung gelten als angenommen, sofern nicht innerhalb von sechs Monaten nach Notifikation durch den Exekutivsekretär der Wirtschaftskommission für Europa der Vereinten Nationen mehr als ein Fünftel der Vertragsparteien, welche die UN-Regelung zum Zeitpunkt der Notifikation anwenden, dem Generalsekretär mitgeteilt haben, dass sie der Änderung nicht zustimmen. Wird eine Änderung einer UN-Regelung angenommen, erklärt der Generalsekretär diese so schnell wie möglich für angenommen und für die Vertragsparteien verbindlich, welche die UN-Regelung anwenden.
3. Änderungen einer UN-Regelung können Übergangsbestimmungen für das Inkrafttreten der geänderten Fassung der

Regulation, the date up to which Contracting Parties shall accept approvals pursuant to the preceding version of the UN Regulation and the date as from which Contracting Parties shall not be obliged to accept type approvals issued pursuant to the preceding version of the amended UN Regulation.

4. Notwithstanding that transitional provisions in any version of UN Regulations may have stipulated otherwise, Contracting Parties to this Agreement which are applying UN Regulations may, subject to compliance with the provisions of Article 2, nevertheless issue type approvals pursuant to earlier versions of UN Regulations. However, subject to paragraph 3 of this Article, Contracting Parties applying a UN Regulation shall not be obliged to accept type approvals issued pursuant to these earlier versions.
5. All Contracting Parties applying a UN Regulation, except for Contracting Parties which notified the Secretary-General of their intention to cease applying the UN Regulation, shall accept approvals granted pursuant to the latest version of that UN Regulation. A Contracting Party which notified the Secretary-General of its intention to cease applying a UN Regulation shall, during the one-year period mentioned in paragraph 6 of Article 1, accept approvals granted pursuant to the version(s) of the UN Regulation applicable for that Contracting Party at the instance of its notification to Secretary-General.
6. A Contracting Party applying a UN Regulation may grant an exemption approval pursuant to a UN Regulation for a single type of wheeled vehicle, equipment or part which is based on a new technology, when this new technology is not covered by the existing UN Regulation, and is incompatible with one or more requirements of this UN Regulation. In such a case, the procedures set out in Schedule 7 annexed to this Agreement shall apply.
7. Should a new Contracting Party accede to this Agreement between the time of the notification of the amendment to a UN Regulation by the Executive Secretary of the United Nations Economic Commission for Europe and its entry into force, the UN Regulation in question shall enter into force for that Contracting Party unless, within a period of six months from its notification of accession by the Secretary-General, that Party has informed the Secretary-General of its disagreement with the amendment.

Article 13

The text of the Agreement itself and of its Appendix may be amended in accordance with the following procedure:

1. Any Contracting Party may propose one or more amendments to this Agreement and its Appendix. The text of any proposed amendment to the Agreement and its Appendix shall be transmitted to the Secretary-General, who shall transmit it to all Contracting Parties and inform all other countries referred to in paragraph 1 of Article 6 thereof.
2. Any proposed amendment circulated in accordance with paragraph 1 of this Article shall be deemed to be accepted if no Contracting Party expresses an objection within a period of nine months following the date of circulation of the proposed amendment by the Secretary-General.
3. The Secretary-General shall, as soon as possible, notify all Contracting Parties whether an objection to the proposed amendment has been expressed. If an objection to the proposed amendment has been expressed, the amendment shall be deemed not to have been accepted, and shall be of no effect whatsoever. If no such objection has been expressed, the amendment shall enter into force for all Contracting Parties three months after the expiry of the period of nine months referred to in paragraph 2 of this Article.

UN-Regelung, das Datum, bis zu dem Vertragsparteien Genehmigungen anerkennen müssen, die gemäß der vorherigen Fassung der UN-Regelung erteilt wurden, sowie das Datum enthalten, ab dem Vertragsparteien keine Typgenehmigungen mehr anerkennen müssen, die gemäß der vorherigen Fassung der geänderten UN-Regelung erstellt wurden.

4. Unbeschadet möglicherweise anderslautender Übergangsbestimmungen in einer Fassung einer UN-Regelung können Vertragsparteien dieses Übereinkommens, welche UN-Regelungen anwenden, vorbehaltlich der Einhaltung des Artikels 2 gleichwohl Typgenehmigungen gemäß früherer Fassungen der UN-Regelungen erteilen. Vertragsparteien, die eine UN-Regelung anwenden, sind vorbehaltlich des Absatzes 3 jedoch nicht verpflichtet, Typgenehmigungen zu akzeptieren, die gemäß solchen früheren Fassungen erteilt wurden.
5. Alle Vertragsparteien, die eine UN-Regelung anwenden, mit Ausnahme der Vertragsparteien, die dem Generalsekretär ihre Absicht notifiziert haben, die UN-Regelung nicht länger anzuwenden, müssen Genehmigungen akzeptieren, die gemäß der neuesten Fassung dieser UN-Regelung erteilt wurden. Eine Vertragspartei, die dem Generalsekretär ihre Absicht notifiziert hat, eine UN-Regelung nicht länger anzuwenden, akzeptiert Genehmigungen während des in Artikel 1 Absatz 6 genannten Zeitraums von einem Jahr nach Notifizierung durch den Generalsekretär, die gemäß der auf sie anwendbaren vorherigen Fassung(en) der UN-Regelung erteilt wurden.
6. Eine Vertragspartei, die eine UN-Regelung anwendet, kann eine Ausnahmegenehmigung gemäß einer UN-Regelung für einen einzelnen Typ von Radfahrzeug, Ausrüstungsgegenstand oder Teil erteilen, der bzw. das auf einer neuen Technologie basiert, wenn diese neue Technologie von der bestehenden UN-Regelung nicht abgedeckt wird und einer oder mehreren Anforderungen der UN-Regelung nicht genügt. In einem solchen Fall gelten die Verfahren in Verzeichnis 7, das diesem Übereinkommen als Anhang beigefügt ist.
7. Ist diesem Übereinkommen in der Zeit zwischen der Notifikation der Änderung einer UN-Regelung durch den Exekutivsekretär der Wirtschaftskommission für Europa der Vereinten Nationen und ihrem Inkrafttreten eine neue Vertragspartei beigetreten, so tritt die betreffende UN-Regelung auch für diese Vertragspartei in Kraft, es sei denn, diese Vertragspartei informiert den Generalsekretär innerhalb von sechs Monaten nach der Notifikation über den Beitritt durch den Generalsekretär von ihrer Nichtzustimmung zu dieser Änderung.

Artikel 13

Für das Verfahren zur Änderung des Übereinkommens selbst und seines Anhangs gelten folgende Bestimmungen:

1. Jede Vertragspartei kann eine oder mehrere Änderungen dieses Übereinkommens und seines Anhangs vorschlagen. Der Wortlaut aller vorgeschlagenen Änderungen des Übereinkommens und seines Anhangs ist dem Generalsekretär zu übermitteln, der die Weiterleitung an alle Vertragsparteien veranlasst und alle anderen Länder gemäß Artikel 6 Absatz 1 davon unterrichtet.
2. Jeder gemäß Absatz 1 übermittelte Änderungsentwurf gilt als angenommen, wenn innerhalb von neun Monaten nach dem Tag der Übermittlung des Änderungsentwurfs durch den Generalsekretär keine Vertragspartei Einwände erhebt.
3. Ein Einwand gegen den Änderungsentwurf wird den Vertragsparteien vom Generalsekretär so schnell wie möglich notifiziert. Ist ein Einwand gegen den Änderungsentwurf erhoben worden, so ist dieser als abgelehnt anzusehen und ist ohne jede Wirkung. Andernfalls tritt die Änderung für alle Vertragsparteien drei Monate nach Ablauf der in Absatz 2 vorgesehenen Frist von neun Monaten in Kraft.

Article 13bis

1. The Schedules of Administrative and Procedural Provisions annexed to this Agreement may be amended in accordance with the following procedure:
 - 1.1. Amendments to the Schedules of Administrative and Procedural Provisions shall be established by the Administrative Committee as referred to in Article 1.1 and in accordance with the procedure indicated in Article 7 of the Appendix to this Agreement.
 - 1.2. An amendment to the Schedules of Administrative and Procedural Provisions shall be communicated by the Administrative Committee to the Secretary-General. As soon as possible thereafter, the Secretary-General shall give notification of this amendment to the Contracting Parties applying one or more UN Regulations.
 2. An amendment to the Schedules of Administrative and Procedural Provisions will be considered to be adopted unless, within a period of six months from its notification by the Secretary-General, no Contracting Party applying one or more UN Regulations has informed the Secretary-General of its disagreement with the amendment.
 3. The Secretary-General shall, as soon as possible, notify all Contracting Parties to the Agreement applying one or more UN Regulations whether an objection to the proposed amendment has been expressed. If an objection to the proposed amendment has been expressed, the amendment shall be deemed not accepted, and shall be of no effect whatsoever. If no such objection has been expressed, the amendment shall enter into force for all Contracting Parties applying one or more UN Regulations three months after the expiry of the period of six months referred to in paragraph 2 of this Article.
 4. A new schedule shall be considered as an amendment to the Schedules of Administrative and Procedural Provisions and, therefore, established according to the same procedure as specified in this Article.

Article 14

1. In accordance with the provisions of this Agreement, the Secretary-General shall notify the Contracting Parties of:

- (a) Accessions in accordance with Article 6;
- (b) The dates of entry into force of this Agreement in accordance with Article 7;
- (c) Denunciations in accordance with Article 8;
- (d) Notifications received in accordance with Article 9;
- (e) Declarations and notifications received in accordance with paragraphs 1 and 2 of Article 11;
- (f) The entry into force of any new UN Regulation and any amendment to an existing UN Regulation in accordance with paragraphs 2, 3, 5 and 7 of Article 1, and paragraph 2 of Article 12;
- (g) The entry into force of any amendment to the Agreement, its Appendix or to the Schedules of Administrative and Procedural Provisions in accordance with paragraph 3 of Article 13 or with paragraph 3 of Article 13 bis, respectively;
- (h) The cessation of application of UN Regulations by Contracting Parties in accordance with paragraph 6 of Article 1.

2. In accordance with the provisions of this Agreement and the annexed Schedules of Administrative and Procedural Provisions, the Executive Secretary of the United Nations Economic Commission for Europe shall notify:

Artikel 13a

1. Die diesem Übereinkommen als Anhang beigefügten Verzeichnisse mit verwaltungstechnischen und verfahrenstechnischen Bestimmungen können nach folgendem Verfahren geändert werden:
 - 1.1. Änderungen an den Verzeichnissen mit verwaltungstechnischen und verfahrenstechnischen Bestimmungen werden vom Verwaltungsausschuss gemäß Artikel 1 Absatz 1 und in Übereinstimmung mit dem in Artikel 7 des Anhangs zu diesem Übereinkommen beschriebenen Verfahren festgelegt.
 - 1.2. Eine Änderung der Verzeichnisse mit verwaltungstechnischen und verfahrenstechnischen Bestimmungen wird dem Generalsekretär vom Verwaltungsausschuss mitgeteilt. Anschließend notifiziert der Generalsekretär die Vertragsparteien, die eine oder mehrere UN-Regelungen anwenden, so schnell wie möglich über die Änderung.
 2. Eine Änderung der Verzeichnisse mit verwaltungstechnischen und verfahrenstechnischen Bestimmungen gilt als angenommen, sofern keine Vertragspartei, die eine oder mehrere UN-Regelungen anwendet, den Generalsekretär innerhalb von sechs Monaten nach ihrer Notifikation durch diesen darüber informiert, dass sie der Änderung nicht zustimmt.
 3. Ein Einwand gegen den Änderungsentwurf wird den Vertragsparteien des Übereinkommens, welche eine oder mehrere UN-Regelungen anwenden, vom Generalsekretär so schnell wie möglich notifiziert. Ist ein Einwand gegen den Änderungsentwurf erhoben worden, so ist dieser als abgelehnt anzusehen und ist ohne jede Wirkung. Anderenfalls tritt die Änderung für alle Vertragsparteien, die eine oder mehrere UN-Regelungen anwenden, drei Monate nach Ablauf der in Absatz 2 vorgesehenen Frist von sechs Monaten in Kraft.
 4. Ein neues Verzeichnis gilt als Änderung der Verzeichnisse mit verwaltungstechnischen und verfahrenstechnischen Bestimmungen und wird daher ebenfalls nach dem Verfahren erstellt, das in diesem Artikel beschrieben wird.

Artikel 14

(1) In Übereinstimmung mit den Bestimmungen dieses Übereinkommens notifiziert der Generalsekretär den Vertragsparteien

- a) die Beitritte gemäß Artikel 6;
- b) die Daten des Inkrafttretens dieses Übereinkommens gemäß Artikel 7;
- c) die Kündigungen gemäß Artikel 8;
- d) die eingegangenen Notifikationen gemäß Artikel 9;
- e) die Erklärungen und Notifikationen gemäß Artikel 11 Absatz 1 und 2;
- f) das Inkrafttreten jeder neuen UN-Regelung sowie jede Änderung einer bestehenden UN-Regelung gemäß Artikel 1 Absatz 2, 3, 5 und 7 sowie Artikel 12 Absatz 2;
- g) das Inkrafttreten einer Änderung dieses Übereinkommens, seines Anhangs oder der Verzeichnisse mit verwaltungstechnischen und verfahrenstechnischen Bestimmungen gemäß Artikel 13 Absatz 3 oder Artikel 13a Absatz 3;
- h) die Beendigung der Anwendung von UN-Regelungen durch Vertragsparteien gemäß Artikel 1 Absatz 6.

(2) Gemäß den Bestimmungen dieses Übereinkommens sowie den als Anhang beigefügten Verzeichnissen mit verwaltungstechnischen und verfahrenstechnischen Bestimmungen notifiziert der Exekutivsekretär der Wirtschaftskommission für Europa der Vereinten Nationen

- (a) The Secretary-General and the Contracting Parties of the establishment of an amendment to a UN Regulation in accordance with paragraph 2 of Article 12;
- (b) The Contracting Parties of the decision by Administrative Committee on an exemption approval request and, subsequently, of its adoption in accordance with paragraph 5 of Schedule 7.
- a) dem Generalsekretär und den Vertragsparteien die Annahme einer Änderung einer UN-Regelung gemäß Artikel 12 Absatz 2;
- b) den Vertragsparteien die Entscheidung des Verwaltungsausschusses über einen Antrag auf Erteilung einer Ausnahmegenehmigung und anschließend dessen Annahme gemäß Verzeichnis 7 Absatz 5.

Article 15

1. If at the date the above provisions come into effect the procedures envisaged in Article 1, paragraphs 3 and 4 of the previous version of the Agreement are under way for adopting a new UN Regulation, the said new UN Regulation shall enter into force under the provisions of paragraph 4 of the said Article.

2. If at the date the above provisions come into effect, the procedures envisaged in Article 12, paragraph 1 of the previous version of the Agreement are under way for the adoption of an amendment to a UN Regulation, the said amendment shall enter into force under the provisions of the said Article.

3. If all Contracting Parties to the Agreement agree, any UN Regulation adopted under the terms of the previous version of the Agreement may be treated as though it were a UN Regulation adopted under the terms of the above provisions.

Article 16

This Agreement was done at Geneva in a single copy in the English, French and Russian languages, each text being equally authentic.

Artikel 15

(1) Sind zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der obenstehenden Bestimmungen die in der vorherigen Fassung des Übereinkommens in Artikel 1 Absatz 3 und 4 genannten Verfahren für die Annahme einer neuen UN-Regelung bereits eingeleitet, tritt die betreffende neue UN-Regelung gemäß Artikel 1 Absatz 4 in Kraft.

(2) Sind zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der obenstehenden Bestimmungen die in der vorherigen Fassung des Übereinkommens in Artikel 12 Absatz 1 genannten Verfahren für die Annahme einer Änderung einer UN-Regelung bereits eingeleitet, tritt die betreffende Änderung gemäß Artikel 12 in Kraft.

(3) Stimmen alle Vertragsparteien des Übereinkommens zu, kann jede UN-Regelung, die gemäß der vorherigen Fassung des Übereinkommens angenommen wurde, so behandelt werden, als ob sie gemäß den obenstehenden Vorschriften angenommen worden wäre.

Artikel 16

Dieses Übereinkommen wurde in Genf in einer Urschrift in englischer, französischer und russischer Sprache geschlossen, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

**Appendix
Composition
and rules of procedure
of the Administrative Committee**

Article 1

The members of the Administrative Committee shall be composed of all the Contracting Parties to the amended Agreement.

Article 2

The Executive Secretary of the United Nations Economic Commission for Europe shall provide the Committee with secretariat services.

Article 3

The Committee shall, at its first session each year, elect a chairman and vice-chairman.

Article 4

The Secretary-General of the United Nations shall convene the Committee under the auspices of the Economic Commission for Europe whenever a new UN Regulation, an amendment to a UN Regulation, a notification according to the procedure for an exemption approval for new technologies (set out in Schedule 7) or an amendment to the Schedules of Administrative and Procedural Provisions is required to be established.

Article 5

Proposed new UN Regulations shall be put to the vote. Each country, Contracting Party to the Agreement shall have one vote. A quorum consisting of not less than half of the Contracting Parties is required for the purposes of taking decisions. For the determination of the quorum regional economic integration organizations, being Contracting Parties to the Agreement, vote with the number of votes of their member States. The representative of a regional economic integration organization may deliver the votes of its constituent sovereign countries. New draft UN Regulations shall be established by a four-fifths majority of those present and voting.

Article 6

Proposed amendments to UN Regulations shall be put to the vote. Each country, Contracting Party to the Agreement applying the UN Regulation shall have one vote. A quorum of not less than half of the Contracting Parties applying the UN Regulation is required for the purposes of taking decisions. For the determination of the quorum, regional economic integration organizations, being Contracting Parties to the Agreement, vote with the number of votes of their member States. The representative of a regional economic integration organization may deliver the votes of those of its constituent sovereign countries which apply the UN Regulation. Draft amendments to UN Regulations shall be established by a four-fifths majority of those present and voting.

Article 7

Proposed amendments to the Schedules of Administrative and Procedural Provisions annexed to this Agreement shall be put to the vote. Each Contracting Party to the Agreement applying one or more UN Regulations shall have one vote. A quorum of not less than half of the Contracting Parties to the Agreement applying one or more UN Regulations is required for the purposes of taking decisions. For the determination of the quorum, regional economic integration organizations, being Contracting Parties to the Agreement, vote with the number of votes of their member

**Anhang
Zusammensetzung
und Geschäftsordnung
des Verwaltungsausschusses**

Artikel 1

Dem Verwaltungsausschuss gehören alle Vertragsparteien des geänderten Übereinkommens an.

Artikel 2

Der Exekutivsekretär der Wirtschaftskommission für Europa der Vereinten Nationen nimmt die Sekretariatsgeschäfte für den Ausschuss wahr.

Artikel 3

Der Ausschuss wählt jedes Jahr auf seiner ersten Sitzung einen Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden.

Artikel 4

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen beruft Sitzungen des Ausschusses unter der Schirmherrschaft der Wirtschaftskommission für Europa ein, sobald eine neue UN-Regelung, eine Änderung einer UN-Regelung, eine Notifikation gemäß dem (in Verzeichnis 7 beschriebenen) Verfahren für eine Ausnahme-genehmigung für neue Technologien oder eine Änderung der Verzeichnisse mit verwaltungstechnischen und verfahrenstechnischen Bestimmungen angenommen werden soll.

Artikel 5

Entwürfe für neue UN-Regelungen werden zur Abstimmung vorgelegt. Jedes Land hat als Vertragspartei des Übereinkommens eine Stimme. Der Ausschuss ist beschlussfähig, wenn wenigstens die Hälfte der Vertragsparteien anwesend ist. Dabei stimmen die Organisationen für regionale Wirtschaftsintegration, die Vertragsparteien des Übereinkommens sind, mit der Stimmenzahl ihrer Mitgliedstaaten ab. Der Vertreter einer Organisation für regionale Wirtschaftsintegration kann die Stimmabgabe im Namen ihrer souveränen Mitgliedstaaten vornehmen. Für die Annahme von Entwürfen für neue UN-Regelungen ist eine Mehrheit von vier Fünfteln der von den Anwesenden abgegebenen Stimmen erforderlich.

Artikel 6

Änderungsentwürfe zu UN-Regelungen werden zur Abstimmung vorgelegt. Jedes Land hat als Vertragspartei des Übereinkommens, welche die UN-Regelung anwendet, eine Stimme. Der Ausschuss ist beschlussfähig, wenn wenigstens die Hälfte der Vertragsparteien, welche die UN-Regelung anwenden, anwesend ist. Dabei stimmen die Organisationen für regionale Wirtschaftsintegration, die Vertragsparteien des Übereinkommens sind, mit der Stimmenzahl ihrer Mitgliedstaaten ab. Der Vertreter einer Organisation für regionale Wirtschaftsintegration kann die Stimmabgabe im Namen ihrer souveränen Mitgliedstaaten vornehmen, welche die Regelung anwenden. Für die Annahme von Änderungsentwürfen zu UN-Regelungen ist eine Mehrheit von vier Fünfteln der von den Anwesenden abgegebenen Stimmen erforderlich.

Artikel 7

Änderungsentwürfe zu den Verzeichnissen mit verwaltungstechnischen und verfahrenstechnischen Bestimmungen, die diesem Übereinkommen als Anhang beigefügt sind, werden zur Abstimmung vorgelegt. Jede Vertragspartei des Übereinkommens, die eine oder mehrere UN-Regelungen anwendet, hat eine Stimme. Der Ausschuss ist beschlussfähig, wenn wenigstens die Hälfte der Vertragsparteien anwesend ist, die eine oder mehrere UN-Regelungen anwenden. Dabei stimmen die Organisationen für regionale Wirtschaftsintegration, die Vertragsparteien des

States. The representative of a regional economic integration organization may deliver the votes of those of its constituent sovereign countries which apply one or more UN Regulations. Draft amendments to the Schedules of Administrative and Procedural Provisions shall be established by unanimous vote of those present and voting.

Article 8

The request of a Contracting Party for an authorization to grant a proposed exemption approval concerning new technologies shall be put to the vote. Each Contracting Party applying the UN Regulation shall have one vote. A quorum of not less than half of the Contracting Parties applying the UN Regulation is required for the purposes of taking decisions. For the determination of the quorum, regional economic integration organizations, being Contracting Parties to the Agreement, vote with the number of votes of their member States. The representative of a regional economic integration organization may deliver the votes of those of its constituent sovereign countries which apply the UN Regulation. The authorization to grant an exemption approval for the said Contracting Party shall be established by a four-fifths majority of those present and voting.

Übereinkommens sind, mit der Stimmenzahl ihrer Mitgliedstaaten ab. Der Vertreter einer Organisation für regionale Wirtschaftsintegration kann die Stimmabgabe im Namen ihrer souveränen Mitgliedstaaten vornehmen, die eine oder mehrere UN-Regelungen anwenden. Für die Annahme von Änderungsentwürfen zu den Verzeichnissen mit verwaltungstechnischen und verfahrenstechnischen Bestimmungen ist Einstimmigkeit hinsichtlich der von den Anwesenden abgegebenen Stimmen erforderlich.

Artikel 8

Der Antrag einer Vertragspartei auf Genehmigung der Erteilung einer vorgeschlagenen Ausnahmegenehmigung für neue Technologien wird zur Abstimmung vorgelegt. Jede Vertragspartei, welche die UN-Regelung anwendet, verfügt über eine Stimme. Der Ausschuss ist beschlussfähig, wenn wenigstens die Hälfte der Vertragsparteien anwesend ist, welche die Regelung anwenden. Dabei stimmen die Organisationen für regionale Wirtschaftsintegration, die Vertragsparteien des Übereinkommens sind, mit der Stimmenzahl ihrer Mitgliedstaaten ab. Der Vertreter einer Organisation für regionale Wirtschaftsintegration kann die Stimmabgabe im Namen ihrer souveränen Mitgliedstaaten vornehmen, welche die Regelung anwenden. Die Genehmigung zur Erteilung einer Ausnahmegenehmigung für die betreffende Vertragspartei wird mit einer Mehrheit von vier Fünfteln der von den Anwesenden abgegebenen Stimmen erteilt.

Schedules of Administrative and Procedural Provisions

The following Schedules of Administrative and Procedural Provisions (SAPP) are annexed to the 1958 Agreement² and specify the administrative and procedural provisions applicable to all UN Regulations annexed to the 1958 Agreement:

Schedule 1	Conformity of production procedures
Schedule 2	Part one: Assessment, designation and notification of technical services Part two: Standards which the technical services, referred to in Part one of this Schedule, shall comply with Part three: Procedure for the assessment of technical services
Schedule 3	Procedures for UN type approvals
Schedule 4	Numbering of UN type approvals
Schedule 5	Circulation of approval documentation
Schedule 6	Procedures for resolving interpretation issues in relation to the application of UN Regulations and granting approvals pursuant to these UN Regulations
Schedule 7	Procedure for exemption approvals concerning new technologies
Schedule 8	General conditions for virtual testing methods

Verzeichnisse mit verwaltungstechnischen und verfahrenstechnischen Bestimmungen

Die folgenden Verzeichnisse mit verwaltungstechnischen und verfahrenstechnischen Bestimmungen (SAPP) sind dem Übereinkommen von 1958² als Anhang beigelegt und beinhalten die verwaltungstechnischen und verfahrenstechnischen Bestimmungen für alle UN-Regelungen, die dem Übereinkommen von 1958 angehängt sind:

Verzeichnis 1	Verfahren für die Übereinstimmung der Produktion
Verzeichnis 2	Teil eins: Bewertung, Benennung und Notifikation der Technischen Dienste Teil zwei: Normen, die von den in Teil eins dieses Verzeichnisses genannten Technischen Diensten einzuhalten sind Teil drei: Verfahren zur Bewertung Technischer Dienste
Verzeichnis 3	Verfahren für UN-Typgenehmigungen
Verzeichnis 4	Nummerierung von UN-Typgenehmigungen
Verzeichnis 5	Verteilung von Genehmigungsunterlagen
Verzeichnis 6	Verfahren für den Umgang mit unterschiedlichen Auslegungen bezüglich der Anwendung von UN-Regelungen und für die Erteilung von Genehmigungen gemäß diesen UN-Regelungen
Verzeichnis 7	Verfahren für Ausnahmegenehmigungen für neue Technologien
Verzeichnis 8	Allgemeine Bedingungen für virtuelle Prüfmethoden

² Agreement concerning the Adoption of Harmonized Technical United Nations Regulations for Wheeled Vehicles, Equipment and Parts which can be Fitted and/or be Used on Wheeled Vehicles and the Conditions for Reciprocal Recognition of Approvals Granted on the Basis of these United Nations Regulations.

² Übereinkommen über die Annahme harmonisierter technischer Regelungen der Vereinten Nationen für Radfahrzeuge, Ausrüstungsgegenstände und Teile, die in Radfahrzeuge(n) eingebaut und/oder verwendet werden können, und die Bedingungen für die gegenseitige Anerkennung von Genehmigungen, die gemäß diesen Regelungen der Vereinten Nationen erteilt wurden.

Schedule 1
Conformity
of production procedures

Objectives

The conformity of production procedure aims to ensure that each produced wheeled vehicle, equipment or part is in conformity with the approved type.

Procedures include inseparably the assessment of quality management systems, referred to below as "initial assessment" and verification of the approval subject and product-related controls, referred to as "product conformity arrangements".

1. Initial assessment

1.1. The approval authority of a Contracting Party shall verify before granting UN type approval the existence of satisfactory arrangements and procedures for ensuring effective control so that wheeled vehicles, equipment or parts when in production conform to the approved type.

1.2. Guidance for conducting assessments may be found in the international standard ISO 19011:2011 – Guidelines for auditing management systems

1.3. The requirement in paragraph 1.1 shall be verified to the satisfaction of the authority granting UN type approval.

The approval authority granting UN type approval shall be satisfied with the initial assessment and the product conformity arrangements in section 2 below, taking into account as necessary one of the arrangements described in paragraphs 1.3.1 to 1.3.3, or a combination of those arrangements in full or in part as appropriate.

1.3.1. The actual initial assessment and/or verification of product conformity arrangements shall be carried out by the approval authority granting UN type approval or by a technical service designated to act on behalf of that approval authority.

1.3.1.1. When considering the extent of the initial assessment to be carried out, the approval authority may take account of available information relating to:

- (a) The manufacturer's certification described in paragraph 1.3.3 below, which has not been qualified or recognized under that paragraph;
- (b) In the case of UN type approval of equipment or parts, quality system assessments performed by vehicle manufacturer(s), in the premises of the manufacturer(s) of the equipment or parts, according to one or more of the industry sector specifications satisfying the requirements in the international standard ISO 9001:2008.

1.3.2. The actual initial assessment and/or verification of product conformity arrangements may also be carried out by the approval authority of another Contracting Party, or the technical service designated for this purpose by the latter approval authority, provided this Contracting Party applies at least the same UN Regulations upon which the UN type approval has been based.

Verzeichnis 1
Verfahren
für die Übereinstimmung der Produktion

Ziele

Das Verfahren für die Übereinstimmung der Produktion soll sicherstellen, dass jedes hergestellte Radfahrzeug, jeder Ausrüstungsgegenstand und jedes Teil mit dem genehmigten Typ übereinstimmt.

Die Verfahren beinhalten untrennbar die Bewertung von Qualitätsmanagementsystemen, die nachfolgend als „Erstbewertung“ bezeichnet werden, sowie die Überprüfung des Genehmigungsgegenstands und produktbezogene Kontrollen, die als „Vorkehrungen für die Übereinstimmung der Produkte“ bezeichnet werden.

1. Erstbewertung

1.1. Die Genehmigungsbehörde einer Vertragspartei prüft – vor Erteilung der UN-Typgenehmigung –, ob ausreichende Regelungen und Verfahren für eine wirksame Kontrolle vorhanden sind, damit Radfahrzeuge, Ausrüstungsgegenstände oder Teile, wenn sie hergestellt werden, dem genehmigten Typ entsprechen.

1.2. Leitlinien für die Bewertung finden sich in der internationalen Norm ISO 19011:2011 – Leitfaden für Audits von Qualitätsmanagement- und/oder Umweltmanagementsystemen.

1.3. Die Einhaltung der Vorschrift des Absatzes 1.1 muss zur Zufriedenheit der Behörde überprüft werden, welche die UN-Typgenehmigung erteilt.

Die Erstbewertung und die Vorkehrungen für die Übereinstimmung des Produkts in Abschnitt 2 müssen zur Zufriedenheit der Genehmigungsbehörde ausfallen, welche die UN-Typgenehmigung erteilt, wobei erforderlichenfalls eine der in den Absätzen 1.3.1 bis 1.3.3 beschriebenen Vorkehrungen oder eine Kombination derselben je nach Bedarf im Ganzen oder in Teilen zu berücksichtigen ist.

1.3.1. Die eigentliche Erstbewertung und/oder Überprüfung der Vorkehrungen für die Übereinstimmung der Produkte wird von der Genehmigungsbehörde durchgeführt, die die UN-Typgenehmigung erteilt, oder von einem benannten Technischen Dienst, der im Auftrag dieser Genehmigungsbehörde handelt.

1.3.1.1. Bei der Prüfung des Umfangs der durchzuführenden Erstbewertung kann die Genehmigungsbehörde verfügbare Informationen berücksichtigen, die im Zusammenhang stehen mit

- (a) der in Absatz 1.3.3 beschriebenen Zertifizierung des Herstellers, die nicht gemäß der dort getroffenen Festlegungen qualifiziert oder anerkannt wurde;
- (b) Qualitätsbewertungen, die vom Fahrzeughersteller in den Räumlichkeiten des Herstellers eines Ausrüstungsgegenstands oder Teils entsprechend einer oder mehrerer Spezifikationen der Branche gemäß den Anforderungen der harmonisierten Norm EN ISO 9001:2008 durchgeführt wurden (bei UN-Typgenehmigungen von Ausrüstungsgegenständen oder Teilen).

1.3.2. Die eigentliche Erstbewertung und/oder Überprüfung der Vorkehrungen für die Übereinstimmung des Produkts kann auch von der Genehmigungsbehörde einer anderen Vertragspartei durchgeführt werden oder vom Technischen Dienst, der zu diesem Zweck von letztgenannter Genehmigungsbehörde benannt wurde, falls die Vertragspartei wenigstens die UN-Regelungen anwendet, auf denen die UN-Typgenehmigung basiert.

- 1.3.2.1. In such a case, the approval authority of the other Contracting Party shall prepare a statement of compliance outlining the areas and production facilities it has covered as relevant to the product(s) to be type approved and to the UN Regulations according to which these products are to be type approved.
- 1.3.2.2. On receiving an application for a compliance statement from the approval authority of a Contracting Party granting UN type approval, the approval authority of another Contracting Party shall send forthwith the statement of compliance or advise that it is not in a position to provide such a statement.
- 1.3.2.3. The statement of compliance shall include at least the following:
- (a) Group or company (e.g. XYZ Automotive);
 - (b) Particular organization (e.g. Regional division);
 - (c) Plants/sites (e.g. Engine plant 1 (in country A) Vehicle plant 2 (in country B));
 - (d) Vehicle/Component range (e.g. all category M1 models);
 - (e) Areas assessed (e.g. Engine assembly, body pressing and assembly, vehicle assembly);
 - (f) Documents examined (e.g. Company and site quality manual and procedures);
 - (g) Date of the assessment (e.g. Audit conducted from dd/mm/yyyy to dd/mm/yyyy);
 - (h) Planned monitoring visit (e.g. mm/yyyy).
- 1.3.3. The approval authority may also accept the manufacturer's certification to the international standard ISO 9001:2008 (the scope of this certification shall cover the product(s) to be approved) or an equivalent accreditation standard as satisfying the initial assessment requirements of paragraph 1.1. The manufacturer shall provide details of the certification and undertake to inform the approval authority of any revisions to its validity or scope of that certification.
- 1.4. For the purpose of the International Whole Vehicle Type Approval, the initial assessments carried out for granting UN approvals for equipment and parts of the vehicle need not be repeated but shall be completed by an assessment covering the areas not covered by the former assessments, in particular, in relation to the assembly of the whole vehicle.
- 2. Product conformity arrangements**
- 2.1. Every vehicle, equipment or part approved pursuant to a UN Regulation annexed to the 1958 Agreement shall be so manufactured as to conform to the type approved by meeting the requirements of this Schedule and of the said UN Regulation.
- 2.2. The approval authority of a Contracting Party granting a type approval pursuant to a UN Regulation annexed to the 1958 Agreement shall verify the existence of adequate arrangements and documented control plans, to be agreed with the manufacturer for each approval, to carry out at specified intervals those tests or asso-
- 1.3.2.1. In diesem Fall stellt die Genehmigungsbehörde der anderen Vertragspartei eine Übereinstimmungserklärung aus, in der die von ihr abgedeckten Bereiche und Produktionsanlagen angegeben sind, die für das zu genehmigende Produkte bzw. die zu genehmigenden Produkte von Bedeutung sind, sowie die UN-Regelungen, gemäß denen diese Produkte typgenehmigt werden sollen.
- 1.3.2.2. Nach Erhalt eines Antrags auf Ausstellung einer Übereinstimmungserklärung von der Genehmigungsbehörde einer Vertragspartei, welche die UN-Typgenehmigung erteilt, übermittelt die Genehmigungsbehörde einer anderen Vertragspartei unverzüglich die Übereinstimmungserklärung oder teilt mit, dass sie nicht in der Lage ist, eine solche Erklärung auszustellen.
- 1.3.2.3. Die Übereinstimmungserklärung muss mindestens Folgendes umfassen:
- (a) Unternehmensgruppe oder Unternehmen (z. B. Automobilwerk XYZ);
 - (b) genaue Organisation (z. B. Regionalniederlassung);
 - (c) Werke/Standorte (z. B. Motorenwerk 1 (in Land A) Fahrzeugwerk 2 (in Land B));
 - (d) Fahrzeug/Bauteilbereich (z. B. alle Modelle der Klasse M1);
 - (e) bewertete Bereiche (z. B. Motorenmontage, Karosseriepresse und -montage, Fahrzeugmontage);
 - (f) geprüfte Unterlagen (z. B. Qualitätshandbuch und -verfahren des Unternehmens und des betreffenden Werks);
 - (g) Datum der Bewertung (z. B. Audit vom TT/MM/JJJJ bis zum TT/MM/JJJJ);
 - (h) geplanter Kontrollbesuch (z. B. MM/JJJJ).
- 1.3.3. Die Genehmigungsbehörde kann auch die Zertifizierung des Herstellers gemäß der harmonisierten Norm EN ISO 9001:2008 (der Geltungsbereich dieser Zertifizierung muss die zu genehmigenden Produkte umfassen) oder einer gleichwertigen Akkreditierungsnorm als hinreichend für die Erfüllung der Anforderungen der Erstbewertung gemäß Absatz 1.1 anerkennen. Der Hersteller liefert ausführliche Angaben über die Zertifizierung und sorgt dafür, dass die Genehmigungsbehörde über jede Änderung der Gültigkeit oder des Geltungsbereichs der Zertifizierung informiert wird.
- 1.4. Für die Zwecke der internationalen Gesamtfahrzeug-Typgenehmigung besteht keine Notwendigkeit, die zur Erteilung der UN-Typgenehmigungen für Ausrüstungsgegenstände und Teile des Fahrzeugs durchgeführten Erstbewertungen zu wiederholen; sie müssen jedoch durch eine Bewertung ergänzt werden, welche die Bereiche abdeckt, die von den vorangegangenen Bewertungen nicht abgedeckt wurden, insbesondere im Hinblick auf die Montage des Gesamtfahrzeugs.
- 2. Vorkehrungen für die Übereinstimmung der Produkte**
- 2.1. Jedes Fahrzeug, jeder Ausrüstungsgegenstand oder jedes Teil, das bzw. der gemäß einer dem Übereinkommen von 1958 angehängten UN-Regelung genehmigt wurde, muss so beschaffen sein, dass es bzw. er dem genehmigten Typ insofern entspricht, als die Vorschriften dieses Verzeichnisses oder der betreffenden UN-Regelung eingehalten werden.
- 2.2. Die Genehmigungsbehörde einer Vertragspartei, die eine Typgenehmigung gemäß einer dem Übereinkommen von 1958 angehängten UN-Regelung erteilt, muss prüfen, ob ausreichende Regelungen und durch Unterlagen belegte Überprüfungspläne vorhanden sind, die bei jeder Genehmigung mit dem Hersteller abzustim-

ciated checks necessary to verify continued conformity with the approved type, including, specifically, where applicable, tests specified in the said UN Regulation.

- 2.3. The holder of the UN type approval shall, in particular:
- 2.3.1. Ensure the existence and application of procedures for effective control of the conformity of products (wheeled vehicles, equipment or parts) to the approved type;
- 2.3.2. Have access to the testing or other appropriate equipment necessary for checking the conformity to each approved type;
- 2.3.3. Ensure that test or check results' data are recorded and that annexed documents remain available for a period to be determined in agreement with the approval authority. This period shall not exceed 10 years;
- 2.3.4. Analyse the results of each type of test or check, in order to verify and ensure the stability of the product characteristics, making allowance for variation of an industrial production;
- 2.3.5. Ensure that for each type of product, at least the checks prescribed in this Schedule and the tests prescribed in the applicable UN Regulations are carried out;
- 2.3.6. Ensure that any set of samples or test pieces giving evidence of non-conformity in the type of test in question gives rise to a further sampling and test. All the necessary steps shall be taken to restore conformity of the corresponding production.

3. Continued verification arrangements

- 3.1. The authority which has granted UN type approval may at any time verify the conformity control methods applied in each production facility.
- 3.1.1. The normal arrangements shall be to monitor the continued effectiveness of the procedures laid down in paragraphs 1 and 2 (initial assessment and product conformity arrangements) of this Schedule.
- 3.1.1.1. Surveillance activities carried out by the technical services (qualified or recognized as required in paragraphs 1.3.1 and 1.3.2) shall be accepted as satisfying the requirements of paragraph 3.1.1 concerning the procedures established at the initial assessment.
- 3.1.1.2. The normal frequency of these verifications by the approval authority (other than those referred to in paragraph 3.1.1.1) shall be such as to ensure that the relevant controls applied in accordance with paragraphs 1 and 2 of this Schedule are reviewed at intervals based on a risk assessment methodology consistent with the international standard ISO 31000:2009 – Risk Management – Principles and guidelines and, in all cases, with a minimum frequency of once every three years. This methodology should take particular account of any non-conformity raised by Contracting Parties under Article 4 of the 1958 Agreement.

men sind und anhand derer diese Prüfungen oder die damit verbundenen Nachprüfungen in bestimmten Abständen durchgeführt werden, die für die Überprüfung der kontinuierlichen Übereinstimmung mit dem genehmigten Typ erforderlich sind, sowie gegebenenfalls die in der betreffenden UN-Regelung vorgeschriebenen Prüfungen.

- 2.3. Der Inhaber der UN-Typgenehmigung muss vor allem
- 2.3.1. sicherstellen, dass Verfahren für die wirksame Kontrolle der Übereinstimmung der Produkte (Radfahrzeuge, Ausrüstungsgegenstände oder Teile) mit dem genehmigten Typ zur Verfügung stehen und angewendet werden;
- 2.3.2. Zugang zu den Prüfgeräten oder sonstigen geeigneten Mitteln haben, die für die Kontrolle der Übereinstimmung mit jedem Typ erforderlich sind;
- 2.3.3. sicherstellen, dass die Prüfungs- oder Kontrollergebnisse aufgezeichnet werden und beigefügte Unterlagen während eines im Einvernehmen mit der Genehmigungsbehörde festzulegenden Zeitraumes verfügbar bleiben; dieser Zeitraum darf nicht mehr als 10 Jahre betragen;
- 2.3.4. die bei jeder Art von Prüfung erzielten Ergebnisse analysieren, um die Beständigkeit der Eigenschaften des Produktes zu überprüfen und zu gewährleisten, wobei zulässige Abweichungen bei der industriellen Fertigung zu berücksichtigen sind;
- 2.3.5. sicherstellen, dass bei jedem Typ des Produktes zumindest die in diesem Verzeichnis vorgeschriebenen Prüfungen und die in den entsprechenden UN-Regelungen vorgeschriebenen Prüfungen durchgeführt werden;
- 2.3.6. sicherstellen, dass eine weitere Stichprobe und eine weitere Prüfung veranlasst werden, wenn sich bei einem Satz Muster oder Prüfstücke Nichtübereinstimmungen bei der betreffenden Art der Prüfung herausstellen. Es sind alle erforderlichen Maßnahmen zur Wiederherstellung der Übereinstimmung der entsprechenden Produktion zu treffen.

3. Bestimmungen für die fortlaufende Überprüfung

- 3.1. Die Behörde, welche die UN-Typgenehmigung erteilt hat, kann jederzeit die in den einzelnen Produktionsanlagen angewendeten Verfahren zur Kontrolle der Übereinstimmung überprüfen.
- 3.1.1. Normalerweise wird überprüft, ob die unter den Absätzen 1 und 2 (Erstbewertung und Übereinstimmung der Produkte) dieses Verzeichnisses eingeführten Verfahren unverändert wirksam sind.
- 3.1.1.1. Von einem Technischen Dienst (der gemäß Absatz 1.3.1 und Abschnitt 1.3.2 qualifiziert oder anerkannt ist) durchgeführte Überwachungstätigkeiten müssen als Erfüllung der Anforderungen gemäß Absatz 3.1.1 bezüglich der bei der Erstbewertung eingeführten Verfahren akzeptiert werden.
- 3.1.1.2. Die normale Häufigkeit dieser Überprüfungen durch die Genehmigungsbehörde (mit Ausnahme solcher, die in Absatz 3.1.1.1 genannt sind) muss gewährleisten, dass die entsprechenden Kontrollen, die gemäß der Absätze 1 und 2 dieses Verzeichnisses durchgeführt werden, in Abständen überprüft werden, die sich nach einer Risikobewertungsmethodik richten, welche mit der harmonisierten Norm EN ISO 31000:2009 – Risikomanagement: Grundsätze und Richtlinien – im Einklang steht, und dass die Überprüfungen in jedem Fall mindestens alle drei Jahre durchgeführt werden. Diese Methodik soll besondere Rücksicht auf Nichtübereinstimmungen nehmen, die von Vertragsparteien gemäß Artikel 4 des Übereinkommens von 1958 gemeldet werden.

- | | |
|--|--|
| 3.2. At every review, the records of tests and checks and production records shall be available to the inspector; in particular, records of those tests or checks documented as required in paragraph 2.2. | 3.2. Bei jeder Überprüfung sind dem Prüfer Aufzeichnungen der Prüfungen oder Kontrollen und Herstellungsunterlagen zur Verfügung zu stellen, insbesondere Aufzeichnungen jener Prüfungen oder Kontrollen, die gemäß Absatz 2.2 erforderlich sind. |
| 3.3. The inspector may select samples at random to be tested in the manufacturer's laboratory or in the facilities of the technical service. In such a case only physical tests shall be carried out. The minimum number of samples may be determined according to the results of the manufacturer's own verification. | 3.3. Der Prüfer kann nach dem Zufallsprinzip Muster zur Prüfung im Labor des Herstellers oder in den Einrichtungen des Technischen Dienstes auswählen. In diesem Fall werden nur praktische Prüfungen durchgeführt. Die Mindestzahl der Proben kann entsprechend den Ergebnissen der eigenen Kontrollen des Herstellers festgelegt werden. |
| 3.4. Where the level of control appears unsatisfactory, or when it seems necessary to verify the validity of the tests carried out in application of paragraph 3.3, the inspector shall select samples to be sent to the technical service to perform physical tests. | 3.4. Erscheint das Kontrollniveau unzureichend oder wird es für notwendig erachtet, die Gültigkeit der Prüfungen gemäß Absatz 3.3 zu überprüfen, so wählt der Prüfer Muster aus, die dem Technischen Dienst zugesandt werden, der die Prüfungen für die Genehmigung durchgeführt hat. |
| 3.5. Where unsatisfactory results are found during an inspection or a monitoring review, the approval authority shall ensure that all necessary steps are taken to restore conformity of production as rapidly as possible. | 3.5. Führt das Ergebnis einer Inspektion oder Überprüfung zu Beanstandungen, stellt die Genehmigungsbehörde sicher, dass alle notwendigen Maßnahmen getroffen werden, um die Übereinstimmung der Produktion so schnell wie möglich wiederherzustellen. |

Schedule 2

Part one:

Assessment, designation
and notification of technical services**1. Designation of technical services**

1.1. When an approval authority designates a technical service, the latter shall comply with the provisions of this Schedule.

1.2. The technical services shall carry out themselves, or supervise, the tests required for approval or inspections specified in UN Regulations, except where alternative procedures are specifically permitted. They may not conduct tests or inspections for which they have not been duly designated.

The performance of technical services and the quality of the tests and inspections they are carrying out shall ensure that the products for which UN type approval is requested are adequately verified for their compliance with the requirements of the applicable UN Regulations for which the technical services are designated.

1.3. The technical services shall be designated according to one or more of the four following categories of activities, depending on their field of competence:

- (a) Category A: Technical services which carry out the tests referred to in UN Regulations in their own facilities;
- (b) Category B: Technical services which supervise the tests referred to in the UN Regulations, performed in the manufacturer's facilities or in the facilities of a third party;
- (c) Category C: Technical services which assess and monitor on a regular basis the manufacturer's procedures for controlling conformity of production;
- (d) Category D: Technical services which supervise or perform tests or inspections in the framework of the surveillance of conformity of production.

1.4. Technical services shall demonstrate appropriate skills, specific technical knowledge and proven experience in the specific fields covered by the UN Regulations for which they are designated.

In addition, technical services shall comply with, but not necessarily be approved/credited in accordance with, the standards listed in Part two of this Schedule which are relevant for the categories of activities for which they are designated.

The technical services shall ensure that they are free from any control and influence of interested parties which may adversely affect the impartiality and quality of the tests and inspections.

The technical services shall have access to the test facilities and measurement devices necessary to supervise or perform tests or inspections referred to in the UN Regulations for which the technical services are designated.

1.5. An approval authority may act as a technical service for one or more of the activities referred to in paragraph 1.3. Where an approval authority acting as a technical service has been appointed by national law

Verzeichnis 2

Teil eins:

Bewertung, Benennung
und Notifikation der Technischen Dienste**1. Benennung der Technischen Dienste**

1.1. Wenn eine Genehmigungsbehörde einen Technischen Dienst benennt, muss dieser die Bestimmungen dieses Verzeichnisses einhalten.

1.2. Der Technische Dienst führt die zur Genehmigung erforderlichen Prüfungen oder die in den UN-Regelungen vorgeschriebenen Inspektion selbst durch oder überwacht diese, es sei denn, alternative Verfahren sind ausdrücklich zugelassen. Prüfungen oder Inspektionen, für die keine ordnungsgemäße Benennung erfolgt ist, dürfen nicht durchgeführt werden.

Die Leistung der Technischen Dienste und die Qualität der von ihnen durchgeführten Prüfungen und Inspektionen müssen sicherstellen, dass die Produkte, für die eine UN-Typgenehmigung beantragt wird, dahingehend überprüft werden, ob sie den Anforderungen der anwendbaren UN-Regelungen entsprechen, für welche die Technischen Dienste benannt sind.

1.3. Die Benennung der Technischen Dienste erfolgt in Abhängigkeit von ihrem Kompetenzbereich entsprechend einer oder mehrerer der folgenden vier Kategorien:

- (a) Kategorie A: Technische Dienste, welche die in den UN-Regelungen genannten Prüfungen in eigenen Einrichtungen durchführen.
- (b) Kategorie B: Technische Dienste, welche die Durchführung der in den UN-Regelungen genannten Prüfungen in Einrichtungen des Herstellers oder einer dritten Partei überwachen.
- (c) Kategorie C: Technische Dienste, welche auf regelmäßiger Basis die Verfahren des Herstellers zur Kontrolle der Übereinstimmung der Produktion bewerten und überwachen.
- (d) Kategorie D: Technische Dienste, die Prüfungen oder Inspektionen im Rahmen der Kontrolle der Übereinstimmung der Produktion überwachen oder durchführen.

1.4. Technische Dienste müssen angemessene Fähigkeiten, spezifische fachliche Kenntnisse sowie einschlägige Erfahrung in den Bereichen nachweisen, welche von den UN-Regelungen abgedeckt werden und für die sie benannt wurden.

Darüber hinaus müssen die Technischen Dienste die in Teil zwei dieses Verzeichnisses aufgeführten Normen einhalten, welche für die Kategorien von Tätigkeiten maßgeblich sind, für die sie benannt wurden, ohne jedoch notwendigerweise gemäß diesen zugelassen/akkreditiert zu sein.

Die Technischen Dienste müssen darüber hinaus sicherstellen, dass sie frei von jeglicher Kontrolle oder Einflussnahme von Seiten der betroffenen Parteien sind, die sich nachteilig auf die Unparteilichkeit und Qualität der durchgeführten Prüfungen und Inspektionen auswirken könnte.

Die Technischen Dienste müssen Zugang zu den Prüfeinrichtungen und Messgeräten haben, die benötigt werden, um die Prüfungen oder Inspektionen durchzuführen oder zu überwachen, die in den UN-Regelungen genannt werden und für die sie benannt sind.

1.5. Eine Genehmigungsbehörde kann für eine oder mehrere der in Absatz 1.3 aufgeführten Tätigkeiten die Funktion eines Technischen Dienstes übernehmen. Wenn eine Genehmigungsbehörde, welche die Funkti-

of a Contracting Party and is financed by the latter, the provisions of this Schedule or equivalent rules to the provisions in paragraphs 1, 2 and 3.4 of this Schedule shall be complied with. The same applies for technical services that have been appointed by national law of a Contracting Party and are subject to financial and managerial control by the Government of that Contracting Party. The equivalent rules shall guarantee the same level of performance and independence.

- 1.6. Regardless of paragraph 3.3, a manufacturer or its representative acting on its behalf may be designated as a technical service for category A activities for only those UN Regulations which make provision for such a designation. In this case, and regardless of paragraph 1.4, such technical service shall be accredited in accordance with the standards referred to in paragraph 1 of Part two of this Schedule.

- 1.7. The entities referred to in paragraphs 1.5 and 1.6 shall comply with the provisions of paragraph 1.

2. Assessment of the skills of the technical services

- 2.1. The skills referred to in paragraph 1 shall be demonstrated in an assessment report established by a competent authority.³ This may include a certificate of accreditation issued by an accreditation body.

- 2.2. The assessment referred to in paragraph 2.1 shall be conducted in accordance with the provisions of Part three of this Schedule.

The assessment report shall be reviewed after a maximum period of three years.

- 2.3. The assessment report shall be communicated to the UNECE secretariat and to the Contracting Parties upon request.

- 2.4. The approval authority which acts as a technical service shall demonstrate compliance with documentary evidence.

This includes an assessment which shall be conducted by auditors independent of the activity being assessed. Such auditors may be from within the same organization provided that they are independent of the personnel undertaking the assessed activity.

- 2.5. A manufacturer or its representative acting on their behalf, designated as the technical service, shall comply with the relevant provisions of paragraph 2.

3. Procedures for notification

- 3.1. Contracting Parties shall notify the UNECE secretariat of the name, the address including electronic address and the category of activities of each designated technical service. They shall also notify the UNECE secretariat any subsequent modifications thereof.

The notification act shall state for which UN Regulations the technical services have been designated.

- 3.2. A technical service may conduct the activities described in paragraph 1 for the purposes of UN type approval only if it has been notified to the UNECE secretariat.

³ "Competent authority" means either the approval or designated authority, or an appropriate accreditation body acting on their behalf respectively.

on eines Technischen Dienstes übernimmt, gemäß dem nationalen Recht einer Vertragspartei ernannt wurde und von dieser finanziert wird, müssen die Bestimmungen dieses Verzeichnisses oder den Bestimmungen der Absätze 1, 2 und 3.4 dieses Verzeichnisses gleichwertige Vorschriften erfüllt werden. Dies gilt auch für Technische Dienste, die gemäß dem nationalen Recht einer Vertragspartei ernannt wurden und der Finanz- und Verwaltungskontrolle der Regierung dieser Vertragspartei unterliegen. Die gleichwertigen Vorschriften müssen das gleiche Niveau an Leistung und Unabhängigkeit gewährleisten.

- 1.6. Unabhängig von Absatz 3.3 kann ein Hersteller oder der in seinem Auftrag handelnde Vertreter nur für die UN-Regelungen als Technischer Dienst für Tätigkeiten der Kategorie A benannt werden, die eine solche Benennung vorsehen. In diesem Fall wird der Technische Dienst unabhängig von Absatz 1.4 gemäß den in Teil zwei Absatz 1 dieses Verzeichnisses genannten Normen akkreditiert.

- 1.7. Die in Absatz 1.5 und 1.6 genannten Einrichtungen müssen die Bestimmungen von Absatz 1 einhalten.

2. Bewertung der Fähigkeiten der Technischen Dienste

- 2.1. Die in Absatz 1 genannten Fähigkeiten sind mittels eines Bewertungsberichts nachzuweisen, der von der zuständigen Behörde erstellt wird.³ Dazu kann auch eine durch eine Akkreditierungsstelle ausgestellte Akkreditierungsurkunde vorzulegen sein.

- 2.2. Die Bewertung gemäß Absatz 2.1 ist gemäß den Bestimmungen von Teil drei dieses Verzeichnisses vorzunehmen.

Der Bewertungsbericht muss nach maximal drei Jahren überprüft werden.

- 2.3. Der Bewertungsbericht ist dem UNECE-Sekretariat und den Vertragsparteien auf Verlangen zu übermitteln.

- 2.4. Die Genehmigungsbehörde, die als Technischer Dienst tätig wird, führt den schriftlichen Nachweis über die Einhaltung.

Dies umfasst eine Bewertung durch Bewerter, die in keinerlei Verbindung mit den zu bewertenden Tätigkeiten stehen. Die Bewerter können derselben Organisation angehören, vorausgesetzt, dass sie von den Personen unabhängig sind, die mit der bewerteten Tätigkeit betraut sind.

- 2.5. Ein Hersteller oder der in seinem Auftrag handelnde Vertreter, der als Technischer Dienst benannt wurde, muss die einschlägigen Bestimmungen des Absatzes 2 einhalten.

3. Verfahren für die Notifikation

- 3.1. Die Vertragsparteien notifizieren dem UNECE-Sekretariat den Namen, die Adresse (einschließlich E-Mail-Adresse) und die Kategorie der Tätigkeiten der jeweils benannten Technischen Dienste. Darüber hinaus notifizieren sie dem UNECE-Sekretariat alle späteren diesbezüglichen Änderungen.

Die Notifikation muss Angaben darüber enthalten, für welche UN-Regelungen die Technischen Dienste benannt wurden.

- 3.2. Ein Technischer Dienst darf die in Absatz 1 aufgeführten Tätigkeiten, die die Erteilung einer UN-Typgenehmigung zum Ziel haben, nur durchführen, wenn er dem UNECE-Sekretariat notifiziert wurde.

³ „Zuständige Behörde“ bezeichnet die Genehmigungsbehörde oder die benannte Behörde oder eine Akkreditierungsstelle, die in deren Auftrag tätig ist.

3.3. The same technical service may be designated and notified by several Contracting Parties, irrespective of the category of activities which they conduct.

3.4. The UNECE secretariat shall publish the list and contact details of the approval authorities and technical services on its website.

Part two:

Standards which the technical services, referred to in Part one of this Schedule, shall comply with

1. Activities in testing for UN type approval, to be carried out in accordance with UN Regulations

1.1. Category A (tests performed in own facilities):
ISO/IEC 17025:2005 on the general requirements for the competence of testing and calibration laboratories.

A technical service designated for category A activities may carry out or supervise the tests according to UN Regulations for which it has been designated, in the facilities of the manufacturer or of its representative.

1.2. Category B (supervising tests performed in the manufacturer's facilities or in the facilities of its representative):

ISO/IEC 17020:2012 on the general criteria for the operation of various types of bodies performing inspection.

Before performing or supervising any test in the facilities of a manufacturer or of its representative, the technical service shall verify that the test facilities and measurement devices comply with the appropriate requirements of paragraph 1.1.

2. Activities related to Conformity of Production

2.1. Category C (procedure for the initial assessment and surveillance audits of the manufacturer's quality management system):

ISO/IEC 17021:2015 on the requirements for bodies providing audit and certification of management systems.

2.2. Category D (inspection or testing of production samples or supervision thereof):

ISO/IEC 17020:2012 on the general criteria for the operation of various types of bodies performing inspection.

Part three:

Procedure for the assessment of technical services

1. Purpose

1.1. This part of Schedule 2 establishes the conditions by which the assessment procedure of the technical services shall be conducted by the competent authority referred to in paragraph 2 of Part one of this Schedule.

1.2. These requirements shall apply, mutatis mutandis, to all technical services irrespective of their legal status (independent organization, manufacturer or approval authority acting as technical service).

2. Principles of assessing

Assessment shall be characterized by reliance on a number of principles:

- (a) Independence which is the basis for the impartiality and objectivity of the conclusions;

3.3. Unabhängig von der Kategorie der durchgeführten Tätigkeiten kann ein und derselbe Technische Dienst von mehreren Vertragsparteien benannt und notifiziert werden.

3.4. Das UNECE-Sekretariat veröffentlicht die Liste und die Kontaktdaten der Genehmigungsbehörden sowie der Technischen Dienste auf seiner Website.

Teil zwei:

Normen, die von den in Teil eins dieses Verzeichnisses genannten Technischen Diensten einzuhalten sind

1. Tätigkeiten im Zusammenhang mit UN-Typgenehmigungsprüfungen, die gemäß der UN-Regelungen durchzuführen sind

1.1. Kategorie A (Prüfungen in eigenen Einrichtungen):
ISO/IEC 17025:2005 über allgemeine Anforderungen an die Kompetenz von Prüf- und Kalibrierlaboratorien.

Ein für die Kategorie A benannter Technischer Dienst darf die in den UN-Regelungen vorgesehenen Prüfungen, für die er benannt wurde, in den Einrichtungen des Herstellers oder dessen Vertreters durchführen oder beaufsichtigen.

1.2. Kategorie B (Überwachung von Prüfungen in den Einrichtungen des Herstellers oder seines Vertreters):

ISO/IEC 17020:2012 über allgemeine Kriterien für den Betrieb verschiedener Typen von Stellen, die Inspektionen durchführen.

Vor der Durchführung oder Überwachung von Prüfungen in den Einrichtungen eines Herstellers oder dessen Vertreters muss der Technische Dienst überprüfen, ob die Prüfeinrichtungen und Messgeräte den einschlägigen Anforderungen in Absatz 1.1 entsprechen.

2. Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Übereinstimmung der Produktion

2.1. Kategorie C (Verfahren für die Erstbewertung und das Überwachungsaudit des Qualitätsmanagementsystems des Herstellers):

ISO/IEC 17021:2015 über Anforderungen an Stellen, die Managementsysteme auditieren und zertifizieren.

2.2. Kategorie D (Inspektion oder Prüfung von Produktionsmustern oder Beaufsichtigung dieser Tätigkeiten):

ISO/IEC 17020:2012 über allgemeine Kriterien für den Betrieb verschiedener Typen von Stellen, die Inspektionen durchführen.

Teil drei:

Verfahren zur Bewertung Technischer Dienste

1. Zweck

1.1. In diesem Teil von Verzeichnis 2 werden die Bedingungen festgelegt, anhand derer das Bewertungsverfahren für die Technischen Dienste von der gemäß Teil eins Absatz 2 dieses Verzeichnisses zuständigen Behörde durchzuführen ist.

1.2. Diese Anforderungen gelten unbeschadet ihres jeweiligen Rechtsstatus (selbstständige Organisation, Hersteller oder als Technischer Dienst fungierende Genehmigungsbehörde) für alle Technischen Dienste.

2. Bewertungsgrundsätze

Die Bewertung basiert auf den nachstehenden Prinzipien:

- (a) Unabhängigkeit als Grundlage für die Unparteilichkeit und Objektivität von Schlussfolgerungen sowie

- (b) An evidence-based approach which guarantees reliable and reproducible conclusions.

Auditors shall show trust and integrity, and shall respect confidentiality and discretion. They shall report truthfully and accurately findings and conclusions.

3. Auditor skills

- 3.1. The assessments may only be conducted by auditors with the technical and administrative knowledge necessary for such purposes.
- 3.2. The auditors shall have been trained specifically for assessment activities. In addition, they shall have the specific knowledge of the technical area in which the technical service will exercise its activities.
- 3.3. Without prejudice to the provisions of paragraphs 3.1 and 3.2 above, the assessment referred to in paragraph 2.5 of Part one of this Schedule shall be conducted by auditors independent of the activities for which the assessment is conducted.

4. Application for designation

- 4.1. A duly authorized representative of the applicant technical service shall make a formal application to the competent authority. The application shall include as a minimum the following:
- (a) General features of the technical service, including corporate entity, name, addresses, legal status and human and technical resources;
 - (b) A detailed description including curriculum vitae of the personnel in charge of testing and/or inspections and of the managerial staff as evidenced by the skills both educational and professional;
 - (c) In addition to the above, technical services which use virtual testing methods shall provide evidence of their ability to work in a Computer-Aided-x environment;
 - (d) General information concerning the technical service, such as its activities, its relationship in a larger corporate entity, if any, and addresses of all its physical location(s) to be covered by the scope of designation;
 - (e) An agreement to fulfil the requirements for designation and the other obligations of the technical service as applicable in the relevant UN Regulations for which it is designated;
 - (f) A description of the conformity assessment services that the technical service undertakes in the framework of the applicable UN Regulations and a list of the UN Regulations for which the technical service applies for designation, including its limits of capability where applicable;
 - (g) A copy of the quality assurance manual or comparable operational rules of the technical service.

- 4.2. The competent authority shall review for adequacy the information supplied by the technical service.

- 4.3. The technical service shall notify the approval authority of any modifications to the information provided in accordance with paragraph 4.1.

5. Resource review

The competent authority shall review its ability to carry out the assessment of the technical service, in terms

- (b) evidenzbasiertes Vorgehen als Garant für zuverlässige und reproduzierbare Schlussfolgerungen.

Die Bewerter müssen Vertrauen und Integrität unter Beweis stellen sowie Vertraulichkeit und Diskretion wahren. Sie müssen Ergebnisse und Schlussfolgerungen wahrheitsgemäß und genau schriftlich festhalten.

3. Fähigkeiten der Bewerter

- 3.1. Die Bewertungen dürfen nur von Bewertern durchgeführt werden, die über die erforderlichen fachlichen und administrativen Kenntnisse verfügen.
- 3.2. Die Bewerter müssen für die Bewertungstätigkeiten speziell geschult worden sein. Darüber hinaus müssen sie über das spezifische Wissen des Fachbereichs verfügen, in dem der Technische Dienst seiner Tätigkeit nachgeht.
- 3.3. Unbeschadet der Absätze 3.1 und 3.2 muss die Bewertung gemäß Teil eins Absatz 2.5 dieses Verzeichnisses von Bewertern durchgeführt werden, die in keinerlei Verbindung mit den zu bewertenden Tätigkeiten stehen.

4. Antrag auf Benennung

- 4.1. Ein ordnungsgemäß bestellter Bevollmächtigter des betreffenden Technischen Dienstes muss bei der zuständigen Behörde einen förmlichen Antrag stellen, der mindestens folgende Angaben enthält:
- (a) allgemeine Angaben zum Technischen Dienst, einschließlich Firmenbezeichnung, Name, Anschriften, Rechtsstatus und personelle sowie technische Ausstattung;
 - (b) eine ausführliche Beschreibung der Qualifikationen der mit den Prüfungen befassten Mitarbeiter und des Managementpersonals einschließlich deren Lebensläufe sowie Studiennachweise und Bescheinigungen über berufliche Befähigungen;
 - (c) zusätzliche Nachweise der Fähigkeit des entsprechenden Technischen Dienstes, in einer computer-gestützten Umgebung zu arbeiten (bei Einsatz von virtuellen Prüfungsmethoden);
 - (d) allgemeine Angaben zum Technischen Dienst, z. B. Tätigkeitsbereich, gegebenenfalls Eingliederung in eine größere Firmenstruktur und Anschriften aller Niederlassungen, auf die sich die Benennung erstrecken soll;
 - (e) eine Erklärung über die Einhaltung der Benennungsanforderungen und der anderen gemäß den jeweiligen UN-Regelungen geltenden Pflichten des Technischen Dienstes, für die er benannt wurde;
 - (f) eine Beschreibung der Leistungen für die Konformitätsbewertungen, die der Technische Dienst im Rahmen der jeweiligen UN-Regelungen erbringt, und ein Verzeichnis der UN-Regelungen, für die der Technische Dienst eine Benennung beantragt, einschließlich etwaiger Einschränkungen des Prüfungsfangs;
 - (g) eine Kopie des Qualitätshandbuchs oder vergleichbarer Betriebsvorschriften des Technischen Dienstes.

- 4.2. Die zuständige Behörde prüft die vom Technischen Dienst vorgelegten Informationen auf Angemessenheit.

- 4.3. Der Technische Dienst notifiziert der Genehmigungsbehörde alle Änderungen an den in Übereinstimmung mit Absatz 4.1 übermittelten Angaben.

5. Ressourcenüberprüfung

Die zuständige Behörde überprüft ihre eigene Fähigkeit zur Bewertung des Technischen Dienstes anhand ihrer

of its own policy, its competence and the availability of suitable auditors and experts.

6. Subcontracting the assessment

6.1. The competent authority may subcontract parts of the assessment to another designated authority or ask for support from technical experts provided by other competent authorities. The subcontractors and experts shall be accepted by the applicant technical service.

6.2. The competent authority shall take into account accreditation certificates with adequate scope, in order to complete its global assessment of the technical service.

7. Preparation for assessment

7.1. The competent authority shall formally appoint an assessment team. The former shall ensure that the expertise brought to each assignment is appropriate. In particular, the team as a whole:

- (a) Shall have appropriate knowledge of the specific scope for which designation is sought; and
- (b) Shall have sufficient understanding to reliably assess the competence of the technical service which operates within its scope of designation.

7.2. The competent authority shall clearly define the assignment given to the assessment team. The task of the assessment team is to review the documents collected from the applicant technical service and to conduct the on-site assessment.

7.3. The competent authority shall agree, together with the technical service and the assigned assessment team, on the date and timetable for the assessment. However, it remains the responsibility of the competent authority to pursue a date that is in accordance with the surveillance and reassessment plan.

7.4. The competent authority shall ensure that the assessment team is provided with the appropriate criteria documents, previous assessment records, and the relevant documents and records of the technical service.

8. On-site assessment

The assessment team shall conduct the assessment of the technical service on the premises of the technical service from which one or more key activities are performed and, where relevant, shall perform eyewitness assessment at other selected locations where the technical service operates.

9. Analysis of findings and assessment report

9.1. The assessment team shall analyse all relevant information and evidence from the document and record review and the on-site assessment. This analysis shall be sufficient to allow the team to determine the extent of competence and conformity of the technical service with the requirements for designation.

9.2. The competent authority's reporting procedures shall ensure that the following requirements are fulfilled.

9.2.1. A meeting shall take place between the assessment team and the technical service prior to leaving the site. At this meeting, the assessment team shall provide a written and/or oral report of its findings obtained from the analysis. The technical service shall have the op-

eigenen Leitlinien, ihrer Sachkunde und der Verfügbarkeit geeigneter Bewerter und Experten.

6. Fremdvergabe der Bewertung

6.1. Die zuständige Behörde kann Teile der Bewertung bei anderen benennenden Behörden in Auftrag geben oder um Unterstützung durch technische Experten anderer zuständiger Behörden ersuchen. Die Auftragnehmer und Experten müssen vom antragstellenden Technischen Dienst akzeptiert werden.

6.2. Die zuständige Behörde hat Akkreditierungsbescheinigungen in angemessenem Umfang zu berücksichtigen, um auf diese Weise ihre Gesamtbewertung des Technischen Dienstes zu ergänzen.

7. Vorbereitung der Bewertung

7.1. Die zuständige Behörde bestellt förmlich ein Bewerterteam. Dabei achtet sie bei jeder Bestellung auf angemessene Fachkompetenz. Insbesondere muss das Team als Ganzes

- (a) über angemessene Kenntnisse des speziellen Aufgabenbereichs verfügen, für den die Benennung angestrebt wird, und
- (b) ausreichende Sachkunde aufweisen, um eine zuverlässige Bewertung der Kompetenz des Technischen Dienstes für die Aufgabenerfüllung im Rahmen seiner Benennung abgeben zu können.

7.2. Die zuständige Behörde legt den Arbeitsauftrag für das Bewerterteam eindeutig fest. Die Aufgabe des Bewerterteams besteht darin, die vom antragstellenden Technischen Dienst erhaltenen Unterlagen zu überprüfen und eine Bewertung an Ort und Stelle durchzuführen.

7.3. Die zuständige Behörde legt zusammen mit dem Technischen Dienst und dem bestellten Bewerterteam einen Bewertungstermin und einen Bewertungszeitplan fest. Es verbleibt jedoch in der Verantwortung der zuständigen Behörde, auf einen Termin abzustellen, der mit dem Überwachungs- und Wiederbewertungsplan im Einklang steht.

7.4. Die zuständige Behörde sorgt dafür, dass dem Bewerterteam die jeweiligen Kriteriendokumente und Aufzeichnungen früherer Bewertungen sowie einschlägige Unterlagen und Aufzeichnungen des Technischen Dienstes zur Verfügung gestellt werden.

8. Bewertung an Ort und Stelle

Das Bewerterteam führt die Bewertung des Technischen Dienstes in den Räumlichkeiten des Technischen Dienstes durch, von denen aus eine oder mehrere Kerntätigkeiten erfolgen, und nimmt gegebenenfalls Begutachtungen per Augenschein an anderen ausgewählten Orten vor, an denen der Technische Dienst tätig ist.

9. Analyse der Ergebnisse und Bewertungsbericht

9.1. Das Bewerterteam analysiert alle relevanten Informationen und Nachweise, die während der Durchsicht der Dokumente und Aufzeichnungen und während der Bewertung an Ort und Stelle zusammengetragen wurden. Diese Analyse muss so ausreichend sein, dass das Team den Grad der Kompetenz des Technischen Dienstes ermitteln und feststellen kann, inwieweit die Benennungsanforderungen erfüllt werden.

9.2. Die Berichterstattungsverfahren der zuständigen Behörde müssen die Einhaltung der nachstehenden Anforderungen gewährleisten.

9.2.1. Noch an Ort und Stelle muss eine gemeinsame Besprechung zwischen dem Bewerterteam und dem Technischen Dienst stattfinden. In dieser Besprechung muss das Bewerterteam einen schriftlichen und/oder mündlichen Bericht über die Ergebnisse der Analyse

- portunity to ask questions about the findings, including non-conformities, if any, and their basis.
- 9.2.2. A written report on the outcome of the assessment shall be promptly brought to the attention of the technical service. This assessment report shall contain comments on competence and conformity, and shall identify non-conformities, if any, that need to be resolved in order to conform to all of the requirements for designation.
- 9.2.3. The technical service shall be invited to respond to the assessment report and to describe the specific actions taken or planned to be taken, within a defined time, to resolve any identified non-conformities.
- 9.3. The competent authority shall ensure that the responses of the technical service are sufficient and effective to resolve non-conformities. If the technical service responses are found to be insufficient, further information shall be requested. Additionally, evidence of effective implementation of actions taken may be requested, or a follow-up assessment may be carried out to verify effective implementation of corrective actions.
- 9.4. The assessment report shall include, as a minimum:
- (a) The unique identification of the technical service;
 - (b) The date(s) of the on-site assessment;
 - (c) The name(s) of the auditor(s) and/or experts involved in the assessment;
 - (d) The unique identification of all premises assessed;
 - (e) The proposed scope of designation that was assessed;
 - (f) A statement on the adequacy of the internal organization and procedures adopted by the technical service supporting its competence, as determined through its fulfilment of the requirements for designation;
 - (g) The information on resolving all non-conformities;
 - (h) A recommendation on whether the applicant should be designated or confirmed as technical service and, if so, the scope of designation.
- 10. Granting/confirming a designation**
- 10.1. The approval authority shall, without undue delay, make the decision on whether to grant, confirm or extend designation on the basis of the report(s) and any other relevant information.
- 10.2. The approval authority shall provide a certificate to the technical service. This certificate shall identify the following:
- (a) The identity and logo of the approval authority;
 - (b) The unique identity of the designated technical service;
 - (c) The effective date of granting of designation and the expiry date;
- vorlegen. Dem Technischen Dienst muss Gelegenheit gegeben werden, zu den Ergebnissen, einschließlich etwaiger Nichtübereinstimmungen und deren Grundlagen bzw. Ursachen, Fragen zu stellen.
- 9.2.2. Dem Technischen Dienst ist umgehend ein schriftlicher Bericht über die Ergebnisse der Bewertung vorzulegen. Dieser Bewertungsbericht muss Angaben zur Kompetenz und zur Einhaltung der Anforderungen sowie Hinweise auf etwaige Nichtübereinstimmungen enthalten, die behoben werden müssen, damit alle Benennungsanforderungen erfüllt werden.
- 9.2.3. Der Technische Dienst muss aufgefordert werden, zu dem Bewertungsbericht Stellung zu nehmen und die speziellen Maßnahmen zu beschreiben, die ergriffen wurden oder innerhalb einer festgelegten Frist vorgesehen sind, um alle festgestellten Nichtübereinstimmungen zu beheben.
- 9.3. Die zuständige Behörde sorgt dafür, dass die vom Technischen Dienst genannten Abhilfemaßnahmen daraufhin überprüft werden, ob sie ausreichend und wirksam sind. Werden die Abhilfemaßnahmen als unzureichend betrachtet, müssen weitere Informationen angefordert werden. Zusätzlich können Nachweise über die tatsächliche Durchführung von Maßnahmen verlangt werden, oder es kann eine Folgebewertung durchgeführt werden, um die tatsächliche Durchführung von Abhilfemaßnahmen zu überprüfen.
- 9.4. Der Bewertungsbericht muss mindestens folgende Angaben enthalten:
- (a) eindeutige Bezeichnung des Technischen Dienstes;
 - (b) Zeitpunkt(e) der Bewertung an Ort und Stelle;
 - (c) Namen der mit der Bewertung beauftragten Bewerber und/oder Experten;
 - (d) eindeutige Bezeichnung aller in die Bewertung einbezogenen Betriebsstätten;
 - (e) beantragter Umfang der Benennung, für den die Bewertung vorgenommen wurde;
 - (f) Erklärung darüber, dass die interne Organisation und die internen Verfahren, die der Technische Dienst festgelegt hat, um das Vertrauen in seine Kompetenz zu begründen, angemessen sind, nachdem festgestellt wurde, dass der Technische Dienst die Benennungsanforderungen erfüllt;
 - (g) Angaben über die Behebung aller festgestellten Nichtübereinstimmungen;
 - (h) Empfehlung, ob der Antragsteller als Technischer Dienst benannt bzw. seine Benennung bestätigt werden sollte, und gegebenenfalls Umfang der Benennung.
- 10. Erteilung bzw. Bestätigung einer Benennung**
- 10.1. Die Genehmigungsbehörde hat ohne unangemessene Verzögerung darüber zu entscheiden, ob die Benennung aufgrund des Berichts bzw. der Berichte und aller sonstigen sachdienlichen Informationen vorgenommen, bestätigt oder ausgeweitet wird.
- 10.2. Die Genehmigungsbehörde muss dem Technischen Dienst eine Bescheinigung ausstellen. Die Bescheinigung muss Folgendes enthalten:
- (a) Name und Logo der Genehmigungsbehörde;
 - (b) eindeutige Bezeichnung des benannten Technischen Dienstes;
 - (c) Tag des Wirksamwerdens der Benennung und deren Gültigkeitsdauer;

- (d) A brief indication of, or a reference to, the scope of designation (applicable UN Regulations or parts thereof);
- (e) A statement of conformity and a reference to this Schedule.

11. Reassessment and surveillance

- 11.1. Reassessment is similar to an initial assessment except that experience gained during previous assessments shall be taken into account. Surveillance on-site assessments are less extensive than reassessments.

- 11.2. The competent authority shall design its plan for reassessment and surveillance of each designated technical service, so that representative samples of the scope of designation are assessed on a regular basis.

The interval between on-site assessments, whether reassessment or surveillance, depends on the proven stability of the technical service.

- 11.3. When, during surveillance or reassessments, non-conformities are identified, the competent authority shall define strict time limits for the implementation of corrective actions.
- 11.4. When the corrective or improvement actions have not been taken within the agreed timeframe, or are not deemed to be sufficient, the competent authority shall adopt appropriate measures such as, conducting further assessment, suspending/withdrawing the designation for one or more of the activities for which the technical service has been designated.
- 11.5. When the competent authority decides to suspend or withdraw the designation of a technical service, it shall inform the latter by registered mail, and shall inform the UNECE secretariat thereof accordingly. In any case, the competent authority shall adopt all the necessary measures to ensure the continuity of the activities already undertaken by the technical service.

12. Records on designated technical services

- 12.1. The competent authority shall maintain records on technical services to demonstrate that requirements for designation, including competence, have been effectively fulfilled.
- 12.2. The competent authority shall keep the records on technical services secure to ensure confidentiality.
- 12.3. Records on technical services shall include at least:
- (a) Relevant correspondence;
 - (b) Assessment records and reports;
 - (c) Copies of designation certificates.

- (d) Kurzbeschreibung des Benennungsumfangs oder Angabe der Fundstellen (anwendbare UN-Regelungen oder Teile davon);

- (e) Konformitätserklärung und Verweis auf das vorliegende Verzeichnis.

11. Wiederbewertung und Überwachung

- 11.1. Die Wiederbewertung gleicht einer Erstbewertung mit der Ausnahme, dass die Erkenntnisse aus vorangegangenen Bewertungen berücksichtigt werden müssen. Vor-Ort-Bewertungen zu Überwachungszwecken sind weniger umfangreich als Wiederbewertungen.

- 11.2. Die zuständige Behörde muss ihren Plan für die Wiederbewertung und Überwachung eines jeden benannten Technischen Dienstes so gestalten, dass repräsentative Teile des Benennungsumfangs in regelmäßigen Abständen einer Bewertung unterzogen werden.

In welchen zeitlichen Abständen Vor-Ort-Bewertungen – sowohl Wiederbewertungen als auch Überwachungen – durchgeführt werden, hängt von der nachgewiesenen Stabilität ab, die der Technische Dienst erreicht hat.

- 11.3. Werden bei einer Überwachung oder Wiederbewertung Nichtübereinstimmungen festgestellt, so muss die zuständige Behörde strenge Fristen für die zu ergreifenden Abhilfemaßnahmen festlegen.

- 11.4. Wenn die Abhilfe- oder Verbesserungsmaßnahmen nicht innerhalb der vereinbarten Frist erfolgt sind oder als unzureichend betrachtet werden, hat die zuständige Behörde geeignete Maßnahmen zu ergreifen, indem sie beispielsweise eine weitere Bewertung vornimmt oder die Benennung für eine Tätigkeit oder mehrere Tätigkeiten aussetzt oder zurücknimmt, für die der betreffende Technische Dienst benannt wurde.

- 11.5. Wenn die zuständige Behörde beschließt, die Benennung eines Technischen Dienstes auszusetzen oder zurückzunehmen, hat sie den betreffenden Dienst per Einschreiben davon zu unterrichten und dies dem Sekretariat der Wirtschaftskommission für Europa der Vereinten Nationen mitzuteilen. In jedem Fall muss die zuständige Behörde alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um die Kontinuität der Tätigkeiten zu gewährleisten, die von dem Technischen Dienst bereits durchgeführt werden.

12. Aufzeichnungen über benannte Technische Dienste

- 12.1. Die zuständige Behörde hat Aufzeichnungen über Technische Dienste zu führen, die belegen, dass die Benennungsanforderungen, einschließlich der geforderten Kompetenz, tatsächlich erfüllt werden.

- 12.2. Die zuständige Behörde hat die Aufzeichnungen über Technische Dienste sicher aufzubewahren, damit die erforderliche Vertraulichkeit gewährleistet ist.

- 12.3. Aufzeichnungen über Technische Dienste müssen mindestens Folgendes umfassen:

- (a) die einschlägige Korrespondenz,
- (b) Bewertungsunterlagen und -berichte,
- (c) Kopien der Benennungsbescheinigungen.

Schedule 3
Procedures
for UN type approvals

- 1. Application for and conduct of UN type approval**
- 1.1. An application for UN type approval shall be submitted to the approval authority of a Contracting Party by the manufacturer or their authorized representative (hereinafter referred to as the "applicant").
- 1.2. Only one application may be submitted for a particular type of vehicle, equipment or part and it may be submitted in only one Contracting Party applying the UN Regulations pursuant to which UN type approval is sought. A separate application shall be submitted for each type to be approved.
- 1.3. The application shall be accompanied by the information as specified in the UN Regulations pursuant to which approval is sought. This information shall contain a detailed description of the particulars of the type to be approved, including drawings, diagrams and pictures as necessary.
- 1.4. The approval authority may, by reasoned request, call upon the applicant to supply any additional information necessary to enable decision on the approval tests required or facilitating the execution of those tests.
- 1.5. The applicant shall make available to the approval authority as many wheeled vehicles, equipment or parts as are required for the performance of the tests required by the UN Regulations pursuant to which approval is sought.
- 1.6. Compliance with the requirements laid down in the UN Regulations shall be demonstrated by means of appropriate tests performed on wheeled vehicles, equipment and parts which are representative of the type to be approved.

The approval authority shall apply the principle of "worst-casing", by selecting the variant or version from the specified type that for the purpose of testing will represent the type to be approved under the worst conditions. The decisions taken along with their justification shall be recorded in the approval documentation.

However, the applicant may select, in agreement with the approval authority, a vehicle, equipment or parts which, while not representative of the type to be approved, combines a number of most unfavourable features with regard to the level of performance required by the UN Regulations (worst-casing). Virtual testing methods may be used to aid the decision-making on the selection of the worst-case.
- 1.7. The approval tests will be performed or supervised by technical services. The test procedures to be applied and the specific equipment and tools to be used shall be those specified in the UN Regulations.
- 1.8. As an alternative to the test procedures referred to in paragraphs 1.6 and 1.7 above, virtual testing may be used at the request of the applicant, in as far as this is provided for in the relevant UN Regulations and subject to the fulfilment of the general conditions as set out in Schedule 8 annexed to the 1958 Agreement.

Verzeichnis 3
Verfahren
für UN-Typgenehmigungen

- 1. Beantragung und Durchführung von UN-Typgenehmigungen**
- 1.1. Anträge auf Erteilung von UN-Typgenehmigungen sind vom Hersteller oder seinem bevollmächtigten Vertreter (im Folgenden als „Antragsteller“ bezeichnet) an die Genehmigungsbehörde einer Vertragspartei zu richten.
- 1.2. Für einen bestimmten Typ eines Fahrzeugs, Ausrüstungsgegenstands oder Teils darf nur ein einziger Antrag eingereicht werden, und der Antrag darf nur in einem einzigen Vertragsstaat eingereicht werden, welcher die UN-Regelungen anwendet, gemäß denen eine Genehmigung beantragt wird. Für jeden zu genehmigenden Typ ist ein gesonderter Antrag zu stellen.
- 1.3. Dem Antrag sind die in den UN-Regelungen, gemäß denen eine Genehmigung beantragt wird, genannten Informationen beizufügen. Diese Informationen beinhalten eine ausführliche Beschreibung der Merkmale des zu genehmigenden Typs, beispielsweise Zeichnungen, Diagramme und Abbildungen.
- 1.4. Die Genehmigungsbehörde kann den Antragsteller im Wege einer begründeten Anfrage auffordern, alle weiteren Angaben zur Verfügung zu stellen, die für die Entscheidung darüber erforderlich sind, welche Prüfungen zur Erteilung einer Genehmigung notwendig sind bzw. deren Durchführung erleichtern.
- 1.5. Radfahrzeuge, Ausrüstungsgegenstände und Teile, die zur Durchführung der Prüfungen gemäß den UN-Regelungen erforderlich sind, für die eine Genehmigung beantragt wurde, werden vom Antragsteller im benötigten Umfang zur Verfügung gestellt.
- 1.6. Die Erfüllung der Anforderungen in den UN-Regelungen ist durch entsprechende Prüfungen an Radfahrzeugen, Ausrüstungsgegenständen und Teilen zu überprüfen, die repräsentativ für den zu genehmigenden Typ sind.

Die Genehmigungsbehörde wendet das Prinzip der Zugrundelegung des ungünstigsten Falls (worst-case) an, indem sie die Variante oder Version des angegebenen Typs auswählt, die für die Zwecke der Prüfung den Typ darstellt, der unter den ungünstigsten Bedingungen genehmigt werden soll. Die getroffenen Entscheidungen werden zusammen mit den zugehörigen Begründungen in den Genehmigungsunterlagen vermerkt.

Antragsteller können jedoch in Absprache mit der Genehmigungsbehörde ein Fahrzeug, einen Ausrüstungsgegenstand oder ein Teil auswählen, das bzw. der zwar nicht repräsentativ für den zu genehmigenden Typ ist, jedoch einige der ungünstigsten Eigenschaften im Hinblick auf die Leistung aufweist, die gemäß den UN-Regelungen erforderlich ist („worst casing“, Zugrundelegung des ungünstigsten Falls). Virtuelle Prüfmethoden können die Entscheidungsfindung im Hinblick auf die Auswahl des ungünstigsten Falls unterstützen.
- 1.7. Die Genehmigungsprüfungen werden von Technischen Diensten durchgeführt oder überwacht. Die anzuwendenden Prüfverfahren sowie die einzusetzenden spezifischen Geräte und Werkzeuge entsprechen den in den UN-Regelungen angegebenen.
- 1.8. Anstelle der in Absatz 1.6 und 1.7 genannten Prüfverfahren können auf Antrag des Antragstellers auch virtuelle Prüfungen zum Einsatz kommen, sofern dies in den betreffenden UN-Regelungen vorgesehen ist und die allgemeinen Bedingungen in Verzeichnis 8 erfüllt sind, das dem Übereinkommen von 1958 als Anhang beigefügt ist.

- | | |
|---|---|
| <p>1.9. Contracting Parties shall issue type approvals only where compliance with conformity of production requirements of Schedule 1 annexed to the 1958 Agreement is ensured.</p> <p>1.10. When the approval tests have demonstrated that the type complies with the technical requirements of the UN Regulation, an approval of that type shall be granted, an approval number shall be assigned according to Schedule 4 annexed to the 1958 Agreement and an approval mark shall be assigned to each type in accordance with the specific provisions of the UN Regulation concerned.</p> <p>1.11. The approval authority shall ensure that the following is included in the approval documentation:</p> <ul style="list-style-type: none"> (a) A record of the worst-case selection and the justification for that selection. This may include information provided by the manufacturer; (b) A record of any significant technical interpretation made, different test methods applied, or new technology introduced; (c) A test report from the technical service that includes recorded values achieved for measurements and tests as required by the UN Regulation; (d) Information documents from the manufacturer, properly specifying the characteristics of the type to be approved; (e) A statement of compliance with the conformity of the production requirements of Schedule 1 annexed to the 1958 Agreement, detailing which of the arrangements referred to in paragraph 1.3 of Schedule 1 annexed to the 1958 Agreement have been taken into account as the basis for the initial assessment as well as the date of the initial assessment and any surveillance activities; (f) The type approval certificate. <p>2. Amendments to UN type approvals</p> <p>2.1. The manufacturer holding a UN type approval for their vehicle, equipment or part shall inform without delay the Contracting Party that issued the UN type approval of any change in the particulars of the type as recorded in the information referred to in paragraph 1.3.</p> <p>2.2. The Contracting Party shall decide which of the two procedures to amend the UN type approval as laid down in paragraphs 2.5 and 2.6 is to be followed. Where necessary, the Contracting Party may decide, in consultation with the manufacturer that a new UN type approval may need to be granted.</p> <p>2.3. An application for amending a UN type approval may only be submitted to the Contracting Party that issued the original UN type approval.</p> <p>2.4. If the Contracting Party finds it necessary, for the purpose of amending the UN type approval, to carry out inspections or tests, it shall inform the manufacturer accordingly.</p> <p>2.5. When particulars of the type as recorded in the information documents and test reports have changed and the Contracting Party considers that the changes are</p> | <p>1.9. Die Vertragsparteien erteilen Typgenehmigungen nur, wenn die Einhaltung der Anforderungen an die Übereinstimmung der Produktion gemäß Verzeichnis 1, das dem Übereinkommen von 1958 als Anhang beigelegt ist, sichergestellt ist.</p> <p>1.10. Haben die Prüfungen zur Erteilung einer Genehmigung gezeigt, dass der Typ die technischen Anforderungen der UN-Regelung erfüllt, wird für diesen Typ eine Genehmigung erteilt, eine Genehmigungsnummer gemäß Verzeichnis 4 zugeteilt, das dem Übereinkommen von 1958 als Anhang beigelegt ist, und es wird jedem Typ, der den spezifischen Bestimmungen der betreffenden UN-Regelung entspricht, ein Genehmigungszeichen zugeteilt.</p> <p>1.11. Die Genehmigungsbehörde stellt sicher, dass die Genehmigungsunterlagen Folgendes umfassen:</p> <ul style="list-style-type: none"> (a) einen Vermerk über die Auswahl des ungünstigsten Falls sowie die Begründung dieser Auswahl. Dazu können auch Daten gehören, die vom Hersteller zur Verfügung gestellt wurden; (b) einen Vermerk über jegliche vorgenommene wesentliche technische Auslegungen zum Einsatz gekommene abweichende Prüfverfahren oder neu eingeführte Technologien; (c) einen Prüfbericht des Technischen Dienstes mit Aufzeichnungen zu den im Rahmen von Messungen und Prüfungen verzeichneten Werten gemäß den Anforderungen der UN-Regelung; (d) Informationsunterlagen des Herstellers, welche die Merkmale des zu genehmigenden Typs ordnungsgemäß benennen; (e) eine Entsprechungserklärung hinsichtlich der Anforderungen an die Übereinstimmung der Produktion gemäß Verzeichnis 1, das dem Übereinkommen von 1958 als Anhang beigelegt ist, aus der ersichtlich wird, welche der Regelungen in Absatz 1.3 von Verzeichnis 1, das dem Übereinkommen von 1958 als Anhang beigelegt ist, als Grundlage für die Erstbewertung berücksichtigt wurden und an welchem Datum die Erstbewertung sowie alle Überwachungstätigkeiten durchgeführt wurden; (f) den Typgenehmigungsbogen. <p>2. Änderungen von UN-Typgenehmigungen</p> <p>2.1. Hersteller, die im Besitz einer UN-Typgenehmigung für ein Fahrzeug, einen Ausrüstungsgegenstand oder ein Teil sind, informieren die Vertragspartei, welche die UN-Typgenehmigung erteilt hat, umgehend über jegliche Änderungen der im Rahmen der Angaben gemäß Absatz 1.3 dokumentierten Eigenschaften des Typs.</p> <p>2.2. Die Vertragspartei entscheidet darüber, welches der beiden in den Absätzen 2.5 und 2.6 niedergelegten Verfahren zur Änderung der UN-Typgenehmigung angewendet werden soll. Soweit erforderlich, kann die Vertragspartei in Abstimmung mit dem Hersteller entscheiden, dass ggf. eine neue UN-Typgenehmigung erteilt werden muss.</p> <p>2.3. Anträge auf Änderung einer UN-Typgenehmigung können nur an die Vertragspartei gerichtet werden, welche die ursprüngliche UN-Typgenehmigung erteilt hat.</p> <p>2.4. Erachtet die Vertragspartei es zur Änderung der UN-Typgenehmigung als notwendig, Inspektionen oder Prüfungen durchzuführen, setzt sie den Hersteller hier- von in Kenntnis.</p> <p>2.5. Haben sich die in den Informationsunterlagen und Prüfberichten dokumentierten Eigenschaften des Typs geändert und ist die Vertragspartei der Ansicht, dass die</p> |
|---|---|

unlikely to have an appreciable adverse effect on the environmental and/or functional safety performance, and that in any case the type still complies with the requirements of the UN Regulations concerned, the modification of the UN type approval shall be designated as a "revision".

In such a case, the Contracting Party shall issue the revised pages of the information documents and test reports as necessary, marking each revised page to show clearly the nature of the modification and the date of re-issue. A consolidated, updated version of the information documents and test reports, accompanied by a detailed description of the modification, shall be deemed to meet this requirement.

- 2.6. The amendment to a UN type approval shall be designated as an "extension" if, in addition to the change of the data recorded in the information documents:
- (a) Further inspections or tests are required; or
 - (b) Any information on the communication document (with the exception of its attachments) has changed; or
 - (c) Approval to a later series of amendments is requested after its entry into force, which can be granted provided that the requirements of a later series of amendments are fulfilled.
- 2.7. Confirmation or refusal of amending the UN type approval, specifying the alterations, shall be communicated to the Contracting Parties to the 1958 Agreement applying the UN Regulation by means of a communication form. In addition, the index to the information documents and to the test reports, attached to the communication document, shall be amended accordingly to show the date of the most recent revision or extension.
- 2.8. The type approval authority granting the extension of approval shall update the approval number with an extension number incremented in accordance with the number of successive extensions already granted in accordance with Schedule 4 annexed to the 1958 Agreement and issue a revised communication form denoted by this extension number.

Änderungen wahrscheinlich keine nennenswerten nachteiligen Auswirkungen auf die Umwelt und/oder die funktionale Sicherheit haben und der Typ in jedem Fall weiterhin den Anforderungen der betreffenden UN-Regelungen genügt, wird die Veränderung der UN-Typgenehmigung als „Revision“ bezeichnet.

In diesem Fall veröffentlicht die Vertragspartei soweit erforderlich, die geänderten Seiten der Informationsunterlagen sowie der Prüfberichte und kennzeichnet jede geänderte Seite, sodass die Art der Änderung und das Datum der Neuerteilung klar ersichtlich sind. Diese Anforderung gilt als durch die Vorlage einer konsolidierten aktualisierten Version der Informationsunterlagen und Prüfberichte mitsamt einer ausführlichen Beschreibung der Änderung erfüllt.

- 2.6. Die Änderung einer UN-Typgenehmigung wird als „Erweiterung“ bezeichnet, wenn, zusätzlich zur Änderung der Angaben in den Informationsunterlagen,
- (a) weitere Inspektionen oder Prüfungen erforderlich sind,
 - (b) Angaben auf dem Mitteilungsdokument (mit Ausnahme der Anlagen) geändert wurden oder
 - (c) nach dem Inkrafttreten die Genehmigung einer späteren Änderungsserie beantragt wird, die erteilt werden kann, sofern die Anforderungen der späteren Änderungsserie erfüllt sind.
- 2.7. Eine Bestätigung oder Versagung der Änderung einer UN-Typgenehmigung wird den Vertragsparteien des Übereinkommens von 1958, welche die UN-Regelung anwenden, unter Angabe der Änderungen mithilfe eines Mitteilungsblatts übermittelt. Ferner wird der Index der Informationsunterlagen und der Prüfberichte, welche dem Mitteilungsdokument beigelegt sind, entsprechend um das Datum der letzten Revision oder Erweiterung ergänzt.
- 2.8. Die Typgenehmigungsbehörde, die der Erweiterung der Genehmigung erteilt hat, aktualisiert die Genehmigungsnummer mit einer Erweiterungsnummer, die entsprechend der Anzahl der aufeinanderfolgenden Erweiterungen in aufsteigender Reihenfolge erhöht wird, welche bereits gemäß Verzeichnis 4 genehmigt wurden, das dem Übereinkommen von 1958 als Anhang beigelegt ist, und veröffentlicht ein überarbeitetes Mitteilungsblatt, in dem die Erweiterungsnummer ausgewiesen ist.

Schedule 4**Numbering
of UN type approvals**

1. As from the entry into force of the 1958 Agreement, Contracting Parties shall issue a type approval number according to paragraphs 1.10 and 2.8 of Schedule 3 for each new type approval and each extension of such an approval.
2. As from the entry into force of the 1958 Agreement and notwithstanding that the provisions on approval markings in any version of UN Regulations may have stipulated otherwise, the manufacturer shall affix an approval mark, if requested, according to the provisions of the relevant UN Regulations, however, utilizing in that marking the first two digits of Section 2 and the digits of Section 3 of the approval number as mentioned in this Schedule as approval number to each wheeled vehicle, equipment or part for which a new approval has been granted or for which such approvals have been extended. However, this provision does not apply where a UN Regulation requires an approval code or an identification code to be used in the approval mark instead of an approval number. The leading zeros to Section 3 may be omitted.
3. An approval number shall be assigned to each type approved. The type approval number shall consist of 4 sections. Each section shall be separated by the “” character.

Section 1: The capital letter ‘E’ followed by the distinguishing number of the Contracting Party which has granted the type approval.

Section 2: The number of the relevant UN Regulation, followed by the letter ‘R’, successively followed by:

- (a) Two digits (with leading zeros as applicable) indicating the series of amendments incorporating the technical provisions of the UN Regulation applied to the approval (00 for the UN Regulation in its original form);
- (b) A slash and two digits (with leading zeros as applicable) indicating the number of supplement to the series of amendments applied to the approval (00 for the series of amendments in its original form);
- (c) A slash and one or two character(s) indicating the implementing stage, if applicable.

Section 3: A four-digit sequential number (with leading zeros as applicable). The sequence shall start from 0001.

Section 4: A two-digit sequential number (with leading zeros if applicable) to denote the extension. The sequence shall start from 00.

All digits shall be Arabic digits.

4. The same Contracting Party shall not assign the same number to another approval.

Examples:

Example of the second extension to the fourth type approval issued by the Netherlands according to UN Regulation No. 58 in its original version:

E4*58R00/00*0004*02

Verzeichnis 4**Nummerierung
von UN-Typgenehmigungen**

1. Ab dem Inkrafttreten des Übereinkommens von 1958 erteilen die Vertragsparteien für jede neue Typgenehmigung und jede Erweiterung einer solchen Genehmigung eine Typgenehmigungsnummer gemäß Absatz 1.10 und Absatz 2.8 von Verzeichnis 3.
2. Ab dem Inkrafttreten des Übereinkommens von 1958 und unbeschadet des Umstands, dass die Bestimmungen für Genehmigungszeichen in einer anderen Fassung der UN-Regelungen möglicherweise anders lauten, versieht der Hersteller jedes Radfahrzeug, jeden Ausrüstungsgegenstand und jedes Teil, für das beziehungsweise den eine neue Genehmigung erteilt oder eine solche Genehmigung erweitert wurde, auf Ersuchen mit einem Genehmigungszeichen, das den Bestimmungen der betreffenden UN-Regelungen entspricht, in jedem Fall aber die ersten beiden Ziffern von Teil 2 sowie die Ziffern von Teil 3 der in diesem Verzeichnis genannten Genehmigungsnummer enthält. Diese Bestimmung findet keine Anwendung, wenn eine UN-Regelung vorschreibt, dass im Genehmigungszeichen anstelle einer Genehmigungsnummer ein Genehmigungscode oder ein Identifizierungscode zu verwenden ist. Die führenden Nullen von Teil 3 können weggelassen werden.
3. Jedem genehmigten Typ wird eine Genehmigungsnummer zugewiesen. Die Typgenehmigungsnummer besteht aus 4 Abschnitten. Die einzelnen Abschnitte werden durch das Zeichen „“ getrennt.

Abschnitt 1: Der Großbuchstabe „E“ gefolgt von der Kennzahl der Vertragspartei, welche die Typgenehmigung erteilt hat.

Abschnitt 2: Die Nummer der betreffenden UN-Regelung gefolgt vom Buchstaben „R“ sowie

- (a) zwei Ziffern (ggf. mit führenden Nullen), welche die Änderungsserie mit den technischen Bestimmungen der UN-Regelung angeben, die auf die Genehmigung angewendet werden (00 steht für die UN-Regelung in ihrer ursprünglichen Fassung),
- (b) einem Schrägstrich und zwei Ziffern (ggf. mit führenden Nullen), welche die Nummer der Ergänzung zur Änderungsserie angeben, die auf die Genehmigung angewendet werden (00 steht für die Änderungsserie in ihrer ursprünglichen Form);
- (c) einem Schrägstrich sowie einem oder zwei Zeichen, welches bzw. welche die Stufe der Umsetzung angeben, sofern zutreffend.

Abschnitt 3: Eine aus vier Ziffern bestehende fortlaufende Nummer (ggf. mit führenden Nullen); die Nummerierung beginnt mit 0001.

Abschnitt 4: Eine aus zwei Ziffern bestehende fortlaufende Nummer (ggf. mit führenden Nullen) zur Angabe der Erweiterung; die Nummerierung beginnt mit 00.

Alle Ziffern müssen arabische Ziffern sein.

4. Ein und dieselbe Vertragspartei darf die gleiche Nummer keiner anderen Typgenehmigung zuweisen.

Beispiele:

Beispiel für die zweite Erweiterung der vierten Typgenehmigung, die von den Niederlanden gemäß UN-Regelung Nr. 58 in ihrer ursprünglichen Fassung erteilt wurde:

E4*58R00/00*0004*02

Example of the first extension to the 2439th type approval issued by the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland for a vehicle approval according to UN Regulation No. 83, third series of amendments, version for a vehicle of category M, N₁ class I with regard to the emission of pollutants according to engine fuel requirements:

E11*83R03/00/J*2439*01

Beispiel für die erste Erweiterung der 2439. Typgenehmigung, die vom Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland für eine Fahrzeuggenehmigung gemäß der UN-Regelung Nr. 83, dritte Änderungsserie, Version für ein Fahrzeug der Klasse M, N₁ Gruppe I hinsichtlich der Emission von Schadstoffen aus dem Motor entsprechend den Kraftstoffanforderungen des Motors erteilt wurde:

E11*83R03/00/J*2439*01

Schedule 5
Circulation of
approval documentation

1. Where an approval authority is required to or is requested to provide a copy of an approval and its attachments, it shall send the documents as paper copies, or by e-mail in electronic format, or by utilizing the secure internet database established by the United Nations Economic Commission for Europe.
2. Documents stored on the secure internet database shall consist of at least the documents specified in each UN Regulation. These shall include documentation communicating to Contracting Parties notice of approval, of extension, of refusal or withdrawal of approval or where production is definitely discontinued of a type of wheeled vehicles, equipment or parts pursuant to the UN Regulation.
3. If the type approvals applicable to a wheeled vehicles, equipment or parts are stored on the secure internet database, then the approval markings required by UN Regulations may be replaced by a Unique Identifier (UI) preceded by the symbol , unless specified otherwise in the UN Regulations. Such unique identifier shall be generated by the database automatically.
4. All Contracting Parties applying a UN Regulation shall have access to the information for that UN Regulation contained in the database by using the Unique Identifier and this will provide access to the relevant information relating to the specific approval(s).
5. UN Regulations annexed to the 1958 Agreement may require the circulation of type approvals by electronic copies utilizing the secure internet database, where necessary for the efficient operation of the approval process, subject to the access rights as defined by the Contracting Parties.

Verzeichnis 5
Verfügbarmachung
von Genehmigungsunterlagen

1. Muss eine Genehmigungsbehörde eine Kopie einer Genehmigung samt ihrer Anlagen vorlegen bzw. wird sie hierzu aufgefordert, übermittelt sie die Kopien der Unterlagen in Papierform oder in elektronischer Form per E-Mail oder mithilfe der sicheren Internetdatenbank, die von der Wirtschaftskommission für Europa der Vereinten Nationen eingerichtet wurde.
2. Die Unterlagen, die in der sicheren Internetdatenbank abgelegt werden, müssen mindestens die in der jeweiligen UN-Regelung angegebenen Unterlagen umfassen. Zu diesen zählen Mitteilungen an die Vertragsparteien über die Erteilung von Genehmigungen, die Erweiterung von Genehmigungen, das Versagen oder den Entzug von Genehmigungen oder die endgültige Einstellung der Produktion eines Typs von Radfahrzeugen, Ausrüstungsgegenständen oder Teilen gemäß der UN-Regelung.
3. Wenn die Typgenehmigungen für Radfahrzeuge, Ausrüstungsgegenstände oder Teile in der sicheren Internetdatenbank abgelegt werden, können die von UN-Regelungen vorgeschriebenen Genehmigungszeichen durch eine eindeutige Kennung (Unique Identifier, UI) ersetzt werden, der das Symbol  vorangestellt wird, sofern die UN-Regelungen keine anderslautenden Bestimmungen enthalten. Solche eindeutigen Kennungen sind automatisch von der Datenbank zu generieren.
4. Alle Vertragsparteien, die eine UN-Regelung anwenden, können auf die Informationen zu dieser UN-Regelung in der Datenbank zugreifen, indem sie die eindeutige Kennung verwenden; dadurch erhalten sie Zugang zu den einschlägigen Daten der spezifischen Genehmigung(en).
5. UN-Regelungen, die dem Übereinkommen von 1958 angehängt sind, erfordern möglicherweise die Verfügbarmachung von Typgenehmigungen mittels elektronischer Kopien über die sichere Internetdatenbank, soweit dies für die effiziente Gestaltung des Genehmigungsverfahrens erforderlich ist; Voraussetzung hierfür sind die durch die Vertragsparteien festzulegenden Zugangsrechte.

Schedule 6
Procedures
for resolving
interpretation issues in relation to the
application of UN Regulations and granting
approvals pursuant to these UN Regulations

1. Interpretation issues prior to UN type approval being granted

When an application for UN type approval requires the approval authority to make a significant interpretation on the application of the UN Regulation, or if so requested by the applicant for approval, the approval authority shall actively inform and seek guidance from other approval authorities before making a decision.

The approval authority concerned shall notify the other approval authorities applying the UN Regulation of the issue and of their proposed solution for the interpretation, including any supporting information from the manufacturer. As a general rule, this should be done via electronic media. A period of fourteen days shall be allowed for replies from the other approval authorities.

(a) The approval authority having taken account of any comments received, can then grant approvals in accordance with the new interpretation.

(b) If it is not possible to take a decision according to the comments received, the approval authority shall seek further clarification by means of the procedure described in paragraph 3 below.

2. Interpretation issues subsequent to UN type approval being granted

In situations where different interpretations exist between Contracting Parties but subsequent to an approval being issued the following procedures shall be followed.

In the first instance, the Contracting Parties concerned shall seek to resolve the issue by mutual agreement. This will require liaison and for each Contracting Party to review the procedures used to test and approve the wheeled vehicles, equipment and parts being the subject of the interpretation dispute. The following procedures will be applied:

(a) In the event of an error being acknowledged by an approval authority, the approval authority shall take an action in accordance with the provisions of the 1958 Agreement, and in particular its Article 4.

(b) Where agreement is reached which necessitates a new or different interpretation of existing practice (by either Contracting Party), then this shall be communicated to other Contracting Parties applying the UN Regulation concerned as a matter of urgency. The other Parties shall have fourteen days to comment upon the decision, following which the approval authorities, having taken account of any comments received, can issue UN type approvals in accordance with the new interpretation.

(c) Where agreement cannot be reached, then the Contracting Parties concerned shall seek further review by the arbitration process described in paragraph 3 below.

(d) In any event, the matter shall be brought to the attention of the competent Working Party subsidiary to the World Forum for Harmonization of Vehicle Regulations (WP.29). If deemed necessary, the subsidiary Working Party shall submit to WP.29 proposals for suitable reg-

Verzeichnis 6
Verfahren
für den Umgang
mit Auslegungsproblemen
bezüglich der Anwendung von
UN-Regelungen und für die Erteilung von
Typgenehmigungen gemäß diesen UN-Regelungen

1. Auslegungsprobleme im Vorfeld der Erteilung einer UN-Typgenehmigung

Ergibt sich für die Genehmigungsbehörde aus einem Antrag auf eine UN-Typgenehmigung das Erfordernis wesentliche Auslegungen hinsichtlich der Anwendung der UN-Regelung zu treffen oder wird dies vom Antragsteller der Typgenehmigung beantragt, so unterrichtet die Genehmigungsbehörde aktiv andere Genehmigungsbehörden und bittet diese um Rat, bevor sie eine Entscheidung trifft.

Die betroffene Genehmigungsbehörde notifiziert den anderen Genehmigungsbehörden, welche die UN-Regelung anwenden, das Auslegungsproblem sowie ihren Auslegungsvorschlag und stellt etwaige unterstützende Angaben des Herstellers zur Verfügung. Dies geschieht im Regelfall mittels elektronischer Medien. Die anderen Genehmigungsbehörden haben vierzehn Tage Zeit, um zu antworten.

(a) Die Genehmigungsbehörde berücksichtigt etwaige bei ihr eingegangene Stellungnahmen und kann im Anschluss Typgenehmigungen gemäß der neuen Auslegung erteilen.

(b) Wenn anhand der eingegangenen Stellungnahmen keine Entscheidung getroffen werden kann, bemüht sich die Genehmigungsbehörde im Wege des in Absatz 3 beschriebenen Verfahrens um weitere Klärung.

2. Auslegungsprobleme im Anschluss an die Erteilung einer UN-Typgenehmigung

Im Falle unterschiedlicher Auslegungen durch die Vertragsparteien, die sich erst im Anschluss an die Erteilung einer Genehmigung ergeben, werden die folgenden Verfahren angewendet.

Zunächst bemühen sich die Vertragsparteien, eine einvernehmliche Lösung für die Angelegenheit zu finden. Hierzu ist es erforderlich, dass zusammengearbeitet wird und dass jede Vertragspartei ihre Prüf- und Genehmigungsverfahren von Radfahrzeugen, Ausrüstungsgegenständen und Teilen überprüft, die Gegenstand der Meinungsverschiedenheit sind. Folgende Verfahren werden angewendet:

(a) Erkennt eine Genehmigungsbehörde an, dass ein Fehler vorliegt, wird sie in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Übereinkommens von 1958, und insbesondere mit dessen Artikel 4, Maßnahmen ergreifen.

(b) Wird eine Einigung erzielt, die eine neue oder abweichende Auslegung der bestehenden Praxis (durch eine der beiden Vertragsparteien) erforderlich macht, so wird dies den anderen Vertragsparteien, welche die entsprechende UN-Regelung anwenden, so schnell wie möglich mitgeteilt. Die anderen Parteien haben vierzehn Tage Zeit, zu dieser Entscheidung Stellung zu nehmen; danach können die Genehmigungsbehörden unter Berücksichtigung der eingegangenen Stellungnahmen UN-Typgenehmigungen gemäß der neuen Auslegung erteilen.

(c) Kann keine Einigung erzielt werden, bemühen sich die Vertragsparteien, um eine weitere Überprüfung mittels des in Absatz 3 beschriebenen Schiedsverfahrens.

(d) In jedem Fall wird die Angelegenheit der zuständigen nachgeordneten Arbeitsgruppe des Weltforums für die Harmonisierung von Fahrzeugregelungen (WP.29) vorgelegt. Soweit dies als notwendig erachtet wird, legt die nachgeordnete Arbeitsgruppe der WP.29 Vorschläge für

ulatory amendments aimed at resolving the difference of interpretations.

3. Arbitration process through WP.29 and its subsidiary Working Parties

The Chairs of the subsidiary Working Parties shall identify the issues arising from diverging interpretations between Contracting Parties in relation to the application of UN Regulations and the granting of UN type approvals pursuant to these UN Regulations, with a view to put in place measures at the earliest opportunity to resolve the different interpretations.

The Chairs of the Working Parties will develop suitable procedures to deal with such interpretation issues, in order to be able to demonstrate to WP.29 that:

- (a) Full consideration is given to the different opinions by the approval authorities of the Contracting Parties concerned, as well as to the views of other Contracting Parties applying the UN Regulation;
- (b) Decisions are based upon appropriate technical advice, taking full account of the subject area;
- (c) Wherever possible, an unanimous decision is reached; and
- (d) Procedures are transparent and auditable.

If necessary to resolve the issue, the Chair may submit a new agenda item on the issue to the next available session of the subsidiary Working Party, without obtaining prior approval from WP.29. In these circumstances, the Chair shall report on the progress to WP.29 at the earliest opportunity.

At the end of the arbitration process, the Chair shall provide a report to WP.29.

3.1. Where the issue can be resolved within the current regulatory framework:

The interpretation of the UN Regulation as agreed in the Working Party shall be implemented and approval authorities shall issue UN type approvals accordingly.

3.2. Where the issue cannot be resolved within the current regulatory framework:

WP.29 shall be informed accordingly and shall request the relevant subsidiary Working Party to consider the issue as a priority item at its next session. The agenda of the session shall be amended accordingly.

The subsidiary Working Party shall consider any proposal on the interpretation issue and shall submit formal proposals to WP.29 to amend the UN Regulation concerned following the normal procedures. WP.29 will consider the issue as a priority item at its next session.

geeignete Änderungen der Vorschriften vor, die darauf abzielen, die Auslegungsunterschiede auszuräumen.

3. Schlichtungsverfahren im Rahmen der WP.29 und ihrer nachgeordneten Arbeitsgruppen

Die Vorsitzenden der nachgeordneten Arbeitsgruppen ermitteln die Probleme, die sich aus den unterschiedlichen Auslegungen hinsichtlich der Anwendung von UN-Regelungen sowie der Erteilung von UN-Typgenehmigungen gemäß diesen UN-Regelungen durch die Vertragsparteien ergeben, damit so schnell wie möglich Maßnahmen ergriffen werden können, um die Auslegungsunterschiede auszuräumen.

Die Vorsitzenden der Arbeitsgruppen entwickeln geeignete Verfahren für den Umgang mit solchen Auslegungsfragen, um gegenüber WP.29 darzulegen, dass

- (a) die verschiedenen Auffassungen der Genehmigungsbehörden der betreffenden Vertragsparteien sowie die Ansichten der anderen Vertragsparteien, welche die UN-Regelung anwenden, umfassend berücksichtigt werden;
- (b) Entscheidungen auf der Grundlage sachgerechter technischer Beratungen unter umfassender Berücksichtigung des Sachgebiets getroffen werden;
- (c) Entscheidungen, wenn immer dies möglich ist, einvernehmlich getroffen werden, und
- (d) Verfahren transparent und nachprüfbar sind.

Soweit dies zur Klärung des Problems erforderlich ist, kann der Vorsitzende für die nächste anstehende Sitzung der nachgeordneten Arbeitsgruppe einen neuen Tagesordnungspunkt zu der Angelegenheit vorlegen, ohne zuvor die Zustimmung von WP.29 einzuholen. In solchen Fällen berichtet der Vorsitzende gegenüber WP.29 so früh wie möglich über die erzielten Fortschritte.

Zum Ende des Schiedsverfahrens legt der Vorsitzende WP.29 einen Bericht vor.

3.1. Angelegenheiten, die auf der Grundlage des geltenden Rechtsrahmens gelöst werden können:

Die Auslegung der UN-Regelung wird, so wie in der Arbeitsgruppe verabredet, implementiert und die Genehmigungsbehörden erteilen entsprechende UN-Typgenehmigungen.

3.2. Bei Fragen, die nicht innerhalb des geltenden Rechtsrahmens gelöst werden können, wird wie folgt verfahren:

WP.29 wird entsprechend informiert und fordert die zuständige nachgeordnete Arbeitsgruppe auf, die Angelegenheit auf der nächsten Sitzung vorrangig zu behandeln. Die Tagesordnung der nächsten Sitzung wird entsprechend geändert.

Die nachgeordnete Arbeitsgruppe prüft alle Vorschläge zur Auslegungsfrage und übermittelt WP.29 formale Vorschläge zur Änderung der betreffenden UN-Regelung im Rahmen der üblichen Verfahren. WP.29 räumt der Angelegenheit auf ihrer nächsten Sitzung Vorrang ein.

Schedule 7
Procedure
for exemption approvals
concerning new technologies

1. Contracting Parties applying a UN Regulation may, on application by the manufacturer, grant exemption approval pursuant to a UN Regulation in respect of a vehicle, equipment or part that incorporates technologies which are incompatible with one or more requirements of that UN Regulation, subject to authorization being granted by the Administrative Committee of the 1958 Agreement under the procedure described in paragraphs 2 to 12 of this Schedule.
2. Pending the decision on whether or not authorization for such an exemption approval is granted, the Contracting Party applying the UN Regulation may grant provisional approval for its territory only. Other Contracting Parties applying that UN Regulation may decide to accept this provisional approval in their territory.
3. The Contracting Party granting the provisional approval mentioned in paragraph 2 of this Schedule shall notify the Administrative Committee of its decision and submit a file with the following:
 - (a) The reasons why the technologies or concept concerned make the vehicle, equipment or part incompatible with the requirements of the UN Regulation;
 - (b) A description of the safety, environmental or other considerations and the measures taken;
 - (c) A description of the tests and results, demonstrating that, compared with the requirements from which exemption is sought, at least an equivalent level of safety and environmental protection is ensured;
 - (d) A request for authorization to grant an exemption approval to the UN Regulation for the type of vehicle, equipment or part.
4. The Administrative Committee shall consider the complete notification referred to in paragraph 3 of this Schedule at its next session following receipt of the notification, provided this notification was received at least three months prior to the session. After considering the notification, the Administrative Committee may decide to authorize or to refuse the granting of the exemption approval or to refer the issue to the competent subsidiary Working Party.
5. The decision of the Administrative Committee shall be established in accordance with the procedure indicated in the Appendix, Article 8.
6. The requested exemption approval pursuant to a UN Regulation, mentioned under paragraph 3 of this Schedule, will be considered to be authorized unless, within a period of one month from the notification by the Executive Secretary of the United Nations Economic Commission for Europe of the Administrative Committee's authorization decision, more than one-fifth of the Contracting Parties applying the UN Regulation at the time of notification have informed the Executive Secretary of the United Nations Economic Commission for Europe of their disagreement with the authorization of the exemption approval.
7. When the authorization for granting the exemption approval is adopted, the Executive Secretary of the United Nations Economic Commission for Europe shall, as soon as possible, notify the Contracting Parties applying the concerned UN Regulation about this adoption.

Verzeichnis 7
Verfahren für
Ausnahmegenehmigungen
für neue Technologien

1. Vertragsparteien, die eine UN-Regelung anwenden, können auf Antrag des Herstellers gemäß einer UN-Regelung eine Ausnahmegenehmigung für ein Fahrzeug, einen Ausrüstungsgegenstand oder ein Teil erteilen, das oder der Technologien beinhaltet, die mit einer oder mehreren Anforderungen der UN-Regelung nicht vereinbar sind, sofern der Verwaltungsausschuss des Übereinkommens von 1958 dies gemäß dem Verfahren in Absatz 2 bis 12 dieses Verzeichnisses genehmigt.
2. Solange noch keine Entscheidung über eine solche Ausnahmegenehmigung getroffen wurde, kann die Vertragspartei, welche die UN-Regelung anwendet, lediglich eine vorläufige Genehmigung für ihr Staatsgebiet erteilen. Andere Vertragsparteien, welche die UN-Regelung anwenden, können beschließen, diese vorläufige Genehmigung auf ihrem Staatsgebiet anzuerkennen.
3. Die Vertragspartei, die eine Ausnahmegenehmigung gemäß Absatz 2 dieses Verzeichnisses erteilt, notifiziert dem Verwaltungsausschuss ihre Entscheidung und übermittelt eine Akte mit folgendem Inhalt:
 - (a) Erläuterung der Gründe dafür, weshalb sich aus den betreffenden Technologien bzw. dem Konzept eine Unvereinbarkeit des Fahrzeugs, Ausrüstungsgegenstands oder Teils mit den Anforderungen der UN-Regelung ergibt;
 - (b) eine Beschreibung der Sicherheits-, Umweltschutz- und sonstigen Aspekte sowie der diesbezüglich ergriffenen Maßnahmen;
 - (c) eine Beschreibung der Prüfungen und Ergebnisse zum Nachweis, dass Sicherheit und Umweltschutz mindestens im gleichen Maße gewährleistet sind wie durch die Anforderungen, von denen eine Ausnahme beantragt wird;
 - (d) Antrag auf Ermächtigung zur Erteilung einer Ausnahmegenehmigung von der UN-Regelung für den Typ von Fahrzeug, Ausrüstungsgegenstand oder Teil.
4. Nach Erhalt der Notifikation prüft der Verwaltungsausschuss auf seiner nächsten Sitzung die gesamte in Absatz 3 dieses Verzeichnisses genannte Notifikation, sofern diese mindestens drei Monate vor der Sitzung eingegangen ist. Nach Prüfung der Notifikation kann der Verwaltungsausschuss beschließen, die Ausnahmegenehmigung zu erteilen oder zu versagen oder die Angelegenheit an die zuständige nachgeordnete Arbeitsgruppe zu verweisen.
5. Die Entscheidung des Verwaltungsausschusses wird gemäß dem in Artikel 8 im Anhang geschilderten Verfahren getroffen.
6. Die in Absatz 3 dieses Verzeichnisses erwähnte Ausnahmegenehmigung gemäß einer UN-Regelung gilt als erteilt, sofern nicht innerhalb von einem Monat nach der Notifikation durch den Exekutivsekretär der Wirtschaftskommission für Europa der Vereinten Nationen der Genehmigungsentscheidung des Verwaltungsausschusses mehr als ein Fünftel der Vertragsparteien, welche die UN-Regelung zum Zeitpunkt der Notifikation anwenden, den Exekutivsekretär der Wirtschaftskommission für Europa der Vereinten Nationen darüber unterrichten, dass sie mit der Erteilung der Ausnahmegenehmigung nicht einverstanden sind.
7. Nachdem die Entscheidung zur Erteilung der Ausnahmegenehmigung getroffen wurde, notifiziert der Exekutivsekretär der Wirtschaftskommission für Europa der Vereinten Nationen den Vertragsparteien, welche die entsprechende UN-Regelung anwenden, diese Entscheidung so schnell wie möglich.

As from the date of that notification the Contracting Party referred to in paragraph 3 of this Schedule may then deliver the exemption approval pursuant to the UN Regulation. The exemption approval shall be accepted by the Contracting Parties applying the UN Regulation, with the exception of those who have notified their disagreement, or their intention not to accept the exemption approval immediately, to the Executive Secretary of the United Nations Economic Commission for Europe. The Contracting Parties which have notified their disagreement, or their intention not to accept the exemption approval immediately, with the authorization by the Administrative Committee may at a later date accept the exemption approval by notifying the Executive Secretary of the United Nations Economic Commission for Europe of their decision.

8. The Administrative Committee shall specify any restrictions in the authorization decision. Time limits shall not be less than thirty-six months. Contracting Parties applying the UN Regulation shall accept the exemption approval at least until the expiration of the time limit, if any, or, when the UN Regulation in question is subsequently amended as per paragraphs 9 and 10 of this Schedule in order to take into account the technology covered by the exemption approval, until the date, as from which Contracting Parties may refuse approvals to the previous version of the UN Regulation, whichever of these two dates comes first.

The Contracting Party authorized to grant the exemption approval shall ensure that the manufacturer fully complies with all restrictions associated with this approval and that the communication form clearly indicates that it is based on an exemption authorized by the Administrative Committee.

9. The Administrative Committee shall at the same time inform the subsidiary Working Party responsible for the UN Regulation about the authorization to grant the exemption approval.

The Contracting Party authorized to grant the exemption approval shall submit to the subsidiary Working Party responsible for the UN Regulation a proposal to amend the UN Regulation for which the exemption approval was requested, in order to adapt it to the technological development. This submission shall be made not later than by the next session of the subsidiary Working Party following the notification of the Administrative Committee authorization decision according to paragraph 6 of this Schedule.

10. As soon as the UN Regulation has been amended to take into account the technology for which the exemption approval was granted, and entered into force, the manufacturer shall be authorized to apply for type approval pursuant to the amended UN Regulation, in replacement of the previously granted exemption approval to that UN Regulation. The approval authority granting that type approval shall, as soon as reasonable, withdraw the exemption approval or inform the approval authority which granted the exemption approval that this exemption approval is to be withdrawn.
11. If the procedure to amend the UN Regulation is not completed before the expiration of the time limit defined in paragraph 8 of this Schedule, the validity of the exemption approval may be extended, at the request of the Contracting Party which granted the exemption approval, subject to a decision adopted in accordance with the procedure described in paragraphs 2 and 3 of this Schedule. If, however, the Contracting Party which has been authorized to grant

Ab dem Tag dieser Notifikation ist die Vertragspartei gemäß Absatz 3 dieses Verzeichnisses berechtigt, Ausnahmegenehmigungen gemäß der betreffenden UN-Regelung zu erteilen. Die Ausnahmegenehmigung wird von allen Vertragsparteien anerkannt, welche die UN-Regelung anwenden, mit Ausnahme der Vertragsparteien, die den Exekutivsekretär der Wirtschaftskommission für Europa der Vereinten Nationen darüber unterrichtet haben, dass sie nicht mit der Erteilung einverstanden sind oder die Absicht haben, die Ausnahmegenehmigung nicht unmittelbar anzuerkennen. Die Vertragsparteien, die ihr Nichteinverständnis oder ihre Absicht zur Kenntnis gegeben haben, die Ausnahmegenehmigung nicht unmittelbar anzuerkennen, können die Ausnahmegenehmigung mit der Genehmigung des Verwaltungsausschusses zu einem späteren Zeitpunkt anerkennen, indem sie den Exekutivsekretär der Wirtschaftskommission für Europa der Vereinten Nationen über ihre Entscheidung unterrichten.

8. Der Verwaltungsausschuss macht in seiner Ermächtigungsentscheidung Angaben zu etwaigen Einschränkungen. Zeitliche Beschränkungen dürfen nicht kürzer als sechsunddreißig Monate sein. Vertragsparteien, welche die UN-Regelung anwenden, erkennen die Ausnahmegenehmigung mindestens bis zum Ablauf einer etwaigen zeitlichen Beschränkung an oder, falls die betreffende UN-Regelung nachträglich gemäß Absatz 9 und 10 dieses Verzeichnisses geändert wird, um die von der Ausnahmegenehmigung abgedeckte Technologie zu erfassen, bis zu dem Zeitpunkt, ab dem die Vertragsparteien Genehmigungen gemäß der vorherigen Fassung der UN-Regelung versagen können, je nachdem, welcher Zeitpunkt früher liegt.

Die zur Erteilung der Ausnahmegenehmigung ermächtigte Vertragspartei stellt sicher, dass der Hersteller alle Einschränkungen vollständig einhält, die mit dieser Genehmigung verbunden sind, und dass im Mitteilungsblatt klar erkennbar ist, dass die Genehmigung auf der Grundlage einer durch den Verwaltungsausschuss gewährten Ausnahme erteilt wurde.

9. Gleichzeitig informiert der Verwaltungsausschuss die nachgeordnete Arbeitsgruppe, die für die UN-Regelung zuständig ist, über die Ermächtigung der Erteilung einer Ausnahmegenehmigung.

Die zur Erteilung der Ausnahmegenehmigung ermächtigte Vertragspartei übermittelt der nachgeordneten Arbeitsgruppe, die für die UN-Regelung zuständig ist, einen Vorschlag zur Änderung der UN-Regelung, für welche die Ausnahmegenehmigung beantragt wurde, um diese an den technischen Fortschritt anzupassen. Die Übermittlung erfolgt spätestens bei der nächsten Sitzung der nachgeordneten Arbeitsgruppe, die auf die Notifikation der Genehmigungsentscheidung des Verwaltungsausschusses gemäß Absatz 6 dieses Verzeichnisses folgt.

10. Sobald die UN-Regelung geändert wurde, um die Technologie zu berücksichtigen, für welche die Ausnahmegenehmigung erteilt wurde, und sobald diese Änderung in Kraft getreten ist, ist der Hersteller berechtigt, eine Typgenehmigung gemäß der geänderten Richtlinie zu beantragen, welche die zuvor erteilte Ausnahmegenehmigung für diese UN-Regelung ersetzt. Die Genehmigungsbehörde, welche die Typgenehmigung erteilt, nimmt die Ausnahmegenehmigung in absehbarer Zeit zurück oder unterrichtet die Genehmigungsbehörde, welche die Ausnahmegenehmigung erteilt hat, darüber, dass diese zurückzunehmen ist.
11. Wird das Verfahren zur Änderung der UN-Regelung nicht vor Ablauf der Frist gemäß Absatz 8 dieses Verzeichnisses abgeschlossen, kann die Gültigkeit der Ausnahmegenehmigung auf Antrag der Vertragspartei verlängert werden, welche die Ausnahmegenehmigung erteilt hat, sofern eine Entscheidung gemäß dem Verfahren in Absatz 2 und 3 dieses Verzeichnisses getroffen wird. Wird der Antrag zur Änderung der UN-Regelung von der Vertragspartei, welche zur

the exemption approval failed to submit a proposal to amend the UN Regulation before the deadline specified in paragraph 9 of this Schedule, that Contracting Party shall immediately withdraw this exemption approval, taking however into account the time limit as defined in paragraph 8 of this Schedule. The Contracting Party which withdrew the exemption approval shall inform the Administrative Committee accordingly at its next session.

12. If the Administrative Committee decides to refuse an authorization to grant an exemption approval, the Contracting Party which issued the provisional approval referred to in paragraph 2 of this Schedule may withdraw this provisional approval. In this case, that Contracting Party shall immediately give notice to the holder of the provisional approval that this provisional approval, granted in accordance with paragraph 2 of this Schedule, will be withdrawn six months after the date of the decision taking into account that the provisional approval shall be valid at least for twelve months from the date of its granting.

Erteilung der Ausnahmegenehmigung ermächtigt wurde, jedoch nicht vor Ablauf der in Absatz 9 dieses Verzeichnisses genannten Frist eingereicht, nimmt diese Vertragspartei die Ausnahmegenehmigung unverzüglich zurück, berücksichtigt hierbei jedoch die Frist gemäß Absatz 8 dieses Verzeichnisses. Die Vertragspartei, welche die Ausnahmegenehmigung zurückgenommen hat, bringt dies dem Verwaltungsausschuss bei dessen nächster Sitzung zur Kenntnis.

12. Versagt der Verwaltungsausschuss eine Ermächtigung zur Erteilung einer Ausnahmegenehmigung, kann die Vertragspartei, welche die vorläufige Genehmigung gemäß Absatz 2 dieses Verzeichnisses erteilt hat, diese vorläufige Genehmigung zurücknehmen. In diesem Fall unterrichtet die betreffende Vertragspartei den Inhaber der vorläufigen Genehmigung unverzüglich darüber, dass die in Übereinstimmung mit Absatz 2 dieses Verzeichnisses erteilte vorläufige Genehmigung sechs Monate nach dem Datum des Beschlusses zurückgenommen wird; hierbei ist zu berücksichtigen, dass die vorläufige Genehmigung eine Mindestgültigkeitsdauer von zwölf Monaten hat.

Schedule 8
General conditions
for virtual testing methods

1. Virtual test pattern

The following scheme shall be used as a basic structure for describing and conducting virtual testing:

- (a) Purpose;
- (b) Structure model;
- (c) Boundary conditions;
- (d) Load assumptions;
- (e) Calculation;
- (f) Assessment;
- (g) Documentation.

2. Fundamentals of computer simulation and calculation**2.1. Mathematical model**

The mathematical model shall be supplied by the manufacturer. It shall reflect the complexity of the structure of the wheeled vehicles, equipment and parts to be tested in accordance with the requirements of the UN Regulations concerned and its boundary conditions.

The same provisions shall apply, *mutatis mutandis*, for testing components independent of the vehicle.

2.2. Validation process of the mathematical model

The mathematical model shall be validated in comparison with the actual test conditions.

To that effect, physical testing shall be conducted as appropriate for the purposes of comparing the results obtained when using the mathematical model with the results of a physical test. Comparability of the test results shall be proven. A validation report shall be drafted by the manufacturer or by the technical service and submitted to the approval authority.

Any change made to the mathematical model or to the software likely to invalidate the validation report shall be brought to the attention of the approval authority which may require a new validation process to be conducted.

2.3. Documentation

The data and auxiliary tools used for the simulation and calculation shall be made available by the manufacturer and be documented in a way suitable for the technical service.

3. Tools and support

At the request of the approval authority or the technical service, the manufacturer shall supply or provide access to the necessary tools including appropriate software.

In addition the manufacturer shall provide appropriate support to the approval authority or the technical service.

Providing access and support to a technical service does not remove any obligation of the technical service regarding the skills of its personnel, the payment of licence rights and respect of confidentiality.

Verzeichnis 8
Allgemeine Bedingungen
für virtuelle Prüfmethode

1. Prüfschema für virtuelle Prüfungen

Das folgende Prüfschema ist als grundlegende Struktur für die Beschreibung und Durchführung virtueller Prüfungen zu verwenden:

- (a) Zweck
- (b) Strukturmodell
- (c) Randbedingungen
- (d) Lastannahmen
- (e) Berechnung
- (f) Bewertung
- (g) Dokumentation

2. Grundlagen der Computersimulation und -berechnung**2.1. Mathematisches Modell**

Das mathematische Modell ist vom Hersteller zu liefern. In ihm muss sich die Komplexität der Struktur der zu prüfenden Radfahrzeuge, Ausrüstungsgegenstände und Teile im Hinblick auf die Anforderungen der UN-Regelungen und ihrer Randbedingungen widerspiegeln.

Dieselben Bestimmungen gelten sinngemäß für Bauteile oder technische Einheiten, die unabhängig vom Fahrzeug geprüft werden.

2.2. Validierungsverfahren für das mathematische Modell

Das mathematische Modell muss durch Vergleich mit den tatsächlichen Prüfbedingungen validiert werden.

Dafür ist eine praktische Prüfung durchzuführen, die geeignet ist, die Ergebnisse mit denen zu vergleichen sind, die mit Hilfe des mathematischen Modells gewonnen wurden. Die Vergleichbarkeit der Prüfungsergebnisse ist zu belegen. Ein Validierungsbericht ist vom Hersteller oder vom Technischen Dienst abzufassen und der Genehmigungsbehörde vorzulegen.

Alle Änderungen des mathematischen Modells oder der Software, durch die der Validierungsbericht ungültig werden könnte, sind der Genehmigungsbehörde zur Kenntnis zu bringen, welche die Durchführung eines neuen Validierungsverfahrens verlangen kann.

2.3. Dokumentation

Die für die Simulation und Berechnung verwendeten Daten und Hilfswerkzeuge müssen vom Hersteller zur Verfügung gestellt und in geeigneter Weise für den Technischen Dienst dokumentiert werden.

3. Werkzeuge und Unterstützung

Auf Verlangen des Technischen Dienstes hat der Hersteller die erforderlichen Werkzeuge einschließlich der geeigneten Software zur Verfügung zu stellen oder den Zugang zu ihnen zu ermöglichen.

Zudem muss der Hersteller die Genehmigungsbehörde oder den Technischen Dienst in geeigneter Weise unterstützen.

Der Technische Dienst ist, auch wenn er Zugang zu Werkzeugen und Unterstützung erhält, weiterhin an seine Verpflichtungen hinsichtlich der Fähigkeiten seines Personals, der Zahlung von Lizenzgebühren und der Wahrung der Geheimhaltung gebunden.

**Bekanntmachung
der deutsch-indischen Vereinbarung
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 27. Februar 2019

Die Vereinbarung in der Form eines Notenwechsels vom 13. April 2018/24. April 2018 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Indien über Finanzielle Zusammenarbeit (Vorhaben „Erneuerbare Energien Finanzierungsfazilität I“) ist nach ihrer Inkrafttretensklausel

am 24. April 2018

in Kraft getreten; die deutsche einleitende Note wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 27. Februar 2019

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Dr. Wolfram Klein

Botschaft
der Bundesrepublik Deutschland
New Delhi

Neu Delhi, den 13. April 2018

Dr. Martin Ney

Der Botschafter
der Bundesrepublik Deutschland

Herr Staatssekretär,

ich beehre mich, Ihnen im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland unter Bezugnahme auf das Protokoll der Regierungsverhandlungen vom 1. Dezember 2017 folgende Vereinbarung über Finanzielle Zusammenarbeit vorzuschlagen:

1. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Indien oder einem anderen, von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Darlehensnehmer, für das Vorhaben „Erneuerbare Energien Finanzierungs-fazilität I“ ein vergünstigtes Darlehen der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), das im Rahmen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit gewährt wird, in Höhe von bis zu 200 000 000 Euro (in Worten: zweihundert Millionen Euro) zu erhalten, wenn nach Prüfung die entwicklungspolitische Förderungswürdigkeit des Vorhabens festgestellt worden ist und die gute Kreditwürdigkeit der Republik Indien weiterhin gegeben ist. Das Vorhaben kann nicht durch andere Vorhaben ersetzt werden.
2. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Indien oder anderen, von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Empfängern darüber hinaus, einen Finanzierungsbeitrag für eine notwendige Begleitmaßnahme zur Durchführung und Betreuung des unter Nummer 1 genannten Vorhabens in Höhe von bis zu 1 000 000 Euro (in Worten: eine Million Euro) zu erhalten.
3. Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Republik Indien zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Darlehen zur Vorbereitung des unter Nummer 1 genannten Vorhabens oder weitere Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung des unter Nummer 1 genannten Vorhabens von der KfW zu erhalten, findet diese Vereinbarung Anwendung.
4. Die Verwendung der unter Nummer 1 und Nummer 2 genannten Beträge, die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der KfW und den Empfängern des Darlehens und des Finanzierungsbeitrags zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.
5. Die Zusage der unter Nummer 1 und 2 genannten Beträge entfällt, soweit die entsprechenden Darlehens- und Finanzierungsverträge nicht bis zum 31. Dezember 2019 geschlossen wurden.
6. Die Regierung der Republik Indien stellt die KfW von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluss und Durchführung der in Nummer 4 erwähnten Verträge in der Republik Indien erhoben werden.
7. Die Regierung der Republik Indien überlässt bei den sich aus der Darlehensgewährung und der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See-, Land- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.
8. Die Registrierung dieser Vereinbarung beim Sekretariat der Vereinten Nationen nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen wird unverzüglich nach seinem Inkrafttreten von der Bundesrepublik Deutschland veranlasst. Die andere Vertragspartei wird unter Angabe der VN-Registrierungsnummer von der erfolgten Registrierung unterrichtet, sobald diese vom Sekretariat der Vereinten Nationen bestätigt worden ist.
9. Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieser Vereinbarung werden durch die Vertragsparteien gütlich im Rahmen von Gesprächen beziehungsweise Verhandlungen beigelegt.
10. Die Vertragsparteien können Änderungen dieser Vereinbarung vereinbaren.
11. Diese Vereinbarung wird in deutscher und englischer Sprache geschlossen, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Falls sich die Regierung der Republik Indien mit den unter den Nummern 1 bis 11 gemachten Vorschlägen einverstanden erklärt, werden diese Note und die das Einverständnis Ihrer Regierung zum Ausdruck bringende Antwortnote eine Vereinbarung zwischen unseren Regierungen bilden, die mit dem Datum Ihrer Antwortnote in Kraft tritt.

Genehmigen Sie, Herr Staatssekretär, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Dr. Martin Ney

Herrn Subhash Chandra Garg
Staatssekretär für wirtschaftliche Angelegenheiten
Finanzministerium der Republik Indien
Neu Delhi

**Bekanntmachung
des deutsch-indischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 27. Februar 2019

Das in Neu Delhi am 1. August 2018 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Indien über Finanzielle Zusammenarbeit 2017 ist nach seinem Artikel 6 Absatz 1

am 1. August 2018

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 27. Februar 2019

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Dr. Wolfram Klein

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Indien über Finanzielle Zusammenarbeit 2017

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Republik Indien –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Indien,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

in dem Bewusstsein, dass die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Republik Indien beizutragen,

unter Bezugnahme auf das Protokoll der Regierungsverhandlungen vom 30. November und 1. Dezember 2017 –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Indien oder einem anderen, von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Darlehensnehmer folgende Beträge zu erhalten:

1. für das Vorhaben „Energiereform-Programm“ ein vergünstigtes Darlehen der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), das im Rahmen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit gewährt wird, in Höhe von bis zu 140 000 000 Euro (in Worten: einhundertvierzig Millionen Euro),
2. für das Vorhaben „Energieeffizienzprogramm Indien“ ein vergünstigtes Darlehen der KfW, das im Rahmen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit gewährt wird, in Höhe von bis zu 120 000 000 Euro (in Worten: einhundertzwanzig Millionen Euro) sowie
3. für das Vorhaben „Klimafreundliche Urbane Mobilität IV“ ein vergünstigtes Darlehen der KfW, das im Rahmen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit gewährt wird, in Höhe von bis zu 350 000 000 Euro (in Worten: dreihundertfünfzig Millionen Euro),

wenn nach Prüfung die entwicklungspolitische Förderungswürdigkeit der Vorhaben festgestellt worden ist und die gute Kreditwürdigkeit der Republik Indien weiterhin gegeben ist und die Regierung der Republik Indien eine Staatsgarantie gewährt, sofern sie nicht selbst Kreditnehmer wird. Die Vorhaben können nicht durch andere Vorhaben ersetzt werden.

(2) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Indien oder anderen, von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Empfängern darüber hinaus, Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung der folgenden Vorhaben zu erhalten:

1. für das Vorhaben „Deutsch-Indische Solarpartnerschaft I – Begleitmaßnahme“ bis zu 2 000 000 Euro (in Worten: zwei Millionen Euro),
2. für das Vorhaben „Stromübertragung erneuerbarer Energien – Begleitmaßnahme“ bis zu 2 500 000 Euro (in Worten: zwei Millionen fünfhunderttausend Euro),
3. für das Vorhaben „Nachhaltige Städtische Infrastrukturentwicklung – Begleitmaßnahme“ bis zu 1 000 000 Euro (in Worten: eine Million Euro).

(3) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Republik Indien zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Darlehen oder Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung der in Absatz 1 und Absatz 2 genannten Vorhaben oder weitere Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung der in Absatz 1 genannten Vorhaben von der KfW zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

Artikel 2

(1) Die Verwendung der in Artikel 1 genannten Beträge, die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der KfW und den Empfängern der Darlehen und der Finanzierungsbeiträge zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

(2) Die Zusage der in Artikel 1 Absatz 1 Nummer 1 und 2 genannten Beträge entfällt, soweit nicht innerhalb von vier Jahren nach dem Zusagejahr die entsprechenden Darlehensverträge geschlossen wurden. Für diese Beträge endet die Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2021.

(3) Die Zusage der in Artikel 1 Absatz 1 Nummer 3 sowie Absatz 2 Nummern 2 und 3 genannten Beträge entfällt, soweit die entsprechenden Darlehens- und Finanzierungsverträge nicht bis zum 31. Dezember 2019 geschlossen wurden.

(4) Die Zusage des in Artikel 1 Absatz 2 Nummer 1 genannten Betrags entfällt, soweit der entsprechende Finanzierungsvertrag nicht bis zum 31. Dezember 2018 geschlossen wurde.

(5) Die Regierung der Republik Indien, soweit sie nicht selbst Darlehensnehmer ist, wird gegenüber der KfW alle Zahlungen in Euro in Erfüllung von Verbindlichkeiten der Darlehensnehmer aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Verträge garantieren.

(6) Die Regierung der Republik Indien, soweit sie nicht Empfänger der Finanzierungsbeiträge ist, wird etwaige Rückzahlungsansprüche, die aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Finanzierungsverträge entstehen können, gegenüber der KfW garantieren.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Indien stellt die KfW von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluss und Durchführung der in Artikel 2 Absatz 1 erwähnten Verträge in der Republik Indien erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Indien überlässt bei den sich aus der Darlehensgewährung und der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See-, Land- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Der im Abkommen vom 1. Dezember 2017 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Indien über Finanzielle Zusammenarbeit 2016 (II) für das Vorhaben „Klimafreundliche Urbane Mobilität III – Begleitmaßnahme“ vorgesehene Finanzierungsbeitrag wird mit einem Betrag von 4 000 000 Euro (in Worten: vier Millionen Euro) reprogrammiert und zusätzlich für das Vorhaben „Klimafreundliche Urbane Mobilität I – Begleitmaßnahme“ verwendet, wenn nach Prüfung

dessen Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist. Die Zusage entfällt, soweit der entsprechende Finanzierungsvertrag nicht bis zum 31. Dezember 2019 geschlossen wurde.

Artikel 6

(1) Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

(2) Die Registrierung dieses Abkommens beim Sekretariat der Vereinten Nationen nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen wird unverzüglich nach seinem Inkrafttreten von der Bundesrepublik Deutschland veranlasst. Die andere Vertragspartei wird unter Angabe der VN-Registrierungsnummer von der erfolgten Registrierung unterrichtet, sobald diese vom Sekretariat der Vereinten Nationen bestätigt worden ist.

(3) Die Vertragsparteien können Änderungen dieses Abkommens vereinbaren.

(4) Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens werden durch die Vertragsparteien gütlich im Rahmen von Gesprächen beziehungsweise Verhandlungen beigelegt.

Geschehen zu Neu Delhi am 1. August 2018 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Dr. Martin Ney

Für die Regierung der Republik Indien
Sameer Kumar Khare

**Bekanntmachung
über Änderungen des Beitragsschlüssels
des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM)**

Vom 4. März 2019

I.

Die zeitweilige Korrektur des Beitragsschlüssels für die Zeichnung des genehmigten Stammkapitals des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) für die Republik Slowenien ist nach Artikel 42 Absatz 1 des Vertrags vom 2. Februar 2012 zur Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (BGBl. 2012 II S. 981, 983) zum 1. Januar 2019 abgelaufen.

Nachstehend werden die aufgrund dessen beschlossenen Änderungen des Beitragsschlüssels nach Artikel 11 Absatz 3 Buchstabe b, Absatz 6 und Anhang I in Verbindung mit Artikel 11 Absatz 5 und Anhang II des Vertrags gemäß Artikel 2 Absatz 3 des Gesetzes vom 13. September 2012 (BGBl. 2012 II S. 981) zu dem Vertrag vom 2. Februar 2012 zur Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus bekannt gemacht. Diese Änderungen sind vom Gouverneursrat am 18. Dezember 2018 beschlossen worden und für alle Vertragsparteien

am 19. Februar 2019

in Kraft getreten.

II.

Der Beitragsschlüssel des ESM nach Anhang I des Vertrags lautet wie folgt, wobei die Zahlen auf die vierte Dezimalstelle gerundet sind:

ESM-Mitglied	ESM-Schlüssel (%)
Königreich Belgien	3,4519
Bundesrepublik Deutschland	26,9496
Republik Estland	0,1847
Irland	1,5806
Hellenische Republik	2,7962
Königreich Spanien	11,8174
Französische Republik	20,2381
Italienische Republik	17,7839
Republik Zypern	0,1948
Republik Lettland	0,2746
Republik Litauen	0,4063
Großherzogtum Luxemburg	0,2486
Malta	0,0726
Königreich der Niederlande	5,6756
Republik Österreich	2,7632
Portugiesische Republik	2,4910
Republik Slowenien	0,4679
Slowakische Republik	0,8184
Republik Finnland	1,7844
Insgesamt	100,0

III.

Die Zeichnungen des genehmigten Stammkapitals des ESM nach Anhang II des Vertrags lauten wie folgt:

ESM-Mitglied	Anzahl der Anteile	Kapitalzeichnung (EUR)
Königreich Belgien	243 285	24 328 500 000
Bundesrepublik Deutschland	1 899 406	189 940 600 000
Republik Estland	13 020	1 302 000 000
Irland	111 404	11 140 400 000
Hellenische Republik	197 078	19 707 800 000
Königreich Spanien	832 888	83 288 800 000
Französische Republik	1 426 383	142 638 300 000
Italienische Republik	1 253 406	125 340 600 000
Republik Zypern	13 733	1 373 300 000
Republik Lettland	19 353	1 935 300 000
Republik Litauen	28 634	2 863 400 000
Großherzogtum Luxemburg	17 521	1 752 100 000
Malta	5 117	511 700 000
Königreich der Niederlande	400 015	40 001 500 000
Republik Österreich	194 753	19 475 300 000
Portugiesische Republik	175 566	17 556 600 000
Republik Slowenien	32 977	3 297 700 000
Slowakische Republik	57 680	5 768 000 000
Republik Finnland	125 768	12 576 800 000
Insgesamt	7 047 987	704 798 700 000

Diese Bekanntmachung erfolgt im Anschluss an die Bekanntmachung vom 20. Februar 2015 (BGBl. II S. 327).

Berlin, den 4. März 2019

Bundesministerium der Finanzen
Im Auftrag
Westphal

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Protokolls von 1988
zu dem Internationalen Freibord-Übereinkommen von 1966**

Vom 5. März 2019

Das Protokoll vom 11. November 1988 zu dem Internationalen Freibord-Übereinkommen von 1966 vom 5. April 1966 (BGBl. 1994 II S. 2457, Anlageband) ist nach seinem Artikel V Absatz 3 für die

Ukraine am 5. März 2019
in Kraft getreten.

Das Protokoll wird ferner nach seinem Artikel V Absatz 3 für
Katar am 15. April 2019
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 12. November 2018 (BGBl. II S. 581).

Berlin, den 5. März 2019

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Christophe Eick

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Internationalen Übereinkommens von 1974
zum Schutz des menschlichen Lebens auf See**

Vom 5. März 2019

Das Internationale Übereinkommen von 1974 vom 1. November 1974 zum Schutz des menschlichen Lebens auf See (BGBl. 1998 II S. 2579, Anlageband zum BGBl. 1998 II Nr. 40) ist nach seinem Artikel X Buchstabe b für

Guinea-Bissau am 24. Januar 2017
Nauru am 18. September 2018
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 4. Februar 2013 (BGBl. II S. 321).

Berlin, den 5. März 2019

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Christophe Eick

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Protokolls von 1988
zu dem Internationalen Übereinkommen von 1974
zum Schutz menschlichen Lebens auf See**

Vom 5. März 2019

I.

Das Protokoll vom 11. November 1988 zu dem Internationalen Übereinkommen von 1974 vom 1. November 1974 zum Schutz des menschlichen Lebens auf See (BGBl. 1994 II S. 2458, Anlageband zum BGBl. 1994 II Nr. 44; 2003 II S. 747, 748) ist nach seinem Artikel V Absatz 3 für

Indonesien	am	28. Februar 2018
Irak	am	2. Februar 2018
Togo	am	28. Februar 2019
Vereinigte Arabische Emirate	am	27. Dezember 2017

in Kraft getreten.

II.

Die Bekanntmachung vom 24. Januar 2017 zum Protokoll vom 11. November 1988 zu dem Internationalen Übereinkommen von 1974 vom 1. November 1974 zum Schutz des menschlichen Lebens auf See (BGBl. 2017 II S. 169) wird dahingehend berichtigt, dass das Protokoll nicht für Guinea-Bissau in Kraft getreten ist.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 5. Dezember 2018 (BGBl. II S. 779).

Berlin, den 5. März 2019

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Christophe Eick

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens zum Schutz des Menschen
bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten
und des Zusatzprotokolls hierzu**

Vom 6. März 2019

I.

Das Übereinkommen vom 28. Januar 1981 zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten (BGBl. 1985 II S. 538, 539; 2002 II S. 1882, 1883) wird nach seinem Artikel 23 Absatz 3 für

Argentinien am 1. Juni 2019
in Kraft treten.

II.

Das Zusatzprotokoll vom 8. November 2001 zum Übereinkommen vom 28. Januar 1981 zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten betreffend Kontrollstellen und grenzüberschreitenden Datenverkehr (BGBl. 2002 II S. 1882, 1887) wird nach seinem Artikel 3 Absatz 3 und 4 für

Argentinien am 1. Juni 2019
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 17. August 2018 (BGBl. II S. 392).

Berlin, den 6. März 2019

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Christophe Eick

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des
Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs**

Vom 6. März 2019

Das Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofs vom 17. Juli 1998 (BGBl. 2000 II S. 1393, 1394) wird nach seinem Artikel 126 Absatz 2 für

Malaysia am 1. Juni 2019
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 5. April 2018 (BGBl. II S. 149).

Berlin, den 6. März 2019

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Christophe Eick

**Bekanntmachung
der deutsch-marokkanischen Vereinbarung
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 6. März 2019

Die in Rabat am 5. Februar 2019 unterzeichnete Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs Marokko über Finanzielle Zusammenarbeit 2017 ist nach ihrem Artikel 5 Absatz 1

am 5. Februar 2019
in Kraft getreten; sie wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 6. März 2019

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Roland Lindenthal

Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs Marokko über Finanzielle Zusammenarbeit 2017

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung des Königreichs Marokko –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Marokko,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

in dem Bewusstsein, dass die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieser Vereinbarung ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung im Königreich Marokko beizutragen,

unter Bezugnahme auf die Zusage der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland (Verbalnote Nr. 848) vom 12. Dezember 2017 –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung des Königreichs Marokko oder anderen, von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Empfängern, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) Finanzierungsbeiträge von insgesamt 15 000 000 Euro (in Worten: fünfzehn Millionen Euro) für die folgenden Vorhaben zu erhalten:

- a) „Grüne Krankenhäuser II – Telemedizin-Komponente Béni-Mellal“ bis zu 5 000 000 Euro (in Worten: fünf Millionen Euro),
- b) „IWRM Tensift VI“ bis zu 10 000 000 Euro (in Worten: zehn Millionen Euro),

wenn nach Prüfung deren Förderungswürdigkeit festgestellt und bestätigt worden ist, dass sie als Maßnahmen zur Verbesserung der gesellschaftlichen Stellung von Frauen, selbsthilfeorientierte Maßnahmen zur Armutsbekämpfung, Kreditgaratiefonds für mittelständische Betriebe oder Vorhaben der sozialen Infrastruktur oder des Umweltschutzes die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrages erfüllen.

(2) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung des Königreichs Marokko oder einem anderen von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Darlehensnehmer darüber hinaus

1. für das Vorhaben „Solarkomplex Noor Next“ ein vergünstigtes Darlehen der KfW, das im Rahmen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit gewährt wird, in Höhe von bis zu 150 000 000 Euro (in Worten: einhundertfünfzig Millionen Euro),
2. für das Vorhaben „Wasserspeicherung und Hochwasserschutz zur Klimaanpassung im Rahmen von IWRM“ ein vergünstigtes Darlehen der KfW, das im Rahmen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit gewährt wird, in Höhe von bis zu 50 000 000 Euro (in Worten: fünfzig Millionen Euro),
3. für das Vorhaben „Programm Ländliche Wasserversorgung“ ein vergünstigtes Darlehen der KfW, das im Rahmen der

öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit gewährt wird, in Höhe von bis zu 30 000 000 Euro (in Worten: dreißig Millionen Euro),

4. für das Vorhaben „Netzanbindung Solarkomplex Noor Midelt“ ein vergünstigtes Darlehen der KfW, das im Rahmen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit gewährt wird, in Höhe von bis zu 50 000 000 Euro (in Worten: fünfzig Millionen Euro) sowie
5. für das Vorhaben „Meerwasserentsalzung Sidi Ifni“ ein vergünstigtes Darlehen der KfW, das im Rahmen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit gewährt wird, in Höhe von bis zu 30 000 000 Euro (in Worten: dreißig Millionen Euro)

zu erhalten, wenn nach Prüfung die entwicklungspolitische Förderungswürdigkeit der Vorhaben festgestellt worden ist und die gute Kreditwürdigkeit des Garantiegebers weiterhin gegeben ist und die Regierung des Königreichs Marokko eine Staatsgarantie gewährt, sofern sie nicht selbst Kreditnehmer wird. Die Vorhaben können nicht durch andere Vorhaben ersetzt werden.

(3) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung des Königreichs Marokko zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Darlehen oder Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung der in Absatz 1 genannten Vorhaben oder weitere Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung der in Absatz 1 genannten Vorhaben von der KfW zu erhalten, findet diese Vereinbarung Anwendung.

Artikel 2

(1) Die Verwendung der in Artikel 1 genannten Beträge, die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der KfW und den Empfängern der Darlehen und der Finanzierungsbeiträge zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

(2) Die Zusage der in Artikel 1 Absatz 1 und Absatz 2 Nummer 1 bis 3 genannten Beträge entfällt, soweit nicht innerhalb von vier Jahren nach dem Zusagejahr die entsprechenden Darlehens- und Finanzierungsverträge geschlossen wurden. Für diese Beträge endet die Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2021. Die Zusage des in Artikel 1 Absatz 2 Nummer 4 genannten Betrages entfällt, soweit nicht bis zum Ablauf des 31. Dezember 2020 der entsprechende Darlehensvertrag geschlossen wurde. Die Zusage des in Artikel 1 Absatz 2 Nummer 5 genannten Betrages entfällt, soweit nicht bis zum Ablauf des 31. Dezember 2018 der entsprechende Darlehensvertrag geschlossen wurde.

(3) Die Regierung des Königreichs Marokko, soweit sie nicht selbst Darlehensnehmer ist, wird gegenüber der KfW alle Zahlungen in Euro in Erfüllung von Verbindlichkeiten der Darlehensnehmer aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Verträge garantieren.

(4) Die Regierung des Königreichs Marokko, soweit sie nicht Empfänger der Finanzierungsbeiträge ist, wird etwaige Rückzahlungsansprüche, die aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Finanzierungsverträge entstehen können, gegenüber der KfW garantieren.

Artikel 3

Die Regierung des Königreichs Marokko übernimmt sämtliche Steuern und Abgaben, die der KfW gegenüber dem Königreich Marokko im Zusammenhang mit Abschluss und Durchführung der in Artikel 2 Absatz 1 dieser Vereinbarung erwähnten Verträge entstehen, so dass die KfW dem Königreich Marokko weder Steuern noch öffentliche Abgaben zahlen muss.

Artikel 4

Die Regierung des Königreichs Marokko überlässt bei den sich aus der Darlehensgewährung und der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See-, Land- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunterneh-

men mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

(1) Diese Vereinbarung tritt am Tage ihrer Unterzeichnung in Kraft.

(2) Die beiden Regierungen können im gegenseitigen Einvernehmen Änderungen dieser Vereinbarung vereinbaren.

(3) Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieser Vereinbarung werden durch die beiden Regierungen gütlich im Rahmen von Gesprächen beziehungsweise Verhandlungen beigelegt.

Geschehen zu Rabat am 5. Februar 2019 in zwei Urschriften, jede in deutscher, arabischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des arabischen Wortlauts ist der französische Wortlaut maßgebend.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

Dr. Götz Schmidt-Bremme

Für die Regierung des Königreichs Marokko

Mohamed Benchaaboun

**Bekanntmachung
der deutsch-marokkanischen Vereinbarung
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 7. März 2019

Die in Rabat am 5. Februar 2019 unterzeichnete Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs Marokko über drei Begleitmaßnahmen der Finanziellen Zusammenarbeit 2017 ist nach ihrem Artikel 5 Absatz 1

am 5. Februar 2019

in Kraft getreten; sie wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 7. März 2019

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Roland Lindenthal

**Vereinbarung
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung des Königreichs Marokko
über drei Begleitmaßnahmen der Finanziellen Zusammenarbeit 2017**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung des Königreichs Marokko –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Marokko,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

in dem Bewusstsein, dass die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieser Vereinbarung ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung im Königreich Marokko beizutragen,

unter Bezugnahme auf die Zusage der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland (Verbalnote Nr. 443) vom 18. Juli 2017 –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung des Königreichs Marokko oder anderen, von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Empfängern, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung der folgenden Vorhaben zu erhalten:

- a) für das Vorhaben „Solarkomplex Noor Midelt“ bis zu 1 500 000 Euro (in Worten: eine Million fünfhunderttausend Euro),

- b) für das Vorhaben „Netzintegration ONEE (Windprogramm)“ bis zu 1 000 000 Euro (in Worten: eine Million Euro),

- c) für das Vorhaben „Grüne Krankenhäuser“ bis zu 3 000 000 Euro (in Worten: drei Millionen Euro).

(2) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung des Königreichs Marokko zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung der in Absatz 1 genannten Vorhaben von der KfW zu erhalten, findet diese Vereinbarung Anwendung.

Artikel 2

(1) Die Verwendung der in Artikel 1 genannten Beträge, die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der KfW und den Empfängern der Finanzierungsbeiträge zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

(2) Die Zusage der in Artikel 1 Absatz 1 genannten Beträge entfällt, soweit nicht bis zum Ablauf des 31. Dezember 2020 die entsprechenden Finanzierungsverträge geschlossen wurden.

(3) Die Regierung des Königreichs Marokko, soweit sie nicht Empfänger der Finanzierungsbeiträge ist, wird etwaige Rückzahlungsansprüche, die aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Finanzierungsverträge entstehen können, gegenüber der KfW garantieren.

Artikel 3

Die Regierung des Königreichs Marokko übernimmt sämtliche Steuern und Abgaben, die der KfW gegenüber dem Königreich Marokko im Zusammenhang mit Abschluss und Durchführung

der in Artikel 2 Absatz 1 dieser Vereinbarung genannten Verträge entstehen, so dass die KfW dem Königreich Marokko weder Steuern noch öffentliche Abgaben zahlen muss.

Artikel 4

Die Regierung des Königreichs Marokko überlässt bei den sich aus der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See-, Land- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und

erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

(1) Diese Vereinbarung tritt am Tage ihrer Unterzeichnung in Kraft.

(2) Die beiden Regierungen können im gegenseitigen Einvernehmen Änderungen dieser Vereinbarung vereinbaren.

(3) Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieser Vereinbarung werden durch die beiden Regierungen gütlich im Rahmen von Gesprächen beziehungsweise Verhandlungen beigelegt.

Geschehen zu Rabat am 5. Februar 2019 in zwei Urschriften, jede in deutscher, arabischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des arabischen Wortlauts ist der französische Wortlaut maßgebend.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

Dr. Götz Schmidt-Bremme

Für die Regierung des Königreichs Marokko

Mohamed Benchaaboun

Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Fakultativprotokolls zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau

Vom 7. März 2019

Das Fakultativprotokoll vom 6. Oktober 1999 zum Übereinkommen vom 18. Dezember 1979 zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (BGBl. 2001 II S. 1237, 1238) wird nach seinem Artikel 16 Absatz 2 für die

Marshallinseln

am 29. April 2019

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 26. April 2017 (BGBl. II S. 602).

Berlin, den 7. März 2019

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Christophe Eick

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Internationalen Übereinkommens von 1989 über Bergung**

Vom 13. März 2019

Das Internationale Übereinkommen vom 28. April 1989 über Bergung (BGBl. 2001 II S. 510, 511) ist nach seinem Artikel 29 Absatz 2 für die

Ukraine* am 15. Juni 2018
in Kraft getreten.

Darüber hinaus wird das Übereinkommen nach seinem Artikel 29 Absatz 2 für

Uruguay am 16. November 2019
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 2. Juni 2016 (BGBl. II S. 732).

* Vorbehalte und Erklärungen:

Vorbehalte und Erklärungen zu diesem Übereinkommen, mit Ausnahme derer Deutschlands, werden im Bundesgesetzblatt Teil II nicht veröffentlicht. Sie sind in englischer Sprache auf der Webseite des Verwahrers unter <http://www.imo.org> (siehe „About IMO“, „Conventions“) einsehbar. Gleiches gilt für die ggf. gemäß Übereinkommen zu benennenden Zentralen Behörden oder Kontaktstellen.

Berlin, den 13. März 2019

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Christophe Eick

**Bekanntmachung
von Änderungen
der Ausführungsordnung zum Patentrechtsabkommen**

Vom 14. März 2019

Die Versammlung des Verbands für die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens (PCT-Verband) hat am 11. Oktober 2017 Änderungen der Ausführungsordnung zum Vertrag vom 19. Juni 1970 über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens (BGBl. 1976 II S. 649, 664, 721) beschlossen. Die Änderungen werden auf Grund des Artikels X Nummer 2 des Gesetzes vom 21. Juni 1976 über internationale Patentübereinkommen (BGBl. 1976 II S. 649) nachstehend bekannt gemacht.

Die Änderungen sind am 1. Juli 2018 in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 18. Oktober 2017 (BGBl. II S. 1345).

Berlin, den 14. März 2019

Bundesministerium
der Justiz und für Verbraucherschutz
Im Auftrag
Meyer-Seitz

**Änderungen der Ausführungsordnung
zum Vertrag über die internationale Zusammenarbeit
auf dem Gebiet des Patentwesens (PCT)**

Angenommen am 11. Oktober 2017 von der Versammlung des Verbands
für die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens (PCT-Verband)
auf ihrer neunundvierzigsten (21. ordentlichen) Tagung vom 2. bis 11. Oktober 2017
mit Wirkung vom 1. Juli 2018

**Amendments to the Regulations
under the Patent Cooperation Treaty
(PCT)**

Adopted on October 11, 2017, by the Assembly
of the International Patent Cooperation Union (PCT Union)
at its Forty-Ninth (21st Ordinary) Session held from October 2 to 11, 2017,
with effect from July 1, 2018

**Modifications du règlement d'exécution
du Traité de coopération en matière de brevets
(PCT)**

adoptées le 11 octobre 2017 par l'Assemblée de l'Union internationale
de coopération en matière de brevets (Union du PCT)
à sa quarante-neuvième session (21^e session ordinaire) tenue du 2 au 11 octobre 2017,
avec effet à partir du 1^{er} juillet 2018

Table of Amendments¹

Rule 4.1
Rule 41.2
Schedule of Fees

Table des modifications¹

Règle 4.1
Règle 41.2
Barème des taxes

Liste der Änderungen¹

Regel 4.1
Regel 41.2
Gebührenverzeichnis

¹ The amendment of Rules 4.1(b)(ii) and 41.2(b) and of the Schedule of Fees shall enter into force on July 1, 2018, and shall apply to any international application the international filing date of which is on or after that date.

¹ Les modifications des règles 4.1.b)ii) et 41.2.b) et du barème de taxes entreront en vigueur le 1^{er} juillet 2018 et s'appliqueront à toute demande internationale dont la date de dépôt international est le 1^{er} juillet 2018 ou une date postérieure.

¹ Die Änderungen der Regeln 4.1 Absatz b Ziffer ii und 41.2 Absatz b und des Gebührenverzeichnisses treten am 1. Juli 2018 in Kraft und finden Anwendung auf internationale Anmeldungen, deren internationales Anmeldedatum der 1. Juli 2018 oder ein späteres Datum ist.

Amendments²**Rule 4
The Request (Contents)****4.1 Mandatory and Optional Contents;
Signature**

- (a) *[No change]*
- (b) The request shall, where applicable, contain:
- (i) a priority claim, or
 - (ii) indications relating to an earlier search as provided in Rules 4.12(i) and 12bis.1(b) and (d),
 - (iii) a reference to a parent application or parent patent,
 - (iv) an indication of the applicant's choice of competent International Searching Authority.
- (c) and (d) *[No change]*
- 4.2 to 4.19 *[No change]*

Modifications²**Règle 4
Requête (contenu)****4.1 Contenu obligatoire et contenu facultatif, signature**

- a) *[Sans changement]*
- b) La requête doit comporter, le cas échéant:
- i) une revendication de priorité; ou
 - ii) les indications relatives à une recherche antérieure prévues aux règles 4.12.i) et 12bis.1.b) et d);
 - iii) la mention d'une demande principale ou d'un brevet principal;
 - iv) l'indication de l'administration compétente chargée de la recherche internationale choisie par le déposant.
- c) et d) *[Sans changement]*
- 4.2 à 4.19 *[Sans changement]*

Änderungen²**Regel 4
Der Antrag (Inhalt)****4.1 Vorgeschriebener und wahlweiser Inhalt; Unterschrift**

- a) *[Unverändert]*
- b) Der Antrag hat gegebenenfalls zu enthalten:
- i) einen Prioritätsanspruch oder
 - ii) Angaben zu einer früheren Recherche gemäß Regeln 4.12 Ziffer i und 12bis.1 Absätze b und d,
 - iii) eine Bezugnahme auf die Hauptanmeldung oder das Hauptpatent,
 - iv) die Angabe der vom Anmelder gewählten zuständigen Internationalen Recherchenbehörde.
- c) und d) *[Unverändert]*
- 4.2 bis 4.19 *[Unverändert]*

Rule 41**Taking into Account Results of
Earlier Search and Classification**

- 41.1 *[No change]*
- 41.2 *Taking into Account Results of Earlier Search and Classification in Other Cases*

- (a) *[No change]*
- (b) Where the receiving Office has transmitted to the International Searching Authority a copy of the results of any earlier search or of any earlier classification under Rule 23bis.2(a) or (c), or where such a copy is available to the International Searching Authority in a form and manner acceptable to it, for example, from a digital library, the International Searching Authority may take those results into account in carrying out the international search.

Règle 41**Prise en considération des résultats
d'une recherche et d'un
classement antérieurs**

- 41.1 *[Sans changement]*
- 41.2 *Prise en considération des résultats d'une recherche et d'un classement antérieurs dans d'autres cas*

- a) *[Sans changement]*
- b) Lorsque l'office récepteur a transmis à l'administration chargée de la recherche internationale une copie des résultats de toute recherche ou de tout classement effectués antérieurement en vertu de la règle 23bis.2.a) ou c), ou lorsqu'une telle copie est à la disposition de l'administration chargée de la recherche internationale sous une forme et d'une manière qu'elle accepte, par exemple auprès d'une bibliothèque numérique, l'administration chargée de la recherche internationale peut prendre en considération ces résultats dans le cadre de la recherche internationale.

Regel 41**Berücksichtigung der Ergebnisse
einer früheren Recherche
und Klassifikation**

- 41.1 *[Unverändert]*
- 41.2 *Berücksichtigung der Ergebnisse einer früheren Recherche und Klassifikation in anderen Fällen*

- a) *[Unverändert]*
- b) Hat das Anmeldeamt der Internationalen Recherchenbehörde eine Kopie der Ergebnisse einer früheren Recherche oder einer früheren Klassifikation nach Regel 23bis.2 Absatz a oder c übermittelt oder ist der Internationalen Recherchenbehörde eine solche Kopie in einer für sie akzeptablen Form und Weise zugänglich, zum Beispiel über eine digitale Bibliothek, so kann die Internationale Recherchenbehörde diese Ergebnisse bei Durchführung der internationalen Recherche berücksichtigen.

² The following reproduces, for each Rule that was amended, the amended text. Where a part of any such Rule has not been amended, the indication "[No change]" appears.

² On trouvera reproduit ci-après, pour chaque règle qui a été modifiée, le texte modifié. L'absence de modification d'une partie d'une telle règle est indiquée par la mention «[Sans changement]».

² Nachstehend werden alle Regeln, an denen Änderungen vorgenommen wurden, im geänderten Wortlaut wiedergegeben. Bei Teilen einer solchen Regel, die unverändert geblieben sind, erscheint der Hinweis „[Unverändert]“.

Schedule of Fees**Fees****Amounts**1. to 3. *[No change]**[No change]***Reductions**4. *[No change]*

5. The international filing fee under item 1 (where applicable, as reduced under item 4), the supplementary search handling fee under item 2 and the handling fee under item 3 are reduced by 90% if the international application is filed by:

(a) *[No change]*(b) *[No change]*

provided that, at the time of filing of the international application, there are no beneficial owners of the international application who would not satisfy the criteria in sub-item (a) or (b) and provided that, if there are several applicants, each must satisfy the criteria set out in either sub-item (a) or (b). The lists of States referred to in sub-items (a) and (b)³ shall be updated by the Director General at least every five years according to directives given by the Assembly. The criteria set out in sub-items (a) and (b) shall be reviewed by the Assembly at least every five years.

³ *Editor's Note:* The first lists of States were published in the Gazette of February 12, 2015, page 32 (see www.wipo.int/pct/en/official_notices/index.html).

Barème de taxes**Taxes**1. à 3. *[Sans changement]***Montants***[Sans changement]***Réductions**4. *[Sans changement]*

5. La taxe internationale de dépôt prévue au point 1 (compte tenu, le cas échéant, de la réduction prévue au point 4), la taxe de traitement de la recherche supplémentaire prévue au point 2 et la taxe de traitement prévue au point 3 sont réduites de 90% si la demande internationale est déposée par:

a) *[Sans changement]*b) *[Sans changement]*

étant entendu qu'il n'y aurait pas, au moment du dépôt de la demande internationale, de bénéficiaires de la demande internationale ne satisfaisant pas aux critères énoncés au point 5.a) ou au point 5.b) et que, s'il y a plusieurs déposants, chacun d'eux doit satisfaire aux critères énoncés au point 5.a) ou au point 5.b). Les listes d'États visées aux points 5.a) et 5.b)³ sont mises à jour par le Directeur général au moins tous les cinq ans conformément aux directives données par l'Assemblée. Les critères énoncés aux points 5.a) et 5.b) sont réexaminés par l'Assemblée au moins tous les cinq ans.

³ Note de l'éditeur: Les premières listes des États ont été publiées dans la Gazette le 12 février 2015, à la page 38 (voir www.wipo.int/pct/fr/official_notices/index.html).

Gebührenverzeichnis**Gebühren****Beträge**1. bis 3. *[Unverändert]**[Unverändert]***Ermäßigungen**4. *[Unverändert]*

5. Die internationale Anmeldegebühr gemäß Nummer 1 (gegebenenfalls ermäßigt um den in Nummer 4 genannten Betrag), die Bearbeitungsgebühr für die ergänzende Recherche gemäß Nummer 2 und die Bearbeitungsgebühr gemäß Nummer 3 ermäßigen sich um 90 %, wenn die internationale Anmeldung von einem Anmelder eingereicht wird,

a) *[Unverändert]*b) *[Unverändert]*

sofern es zum Zeitpunkt der Einreichung der internationalen Anmeldung keine wirtschaftlich Berechtigten der internationalen Anmeldung gibt, die die in Absatz a oder b genannten Kriterien nicht erfüllen würden, und, sofern es mehrere Anmelder gibt, jeder die in Absatz a oder b genannten Kriterien erfüllen muss. Die in den Absätzen a und b³ genannten Listen von Staaten sind vom Generaldirektor mindestens alle fünf Jahre gemäß den Weisungen der Versammlung auf den neuesten Stand zu bringen. Die in den Absätzen a und b niedergelegten Kriterien sind von der Versammlung mindestens alle fünf Jahre zu überprüfen.

³ Anmerkung des Herausgebers: Die ersten Listen von Staaten wurden am 12. Februar 2015 im Blatt auf Seite 32 veröffentlicht (siehe unter www.wipo.int/pct/en/official_notices/index.html).

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

Postanschrift: 11015 Berlin

Hausanschrift: Mohrenstraße 37, 10117 Berlin

Telefon: (0 30) 18 580-0

Redaktion: Bundesamt für Justiz

Schriftleitungen des Bundesgesetzblatts Teil I und Teil II

Postanschrift: 53094 Bonn

Hausanschrift: Adenauerallee 99 – 103, 53113 Bonn

Telefon: (02 28) 99 410-40

Verlag: Bundesanzeiger Verlag GmbH

Postanschrift: Postfach 10 05 34, 50445 Köln

Hausanschrift: Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln

Telefon: (02 21) 9 76 68-0

Satz, Druck und buchbinderische Verarbeitung: M. DuMont Schauberg, Köln

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,

b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln

Telefon: (02 21) 9 76 68-2 82, Telefax: (02 21) 9 76 68-1 40

E-Mail: bgbl@bundesanzeiger.de

Internet: www.bundesgesetzblatt.de bzw. www.bgbl.de

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich im Abonnement je 85,00 €.

Bezugspreis dieser Ausgabe: 13,55 € (12,50 € zuzüglich 1,05 € Versandkosten). Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7 %.

ISSN 0341-1109

Bundesanzeiger Verlag GmbH · Postfach 10 05 34 · 50445 Köln

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 1998 · Entgelt bezahlt

Bekanntmachung
über das teilweise Inkrafttreten des Abkommens vom 7. Dezember 2017
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und dem Europäischen Forstinstitut
über die Errichtung eines Büros des Europäischen Forstinstituts
in der Bundesrepublik Deutschland

Vom 14. März 2019

Nach Artikel 2 Absatz 2 des Gesetzes zu dem Abkommen vom 7. Dezember 2017 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und dem Europäischen Forstinstitut über die Errichtung eines Büros des Europäischen Forstinstituts in der Bundesrepublik Deutschland (BGBl. 2018 II S. 610) wird bekannt gemacht, dass das Abkommen nach seinem Artikel 16 Absatz 1 – mit Ausnahme von Artikel 10 und 11 –

am 25. Februar 2019

in Kraft getreten ist.

Die Bekanntmachung über das Inkrafttreten von Artikel 10 und 11 erfolgt, sobald die Voraussetzungen nach Artikel 16 Absatz 2 erfüllt sind.

Berlin, den 14. März 2019

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Christophe Eick